

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28)
304-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 Bfr, Dänemark 8,75 Dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr.
Großbritannien 55 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 Lfr.
Niederlande 2,20 fln, Norwegen 7,80 Nkr, Österreich 14,00 S, Portugal 115 Esc.
Schweiz 6,50 Sfr, Schweiz 2,90 sfr, Spanien 150 Ptas, Kanarische Inseln 175 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Renten: Gegen jede „Hast und Heftigkeit“ bei der Reform der Rentenversicherung sprach sich Bundesarbeitsminister Blum aus. In einem WELT-Gespräch sagte er, die Forderung der Rentenversicherung habe sich so gut entwickelt, „dass wir keine Reform aus dem Handgelenk schütteln müssen.“ (S. 10)

Bremer SPD: Mit knapper Mehrheit ist Henning Scherf, Senator für Jugend und Soziales, zum stellvertretenden Bürgermeister nominiert worden. (S. 5)

Nach Moskau: Zu einem viertägigen Besuch ist NRW-Ministerpräsident Rau in die UdSSR gereist. Mit sowjetischen Regierungsvertretern will er vor allem über wirtschaftliche Fragen sprechen.

Parlamentarier: Erstmals seit Gründung der Interparlamentarischen Union vor fast 100 Jahren ist mit dem CDU-Abgeordneten Hans Stercken ein Deutscher zum Präsidenten gewählt worden.

Afghanistan: Widerstandskämpfer haben nach einer Meldung von Radio Kabul ein Flugzeug mit 52 Menschen an Bord abgeschossen. Die Maschine sei kurz nach dem Start in Kandahar von einer Rakete getroffen worden. (S. 6)

Rüstung: Die kanadische Regierung wird sich nicht an dem SDI-Programm der USA beteiligen, gab Regierungschef Mulroney bekannt. Kanadas politische Zielsetzungen erforderten keine offizielle Mitwirkung.

Bankrott: Die 1976 mit dem Ziel einer Zollunion gegründete Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft kam die Gehälter ihrer Angestellten nicht mehr bezahlen. 1985 kamen lediglich Nigeria und die Elfenbeinküste ihren Zahlungsverpflichtungen nach.

Nahost: Libanon hat Syrien um die Entsendung von Truppen nach Beirut gebeten, um die Kämpfe zwischen verfeindeten Milizen zu beenden.

Adenauers historische Reise

Heute vor 30 Jahren begann in Moskau ein erregendes Kapitel deutscher Nachkriegsdiplomatie. Im Spiridonowka-Palast nahmen der erste Nachkriegskanzler Adenauer und der sowjetische Ministerpräsident Bulganin Verhandlungen auf. Es wurde ein bis an die Grenzen des Erträglichen gehender Schlagabtausch. Adenauer erreichte sein Ziel: die Rückführung aller Kriegsgefangenen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Georg Schröder, der damals für die WELT dabei war, erinnert sich an die dramatischen Tage von Moskau. Seite 3

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Die Industrie in der Bundesrepublik wird nach Berechnungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung im nächsten Jahr 130 000 Menschen mehr beschäftigen als 1984. (S. 11)

Arbeitslose: Sechs Monate lang stagnierte in den USA die Arbeitslosenquote bei 7,3 Prozent, im August rutschte sie mit einem Schlag auf sieben Prozent. Präsident Reagan sieht darin den Beweis, daß die Wirtschaft wieder Fahrt aufnimmt. (S. 11)

Erdöl: Einen spürbaren Anstieg der Nachfrage sagt die Internationale Energieagentur für Ende 1985 voraus. Er werde jedoch nicht ausreichen, um die Marktperspektiven der Opec-Mitglieder aufzuheben. (S. 11)

Wein: Gut acht Wochen nach Beginn der Glykolfähre zieht man in der deutschen Weinwirtschaft vorsichtig Zwischenbilanz. Der Schaden für den Weinabsatz wird vermutlich geringer sein als erwartet. (S. 11)

ZITAT DES TAGES



„Für bleifreies Superbenzin (Euro-Super) wird in der Bundesrepublik Deutschland ein flächendeckendes Angebot auf die Beine gestellt. Wir rechnen damit, daß bis zum Jahresende Euro-Super an rund 2000 Stationen angeboten wird.“

KULTUR

Theater: Freundlich aufgenommen wurde in Berlin Nestroys Posse „Der Tallisman“, mit der der neue Generalintendant der Staatlichen Schauspielbühnen, Herbert Sasse, seine erste Spielzeit eröffnete. Am zweiten Abend brach Sasse, der auch die Hauptrolle spielt, mit einem Kreislaufkollaps zusammen. (S. 17)

Oper: Als musikalisch schön geschmückt und nicht ohne Witz erweislich ist die Inszenierung der fast vergessenen Oper „Casanova“ von Albert Lortzing in Oberhausen. In Zürich hatte Verdis „Macbeth“ unter Nello Santi Premiere. Trotz Besetzungsschwierigkeiten gelang eine auf recht schaffene Art solide Aufführung. (S. 17)

SPORT

Teomis: Im Finale der US-Meisterschaften besiegte die Tschechoslowakin Hana Mandlikova überraschend die hohe Favoritin Martina Navratilova (USA) mit 7:6, 1:6, 7:6. (S. 15)

Leichtathletik: Beim Europacup der Zehnkm-Läuferinnen sich Jürgen Hingsen und Guido Kratschmer verletzt ausgeschieden. Das deutsche Team konnte deshalb den Titel nicht verteidigen. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Kriminalität: Jede Minute geschieht in New York, statistisch gesehen, ein Raubüberfall. Hier wie in anderen Städten der USA haben die Polizei weitgehend verloren. Private Schutzgruppen haben Hochkonjunktur. (S. 18)

Lauffahrt: British Airways hat 22 Pratt-und-Whitney-Triebwerke aus dem Verkehr gezogen, die jenen gleichen, das in Manchester explodiert ist. (S. 18)

Wetter: Heiter bis wolkig weitgehend trocken. 15 bis 19 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Freiheit der Tarifpartner - Leitartikel von Günther Beding S. 2

Fernsehen: Spionage oder Meuterei - Warum sank der britische Fischtrawler „Gaul“? S. 8

Friedrich Ebert-Stiftung: SPD und SED - Warnung vor einer neuen Umarmungsakt S. 4

SPD: Wischnewski verteidigt Sparks - Kostensprengung beklagt - Von Peter Philipps S. 10

CDU: Hinter dem Personalkampf in NRW steht der Streit um Ämter und Geld S. 5

Bayern München: Kalt wie Glas und Stahl, aber effektiv - Von U. Schröder S. 14

Wiedervereinigung: Frankreich betrachtet Deutschland nach wie vor als Ganzes S. 6

Pankras: Das Gespenst oder Bonn als Literatur - Über Bölls nachgelassenen Roman S. 17

Forum: Personalien und Leserbrief - an die Redaktion der WELT, Wort des Tages S. 8

Comio-Kongress: In München: Zielgruppe sind nicht mehr Kinder, sondern Erwachsene S. 18

Hardthöhe: SPD-Pläne würden westliches Bündnis sprengen

Wirbel um Strategie-Papier hält an / Wird von Bülow abgelöst?

PETER PHILIPPS, Bonn
Der Vorsitzende der sicherheitspolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, der ehemalige Hardthöhe-Staatssekretär Andreas von Bülow, hat „Wege zur Sicherheitspartnerschaft“ vorgeschlagen, die von Bundesverteidigungsministerium auf die Formel gebracht werden: „Dieser Plan macht Bundeswehr und Bündnis unabhängig, ihren Auftrag zu erfüllen.“ Die Konzeption von Bülow insbesondere über eine Verkürzung der Wehrpflicht auf sieben oder acht Monate würde „den Alliierten zeigen, daß wir nicht mehr den Willen zur Verteidigung haben und die Alliierten selbst zur Aufkündigung ihrer Leistung bringen“.

Das Strategiepapier des sicherheitspolitischen Vordenkers der SPD-Führung ist in den vergangenen Tagen an alle 21 Mitglieder der Parteikommission versandt worden. In den Überlegungen etwa „zugunsten panzerabwehrstarker Abfangnetze“ vor allem „entlang der innerdeutschen Grenze“ und anderer Maßnahmen zur Überwindung der Zeit einseitiger militärischer Abschreckung durch Abschreckung“ finden sich lupenrein die Bülowischen Gedankengänge vom vergangenen Herbst über einen Umbau der Bundeswehr

zu einer Art Miltz-Armee wieder, als er ebenfalls im Alleingang eine neue Bedrohungsanalyse vorgelegt hatte. Damals wie heute drehten sich die strategischen Überlegungen um die Grundannahme: „Der Westen steht auch konventionell nicht so schlecht da. Für Hysterie und Angst gibt es keinen Grund.“ Und: „Beide Seiten wollen Krieg verhindern.“

Daraus werden in dem SPD-Papier unter der Überschrift „Strategie vertrauensschaffender Sicherheitsstrukturen in Europa“ u. a. folgende Konsequenzen gezogen:

- „Nach Ablauf von ein bis zwei Jahrzehnten sollten die Europäer in West und Ost sich zumindest im konventionellen Bereich allein verteidigen können. Die sowjetischen Truppen sollten spätestens nach der Jahrtausendwende in ihre Heimat zurückgezogen werden. Zug um Zug könnten dann die US-Truppen bis auf einen eher symbolischen Rest insbesondere in West-Berlin abgezogen werden.“

- Die Wiener MBFR-Verhandlungen über Truppenabbau in Europa müßten „ihres Alibikarakters zur Verhinderung von Truppenabzugs-Initiativen des US-Congress und der Ver-

gerung des präsenten Bundeswehrumfanges entleidet“ werden.

- „Das Festhalten nur mangelhaft beschäftigter Wehrpflichtiger in den Kasernen, nur um außerhalb von Spannungszeiten jederzeit 495 000 Mann unter Waffen stehen zu haben, vergeudet die Zeit der jungen Leute und macht eine sinnvolle Nutzung des großen Reservistenpotentials geradezu unmöglich.“

- „Statt den Wehrdienst zu verlängern, sollte man eher entsprechend der französischen Überlegungen und in Anlehnung an das Schweizer und schwedische Muster den Wehrdienst in den 90er Jahren auf 7 oder 6 Monate verkürzen. Dafür wird die Zahl der Reservierungen im Laufe der Jahre erhöht werden können und müssen.“

- Die NATO-Staaten sollten zur Verbesserung des Vertrauens auf beiden Seiten ein umfassendes, völkerrechtlich verbindliches allgemeines Gewaltverzichtsabkommen mit den Staaten des Warschauer Paktes schließen. Innerhalb dieses Abkommens sollten beide Seiten auch auf den Einsatz von Nuklear- und Chemischen Waffen verzichten.“

- „Die nuklearen Theaterwaffen sollten, wo nötig, durch konventionelle Waffen ersetzt werden. Die (amerikanische) Fortsetzung Seite 10

US-Liste der Handelsverstöße ist lang

Reagan will unfairen Wettbewerb der EG und Japans beenden / Untersuchungen angekündigt

H.-A. SIEBERT, Washington

Um den Trend im Kongreß zu einer härteren protektionistischen Haltung zu stoppen, hat US-Präsident Ronald Reagan die handelspolitische Initiative ergriffen. Wie er am Wochenende in einer Rundfunkansprache an die amerikanische Bevölkerung mitteilte, wird die Administration gegen die Europäische Gemeinschaft, Japan, Brasilien und Südkorea ein Untersuchungsverfahren wegen unfairen Handelspraktiken wie Preisunterbietung und Exportsubventionierung einleiten. Komme es bis zum 1. Dezember nicht zu einer Einigung, würden die USA Gegenmaßnahmen verfügen, sagte Reagan.

Nicht mehr länger hinnehmen will der Präsident die Ausfuhr von EG für Obstkonserver, Japan soll die Einfuhrhemmnisse für amerikanischen Tabak beseitigen und seinen Markt für Lederwaren öffnen. An die Adresse Brasiliens ergoht die Anforderung, US-Firmen nicht mehr beim Absatz von Computern und anderen elektronischen Erzeugnissen zu behindern; Südkorea soll das beiderseitige Handelsabkommen einhalten

und die Barrieren für amerikanische Lebens- und Feuertenscherer beseitigen. Die Auswirkungen einer entsprechenden geänderten Handelspolitik auf das US-Handelsdefizit, das in diesem Jahr vermutlich die Rekordhöhe von 150 Milliarden Dollar erreichen wird, sind zwar gering. Aber ganz offensichtlich will Reagan ein Exempel statuieren. Das zeigt auch die „Mischung“ der angesprochenen Handelsbereiche (Spitzen-technologie, landwirtschaftliche Produkte und Dienstleistungen). Reagan nannte im Radio nur diese Fälle.

Auf einer vom Wirtschaftsrat der Administration ausgearbeiteten Liste werden aber auch Beschränkungen der Bundesrepublik Deutschland bei der Datenübermittlung kritisiert. Die EG-Subventionen für Rosinenverarbeiter sowie Weizen- und Gerstetiefen in der Sowjetunion sind ebenfalls aufgeführt (WELT v. 30.8.). In der Liste vermerkt ist außerdem das britische Verbot für Ausländer, Bohrinne in der Nordsee zu pharmazie, Taiwan wird vorgeworfen, Patentenschutz zu gewähren.

Mit den Verhandlungen hat der US-Präsident seinen Handelsbeauftragten, Botschafter Clayton Yeutter, beauftragt, der vor Jahren den „Kase-Krieg“ gegen die EG gewonnen hatte. Er gilt als harter Verhandlungspartner. Nicht ausgeschlossen ist überdies, daß die Reagan-Administration einen eigenen Fonds für Exportsubventionen einrichtet, um die Handelspartner stärker unter Druck zu setzen. Im Gespräch sind 300 Millionen Dollar.

„Gesetzliche Grundlage für Reagans Vorgehen ist der Artikel 301 des US-Außenhandelsgesetzes von 1974. Er erlaubt dem Weißen Haus, von sich aus Strafverfahren wegen unfairen Wettbewerbs einzuleiten, die bei den Lieferungen dann zu mengenmäßigen Beschränkungen oder höheren Zöllen führen können. Reagan betonte noch einmal, daß er vorziehe, ausländische Märkte zu öffnen und die amerikanischen Exporte zu steigern, statt die US-Märkte zu schließen, was zu höheren Preisen und Arbeitsplatzverlusten führe.“

Seite 2: Vorbeugung

Boeing: Jumbo war schlecht repariert

DW, Seattle

Der amerikanische Flugzeughersteller Boeing hat jetzt zugegeben, daß die am 12. August mit 524 Menschen an Bord abgestürzte Boeing 747 nach einem früheren Unfall von einem Boeing-Team mangelhaft repariert wurde. Die Maschine war 1978 bei einer mißglückten Landung auf dem Flughafen Osaka am Heck beschädigt und daraufhin von Boeing-Monteuren repariert worden. Dabei seien die Vorschriften und Normen der Boeing-Gesellschaft nicht eingehalten worden, räumten Boeing-Sprecher ein. Zugleich betonten sie aber, die Ursachen für den Absturz, bei dem 520 Menschen ums Leben kamen, seien noch nicht eindeutig geklärt.

Ein neuer Strom von Aussiedlern?

DW, Siegburg

Einen auf absehbarer Zeit anhaltenden Zustrom von Aussiedlern erwartet die Bundesregierung. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium, Horst Woffenscheidt, erklärte gestern in einer Veranstaltung zum „Tag der Heimat“ in Siegburg, in den Staaten Ost- und Südost-Europas lebten schätzungsweise noch etwa 3,5 Millionen Deutsche. Davon besäßen mehrere hunderttausend die deutsche Staatsbürgerschaft. Dem Roten Kreuz seien derzeit Ausreisewünsche von mehr als 280 000 Menschen aus diesen Ländern bekannt. Diese Zahl nehme jährlich um einige tausend zu und zeige, daß der Ausreisewille nach wie vor sehr stark sei.

Rappe für neue Gespräche

DW, Bonn

Für weitere Gespräche zwischen den Tarifparteien und der Bundesregierung analog dem Dreiergespräch der vergangenen Woche hält der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Hermann Rappe, für sinnvoll. Im Deutschlandfunk sagte der Gewerkschaftsfunktionär, von Zeit zu Zeit müßten vernünftige Partner auch miteinander reden. Damit setzte sich Rappe im Gegensatz zu der ÖTV-Vorsitzenden Monika Wolf-Matthies, die keinen Ansatzpunkt für die Fortsetzung der Gespräche sieht. Bundeskanzler Kohl will sich nach den Angaben von Kanzleramtsminister Schäuble noch in diesem Jahr über einen weiteren Termin verständigen.

„Der Schutz des Lebens ist unteilbar“

Kardinal Höfner fordert die Abschaffung der Notlagenindikation / WELT-Interview

GERNOTFACIUS, Bonn
Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Kölner Kardinal Joseph Höfner, hat der Bundesregierung und den Unionsparteien zu verstehen gegeben, daß der Episkopat entscheidendere Schritte gegen die Abtreibungspraxis wünscht. In einem WELT-Interview machte Höfner klar, daß der vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (CDU) eingeschlagene „politische Weg“, um die Abtreibungsfähigkeit entgegenzuwirken, bei den Bischöfen nur als Versuch verstanden wird, „Einzelreparaturen“ an einem „in sich brüchigen Gebäude“ vorzunehmen.

Die Gläubigen und Gewissenstreuen dar, da viele Bürger gegen ihr Gewissen gezwungen werden, die Tötung ungeborener Kinder mit zu finanzieren.“

In dem WELT-Interview wendet sich der Kardinal scharf gegen bestimmte politische Legitimierungsversuche der Abtreibungspraxis, etwa die Behauptung, ärmere Frauen fielen Kurpfuschern in die Hände, gab es nicht die mit einer sozialen Indikation begründete Abtreibung. Da zu Höfner: „Ist das Umbringen ungeborener Kinder ein Mittel zur Abwehr sozialer Härten?“

Generell, sagt der Kardinal, wirke sich das geltende Abtreibungsgesetz „verheerend auf das sittliche Bewußtsein“ der Menschen aus. „Wenn das Umbringen eines ungeborenen Kindes strafbar bleibt, warum dann nicht das Umbringen eines geborenen Kindes? Der Schutz des Lebens ist unteilbar.“

Höfner definiert die „Theologie der Befreiung“, wenn sie richtig verstanden werde, als „Teil der Soziallehre der katholischen Kirche“, denn alle Dokumente dieser Lehre – angefangen von der Enzyklika „Rerum novarum“ bis zur Enzyklika „Laborem exercens“ seien „Dokumente der Befreiung“. Das dem Franziskanerpatron Leonardo Boff auferlegte Redeverbot betreffe „nicht die Theologie der Befreiung, sondern gewisse Aussagen Boffs, die dem Glauben der katholischen Kirche widersprechen.“ Dabei weist er darauf hin, daß Boff weiter lehren, predigen und schreiben dürfe.

SEITE 7:
Wortlaut des Interviews

DER KOMMENTAR

Raus Dilemma

RÜDIGER MONIAC

Johannes Rau geht einen schweren Weg, wenn er als Kanzlerkandidat die SPD in die Wahl von 1987 führen soll. Was Helmut Schmidt am Ende seiner Kanzlerschaft erlebte, muß Rau schon fürchten, bevor er überhaupt angetreten ist: verlassen zu sein von den stärksten Bataillonen der Partei. Die SPD weiß nicht so recht, welche Grundlinien der Politik sie will. Viele versuchen sich an Auftritten. Keiner ist stark genug, den großen Entwurf durchzusetzen. Nicht Brandt, der Vorsitzende, auch nicht Vogel, der Führer der Fraktion. Rau erstreckt nicht, obwohl in der Partei die Faszination anhält, die ihm sein Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen eintrug.

Unschlüssig, fast verlegen suchen die SPD-Strategen ihren Willen. Laisson mit den Grünen? Welche Politik für die Wirtschaft, welche in der Außen- und Sicherheitspolitik? Rau will sich in der Bonner Politik nicht so fesseln lassen, wie Bömer es in Wiesbaden, ständig seinen Charakter wegen des Machterhalts verleugnend, tun muß. Doch wird ihm Brandt dabei unterstützen, der Vorsitzende, der bei Lafontaine und ähnlich denkenden Jung-Genossen sein Parteiamt am besten aufgehoben sähe? Der Saarländer brauchte nur die deutsche Mitgliedschaft in der NATO in Fra-

ge zu stellen, um in der Partei Begeisterung zu entfachen. Dies hat Andreas von Bülow als Vorsitzender der sicherheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand mit dem Raffinement des taktisch Geschickteren unterlassen. Trotzdem sind seine Vorschläge, würden sie je von einer sozialdemokratischen Regierung in die Tat umgesetzt, dazu geeignet, das westliche Bündnis zu sprengen, auch wenn er pauschal betont: „Die SPD steht zu Bündnis und Bundeswehr.“

Das klingt hohl, wenn die eigenen Streitkräfte im Schatten einer sprungbereiten Sowjetarmee jenseits der Grenze zu einem Militärsystem verdünnt werden sollen. Das kann sich die Schweiz im Rücken einer starken NATO-Verteidigung leisten, aber nicht die Bundesrepublik angesichts der operativen Zugriffsmöglichkeiten des Ostens nach nur kurzer Warmzeit Brandt und Grotz dulden es, daß Bülow, obwohl er als Vorsitzender für die ganze Kommission Verantwortungen trägt, mit seinen phantastischen Ideen als einzelner die Partei bevormundet. Offenbar, so steht zu vermuten, gefällt ihnen, was er prophezeit. Rau jedoch, als potentieller Kanzlerkandidat die Regierungsfähigkeit der SPD vor Augen, müssen solche Eskapaden irritieren.

Neue Heimat ringt um die Existenz

DW, Hamburg

Seit 1981 müßten die gewerkschaftlichen Gesellschafter der Neuen Heimat Städtebau (NHS), die im vergangenen Jahr von einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) in eine Aktiengesellschaft (AG) umgewandelt wurde, rund 1,5 Milliarden Mark aufräumen, um den Zusammenbruch des Unternehmens zu verhindern. Allein im Geschäftsjahr 1984 hat diese Tochter der selbst schwer angeschlagenen gewerkschaftsbezogenen Unternehmensgruppe Neue Heimat einen Verlust von gut 200 Millionen Mark erwirtschaftet, der um 25 Millionen Mark über dem erzielten Umsatz von 175 Millionen Mark lag. Die NHS konnte diesen Verlust nur durch eine Kapitalherabsetzung tilgen. So hat die Hauptversammlung jetzt das Grundkapital von 230 Millionen auf fünf Millionen Mark herabgesetzt, um die Bilanzlücke von 225 Millionen Mark auszugleichen.

Doch ein Ende der Risiken, vor allem im internationalen Geschäft, ist trotz aller Bemühungen noch nicht abzusehen. Deshalb wird die NHS, die von der Hauptversammlung in GSP-Gesellschaft für Städtebau umfirmiert wurde, einen stillen Tod erleiden. Der Stab von 264, früher über 800 Mitarbeitern, wird nur noch im Dienstleistungsbereich das skandalumwitterte Aachener Klinikum, Universitätsklinikum in Niedersachsen sowie ein Bauvorhaben in Osnabrück betreuen, außerdem Grundstücke – man hofft verlustfrei – zu verkaufen. Die Auslandsaktivitäten wurden mit dem Ziel, dieses Geschäft auf längere Sicht aufzulösen, ausgegliedert. Seite 12: Ende unter neuem Namen

Schlägt Reagan nun begrenzte Sanktionen vor?

DW, Washington

Noch vor der Entscheidung des US-Kongresses über Sanktionen gegen Südafrika will Präsident Reagan schon heute ein Verbot des Verkaufs von Krugrand- und Goldmünzen in den USA ankündigen – falls dies mit dem internationalen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) zu vereinbaren ist. Dies berichtete die „New York Times“. Das Weiße Haus werde außerdem Bankkredite an Südafrika verbieten, ausgenommen Kredite, die nachweislich der schwarzen Bevölkerung zugute kommen. Auch die „Washington Post“ meinte, Reagan werde heute eigene Vorschläge für begrenzte Sanktionen gegen Pretoria vorlegen, um eine Niederlage des Weißen Hauses im Kongreß zu vermeiden.

Der britische Vize-Außenminister Malcolm Rifkind hat die bedingungslose Freilassung des in Südafrika inhaftierten Führers des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Nelson Mandela, gefordert. Rifkind sagte, es sei sinnlos, von Mandela vorher eine Erklärung über Gewaltverzicht zu verlangen. Der ANC-Vorsitzende Oliver Tambo erklärte gegenüber der „Sunday Times“, der Kampf gegen die Politik der Apartheid müsse „auf die von den Weißen bewohnten Gebiete, über die Grenzen der Schwarzen hinaus, ausgeweitet werden“. Man müsse die Apartheid „überall unanwendbar“ machen. In Südafrika sind bei den bislang schwersten Unruhen in der außerhalb von Kapstadt liegenden Swazuländischen Provinz Gungulu und Nyanga am Samstag mindestens zwei Menschen getötet und zahlreiche Personen verletzt worden.

Koschnick sagt ja zu Rau – aber nicht als Parteichef

Glotz warnt vor früher Nominierung des Kanzler-Kandidaten

E.N. Bonn

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz warnte gestern vor einer zu frühen Nominierung des Kanzlerkandidaten. Ein solches Vorgehen berge die Gefahr, daß sich die Union frühzeitig auf den Kandidaten einschleichen könne. Ein Frühlingsvorschlag der Chancen der SPD im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl. Eine Zusammenarbeit oder eine Regierungskoalition mit den Grünen auf Bundesebene schloß Glotz für die nahe Zukunft aus, sieht aber auf Länderebene wie etwa in Hessen durchaus Möglichkeiten der Kooperation.

Gegen eine Übernahme des Parteivorsitzes der SPD durch einen eventuellen sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Johannes Rau hat sich als Präsidiumsmitglied der Partei der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick ausgesprochen. In einem Interview der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven“ sagte Koschnick am Sonntag: „Ich glaube, daß die Funktion von Willy Brandt, integrativ die Sozialdemokratische Partei zusam-

menzuhalten und zu neuen Ufern zu bringen, eine wichtige Aufgabe ist.“ Auch sei Brandt, „der Mann“, der in den nächsten Jahren die Programmdiskussion der SPD koordiniere.

Koschnick betonte, er selber habe nach seinem ausgesprochenen Rücktritt vom Bremer Amt „keine Ambitionen, irgendwo in eine neue staatliche Funktion zu treten“, sein Ziel sei vielmehr, „ein wenig in der Position des Ausgleichs internationaler Beziehungen mitzuarbeiten“. Er wolle das auf die Ostpolitik beziehen, aber „insbesondere auch, das Klima zu den amerikanischen Verbündeten zu verbessern“. Im übrigen definierte er seine Position zu einem Kanzlerkandidaten seiner Partei mit den Worten: „Worum immer es geht bin ich für Johannes Rau.“

Zur Frage, ob vor einer Kanzlerkandidaten-Nominierung sachliche und personelle Vorüberlegungen getroffen werden müßten, meinte Koschnick, daß nicht eine Diskussion um ein Schattenkabinett geführt werden solle, sondern um die Schwerpunkte der Arbeit.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Überstunden in Behörden

Von Hans-Jürgen Mahnke

In der arbeitsmarktpolitischen Diskussion haben Überstunden, also die Mehrleistung gegen Bezahlung, einen Stellenwert erhalten, der ihnen kaum zukommt. Appelle gibt es seit langem, sie in der Wirtschaft zugunsten von Neueinstellungen abzubauen. Es wurden auch die gesetzlichen Möglichkeiten zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge verbessert. Die Tarifpartner haben nun den Spieß umgedreht und die Regierung aufgefordert, im öffentlichen Dienst mit „gutem Beispiel“ voranzugehen. Die Regierung verspricht, das zu prüfen. Wenn einige mehr arbeiten, als sie eigentlich müssen, und darauf verzichten, dann können andere Arbeit finden.

Nur: Bei dieser Feststellung darf die Analyse nicht abbrechen. Auch im öffentlichen Dienst muß gefragt werden, ob die Mehrarbeit von Dauer oder ob sie zeitlich begrenzt ist, wie das Schneekehren im Winter. Aber selbst wenn sich zeigen sollte, daß die Aufgabe mit dem vorhandenen Personal in den Regelfällen nicht zu bewältigen ist, dann muß geprüft werden, ob sich nicht die Privatisierung der Dienstleistungen anbietet.

Und noch etwas: Wer an die Untersuchung herangeht, der muß auch den sogenannten Überhang in anderen Bereichen zur Kenntnis nehmen. Bei der Bundesbahn zum Beispiel wird trotz des Personalabbaus seit Jahren darüber geklagt, daß mehr Leute beschäftigt sind, als benötigt werden. Einer Umsetzung in andere Bereiche stehen Gesetze entgegen. Zum Argument, die Qualifikation der Bundesbahner passe nicht zu anderen Aufgaben, ist zu sagen, daß sie sich ebenso wie Arbeitslose beruflich qualifizieren könnten. Sicher, für die Effektivität einer Volkswirtschaft kommt es auch auf die des Staates an. Wenn dringliche Aufgaben nur unzureichend erfüllt werden können, sollte etwas geschehen.

Aber es kommt auch auf die Kosten an. Wenn ein zusätzlicher Arbeitsplatz im staatlichen Bereich geschaffen wird, so handelt es sich bisher in der Regel um eine Lebensstellung, selbst wenn die Aufgabe später wegfällt. Die Belastung muß jedoch auf Dauer von allen Steuerzahlern getragen werden. Es ist also Augenmaß gefordert, sonst wird es immer schwieriger, die öffentlichen Ausgaben von den konsumtiven auf die investiven umzuschichten und Spielraum für weitere Steuererleichterungen zu gewinnen.

Ist Libanon noch zu helfen?

Von Jürgen Liminski

Es gibt noch pflichtbewusste Beamte in Libanon, die die Verletzungen der verschiedenen Waffenstillstandsabkommen genau festhalten. Nach ihren Statistiken ist die schiitische Amal-Miliz in diesem Jahr der Spitzenreiter. Kein Wunder, denn sie kämpft gegen die pro- und gegen die antisyrischen Palästinenser, gegen die syrischen Nationalsozialisten, gegen die eigentlich mit ihnen verbündeten Drusen, gegen die sunnitischen Murabitun und, wann immer sich die Gelegenheit bietet, auch gegen die Christen. Daß die Amal dabei bisweilen Ermüdungserscheinungen hat, gehört zum Berufsrisiko fanatischer Milizen. Eingeweihete wollen sogar wissen: Ohne die sechste Brigade der libanesischen Armee, die fast nur aus Schützen besteht, könnte die Amal ihre Stellungen in West-Beirut nicht halten.

Die Leidtragenden der schiitischen Kampfes- und Beutelust sind die Zivilisten diesseits und jenseits der Demarkationslinie in Beirut, gleich welcher Konfession sie angehören. Ihnen zu helfen war ein Ziel der Staatsvisite des libanesischen Präsidenten Amin Gemayel in der Bundesrepublik. Wohl jede Familie hat Opfer zu beklagen, zwei Drittel der Bevölkerung sind aus ihren Wohngebieten vertrieben, als Flüchtlinge im eigenen Land. Der Überlebenswille ist groß, die Mittel knapp. Humanitäre Hilfe war ein Stichwort, das sich wie ein roter Faden durch alle Gespräche Gemayels mit den deutschen Politikern und Würdenträgern zog. Vor allem die fast anderthalb Millionen Christen erhoffen sich Hilfe von den Deutschen, die bei ihnen hohes Ansehen genießen.

Diese Hilfe kann auch, trotz der auf den ersten Blick undurchschaubaren Lage, politischer Natur sein. Wer wie die Bundesregierung, allein oder im Rahmen der EG, vielfach erklärt hat, daß Libanon Unabhängigkeit und Souveränität zurückzuerlangen soll, der sollte sich dem Ansinnen nicht verschließen, das Gemayel erst vor kurzem einigen Besuchern in Beirut darlegte: Die Unifil-Truppen in Libanon zu verstärken. Das wäre für Bevölkerung und Souveränität des Landes besser als eine Stationierung syrischer Truppen in Beirut.

Vorbeugung

Von Heinz Barth

Mit seiner Ankündigung, handelspolitische Maßnahmen gegen die Europäische Gemeinschaft, Japan und andere Partner zu ergreifen, gab Präsident Reagan dem Druck nach, dem er seit langem im Kongreß ausgesetzt ist. Es sind Maßnahmen, mit denen er angesichts des Unwillens, der auf dem Kapitol wegen des enormen Handels-Defizites herrscht (dieses Jahr etwa 150 Milliarden Dollar), offenbar einen kosmetischen Effekt beabsichtigt. Er will damit Emotionen vorbeugen, die das Prinzip des freien Handels mit einem Rückzug in den Protektionismus bedrohen.

Die Forderung Reagans, die EG und Japan sollten bis zum 1. Dezember auf Teilspektoren des Warenaustausches Praktiken abstellen, die von den USA als diskriminierend empfunden werden, klingt wie ein Ultimatum. In Wirklichkeit besteht kein Anlaß zu Alarm. Der Präsident möchte es vermeiden, von protektionistischen Beschlüssen des Kongresses zu einem Veto gezwungen zu werden, mit dem er sich vielleicht nicht durchsetzen könnte. Obgleich er auf der Popularitäts-Skala noch einmal hochgeklüffelt ist - während wiedergewählte Präsidenten in ihrer zweiten Amtszeit in der Regel abfallen - muß er damit rechnen, daß eine Rebellion gegen das Handelsdefizit in eine gefährliche Kontroverse über seinen defizitären Staatshaushalt ausufern würde.

Und das kann sich Reagan angesichts der Zwischenwahlen des nächsten Jahres, die den Republikanern die Mehrheit im Senat kosten könnte, nicht leisten. Seine Beliebtheit, so heißt es in der republikanischen Führung, sei keine Garantie, daß die USA in allen Punkten mit den Prioritäten emig ist, die das Weiße Haus setzt.

Es sind Rand-Konzessionen der Handelspartner, mit denen der Präsident den Kongreß zu beschwichtigen hofft. Am Umfang des Handelsdefizites dürfte sich damit wenig ändern. Doch wichtiger ist es für Reagan, kurz vor dem Gemfer Gipfel einen Wirtschaftskrieg des Westens zu vermeiden, der den unentbehrlichen westeuropäischen und japanischen Rückhalt für die Begegnung mit Gorbatschow beeinträchtigen würde.



Der Kongreß arbeitet

TREVCOR/ALBUQUERQUE JOURNAL

Freiheit der Tarifpartner

Von Günther Bading

Der übliche Interview-Krieg aller Beteiligten, Betroffenen und sich betroffenen Fühlenden nach dem Dreier-Gespräch beim Bundeskanzler hat mehr zur Vernebelung des tatsächlichen Geschehens als zu seiner Aufhellung beigetragen. Zu Sachthemen wurden weitere Arbeitsgruppen vereinbart. Man bleibt also im Gespräch. Allein das ist nach acht Jahren der Sprachlosigkeit in der Dreier-Konstellation Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften ein Erfolg.

Aber es sind Gegensätze bestehen geblieben. Die Frontlinien verlaufen allerdings nicht zwischen DGB auf der einen und Arbeitgeber Seite, wie SPD-Politiker und manche Funktionäre weismachen wollen. Es kommt schon auf die Sachfrage an. So stehen Arbeitgeber und DGB gemeinsam gegen die Veränderung des Wahlmodus im Betriebsverfassungsgesetz; Regierung und BDA wiederum sind sich einig in der Ablehnung der vom DGB verlangten staatlichen Ausgabeprogramme alter Art.

In der Debatte um das Arbeitskampfrecht haben sich zwar DGB und Arbeitgeber in „Schützengräben“ zurückgezogen, wie es Arbeitsminister Blum formuliert hat. Das aber gilt nur für den „Streikparagraphen“ 116 im Arbeitsförderungs-gesetz (AFG). Gegen Abschneidung der Handlungsfreiheit der Tarifvertragsparteien haben wiederum beide Sozialpartner Einwände.

In diesem Verwirrspiel hat Bundeskanzler Helmut Kohl eine klare Linie gezogen: Eine Kodifizierung des gesamten Arbeitskampfrechts wird es nicht geben. Niemand braucht also die Einführung eines Gewerkschafts- oder eines Streik-Gesetzes zu befürchten, oder, je nach Standpunkt, zu erhoffen. Politisch sensible Gewerkschafter - der IG Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe gehört dazu - haben diese Klarstellung begrüßt. Sie ist im Grunde eine Absage an die vom DGB als Angriff auf die eigene Existenz kritisierten Vorschläge im Gutachten des früheren Bundesarbeitsgerichtspräsidenten Müller für eine umfassende Regelung des Arbeitskampfes per Gesetz. Rappe hat dieses Nein Helmut Kohls zum Müllerschen Gutachten nicht nur erkannt, er hat diese Erklärung öffentlich begrüßt - mit beabsichtigter Wirkung in den DGB hinein.

Zweierlei hat der Bundeskanzler damit erreicht: Zum einen hat er Anspruch hat. Und sie sind nicht nur Zierde. Immerhin verlangt die Straf-prozessordnung für jede für den Angeklagten nachteilige Entscheidung eine Zweidrittelmehrheit der Großen Strafkammer, und die kommt nur zustande, wenn sich die drei Berufsrichter der Unterstützung wenigstens eines Laien versichern können. Und doch hat früher kaum einer, außer vielleicht die Schöffen selbst, dieses Amt mit dem ihm zustehenden Ernst genommen; sie waren oft Zielscheibe des Spotts. So wählten Juristen über Schöffen, die während einer Meinungsverschiedenheit der Berufsrichter sagen: „Ich schließe mich an.“

So ließ auch die Suche nach Schöffen, diesem Element des Volkes innerhalb der Justiz, bisweilen Ernst vermissen. In Frankfurt etwa wurden 1980 die Schöffen unter den 2300 Kandidaten für ihre vierjährige Periode ausgelost; was sollte der Wahlschluß „wählen“, sagte er sich - kannte er die Kandidaten doch gar nicht. Doch Wahl ist nun einmal vor-

geschrieben. Allerdings bringt das „Abschießen“ eines Laienrichters in der Regel nur eine Verzögerung des Verfahrens, weil für jeden abgelehnten Schöffen Ersatz gestellt wird. Jedoch kann etwa durch die Verzögerung des Prozesses etwa die zulässige Dauer der Untersuchungshaft überschritten werden.

In Fall des Frankfurter Schöffentellos hatten die Verteidiger Erfolg. Der Bundesgerichtshof stellte 1984 dessen Unzulässigkeit fest und sagte, es müsse gewählt werden. Die Stadt reagierte: Sie löste erneut, ließ aber anschließend über das Ergebnis dieser Verlosung abstimmen. Eine Kammer des Landgerichts Frankfurt allerdings verfuhr nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf; sie bestätigte gegen den Bundesgerichtshof die „Ordnungsgemäßheit“ ihrer Spruchkörper - solem denn alle Urteile von vier Jahren vom „gesetzlichen“ Richter gefällt worden seien?

Nun schwappt die Diskussion also



Warnung vor „englischen Verhältnissen“: Rappe. FOTO: H. W. HÖFT

Auf die Wahl der Laienrichter wurde häufig verzichtet

Das bringt Prozesse zum Platzen. Kann ein Los den „gesetzlichen Richter“ bestimmen? / Von Hans-Herbert Holzamer

Beim Bundessozialgericht in Kassel finden keine abschließenden Sitzungen mehr statt. Das bedeutet keinen Stillstand der Rechtsprechung, aber der Rechtsfindung an einem höchsten deutschen Gericht. Zum Sand im Getriebe wurden die ehrenamtlichen Richter. Das sind die Damen und Herren, die - nicht nur in der Sozialgerichtsbarkeit - das demokratische Element, die direkte Beteiligung der Bürger, repräsentieren. Denn alle Staatsgewalt muß vom Volke ausgehen.

In der Strafrechtlichen Verteidigung stellen ihre richtige Besetzung in Frage, was dazu führt, daß Prozesse platzen oder verzögert werden. Zum Beispiel der Heils-Angels-Prozess in Hamburg. Auch beim Spenden-Prozess gegen die Ex-Minister Lambsdorff und Friedrichs bezweifelt die Verteidigung die korrekte Wahl der Schöffen.

Die Schöffen gehören zum „gesetzlichen Richter“, auf den jeder einen verfassungsrechtlich garantierten

anspruch hat. Und sie sind nicht nur Zierde. Immerhin verlangt die Straf-prozessordnung für jede für den Angeklagten nachteilige Entscheidung eine Zweidrittelmehrheit der Großen Strafkammer, und die kommt nur zustande, wenn sich die drei Berufsrichter der Unterstützung wenigstens eines Laien versichern können. Und doch hat früher kaum einer, außer vielleicht die Schöffen selbst, dieses Amt mit dem ihm zustehenden Ernst genommen; sie waren oft Zielscheibe des Spotts. So wählten Juristen über Schöffen, die während einer Meinungsverschiedenheit der Berufsrichter sagen: „Ich schließe mich an.“

So ließ auch die Suche nach Schöffen, diesem Element des Volkes innerhalb der Justiz, bisweilen Ernst vermissen. In Frankfurt etwa wurden 1980 die Schöffen unter den 2300 Kandidaten für ihre vierjährige Periode ausgelost; was sollte der Wahlschluß „wählen“, sagte er sich - kannte er die Kandidaten doch gar nicht. Doch Wahl ist nun einmal vor-

IM GESPRÄCH Ulf Adelsohn

Schneller reden als denken

Von Reiner Gatermann

Ginge es nach den gängigen demokratischen Spielregeln, hätte er Aussicht, nach der Parlamentswahl am 15. September Schweden zu regieren. Aber selbst wenn die nicht-sozialistischen Parteien eine Mehrheit erringen und die gemäßigt konservative Sammlungspartei mehr Sitze bekommen sollte als ihre beiden bürgerlichen Partner (das Zentrum und die Liberalen) zusammen, ist es ungewiß, ob deren Vorsitzender Ulf Adelsohn Ministerpräsident wird.

Er selbst gibt Anlaß zu diesen Zweifeln. Als er Ende 1981, gerade vierzig Jahre alt geworden, von dem seinerzeit beliebtesten Parteiführer Schwedens, Gösta Bohman, den Vorsitz der Sammlungspartei übernahm, sollte er mit jugendlichem Schneid, Lebensfreude und mitunter burschikosem Charme die Partei zu neuen Höhen führen. Und das gelang ihm - zunächst. Aber bei allen diesen Eigenschaften vernachlässigte er andere: Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit. Dies hindert ihn daran, beim Wähler und bei den Partnern Vertrauen zu gewinnen.

Dabei kann der schütter schwarzhaarige Adelsohn auf eine beachtliche Karriere zurückblicken. Der Jurist zog als Fünfundzwanzigjähriger ins Stockholmer Stadtparlament ein und war von 1970 bis 1973 Verkehrsminister. Das gleiche Ressort bekleidete er für gut zwei Jahre (1976 bis 1978) in der ersten nichtsozialistischen Regierung Schwedens seit vierundvierzig Jahren. Seine Karriere begann 1966 mit dem Vorsitz im konservativen Studentenverband. Über den Stellvertreterposten in der Mutterpartei erreichte er dann 1981 deren Spitze.

Vieles, was Ulf Adelsohn als Mensch sympathisch macht, erweckt gegen ihn Ressentiments, was ihn als Staatsmann betrifft. Zum Bestandteil einer jeden Adelsohn-Chronik gehört sein Hulstanz im Backstrock vor ethischen Jahren, irgendwo in Fernost, übrigens gemeinsam mit dem ersten Bürgermeister von Stockholm, dem Sozialdemokraten Jan-Olle Persson. Deren Reduelle gehörten zu den Leckerbissen schwedischer Wahlkämpfe. Als Adelsohn sich - schon Parteivorsitzender - einen Jugendtraum erfüllte und zum Karneval nach Rio floh, während in Stockholm



Kandidat der schwedischen Konservativen: Adelsohn. FOTO: DPA

die politischen Wellen hochschlugen, rümpften etliche die Nase. Glücklicherweise waren Parteifreunde dagegen, daß er nach ethischen Verlobungen vor ein paar Jahren heiratete und jetzt mit zwei Kindern ein sehr emanzipiertes Familienleben führt. Im Stadtverkehr (die Adelsohns wohnen in dem Innerstadviertel Ostermal) bevorzugt Uffe ein älteres Fahrrad. Seine sportliche Leidenschaft gehört dem Eishockey, bis zum Eintritt ins Kabinett stand er für drei Jahre der Eishockeyabteilung des Traditionsclubs Djurgården vor.

Der Politik möchte Adelsohn gerne menschlichere Züge geben, aber nicht selten ist er es, der mit seiner scharfen Zunge Härte provoziert. Hinzu kommt, daß er oft so schnell spricht, daß weder seine Zuhörer noch seine eigenen Gedanken folgen können. Das Staatswesen will er entbürokratisieren, mehr Eigeninitiative ermöglichen.

Im jetzigen Wahlkampf forderte er zunächst eine Systemveränderung, die die Sozialdemokraten darin jedoch den Beweis für ihre Behauptung sahen, die Konservativen wollten den Sozialstaat demontieren, ging Adelsohn zu einer weniger klaren „Politik der Vernunft“ über. Würde es ihm gelingen, den - oft berechtigten - Eindruck der Oberflächlichkeit abzubauen und seine Überzeugungskraft zu verstärken, dürften auch seine Chancen wachsen, einmal Ministerpräsident zu werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DIE REINHILF

Die Landwirtschaftsministerin schlägt aus der EG Beihilfen für die neuen Medien.

Im Zeitalter der direkt strahlenden Satelliten, deren Ausstrahlung keineswegs an der Landesgrenze gestoppt werden können, muß der derzeitige Medien-Wirrwarr grotesk an Politischer Starsinn mag sich noch gegen technische Entwicklungen stemmen - aufzuhalten sind sie nicht. Dem Bürger, der sich über bundesdeutsche Medienpolitik bisher nur ärgern konnte, kann aber jetzt Hoffnung gemacht werden. Die vielgeschmähte Europäische Kommission plant mit Unterstützung einer großen Mehrheit des europäischen Parlaments ein europäisches Medienrecht, mit dessen Hilfe aus dem bundesdeutschen Medien-Flickenteppich doch noch ein einheitliches Medienrecht werden könnte.

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung geht auf den Protektionismus der USA ein.

Der amerikanische Kongreß ist jetzt überflutet mit Gesetzesvorlagen für protektionistische Maßnahmen. Es ist die stärkste Protektionismus-Welle seit 1930... Falls die US-Wirtschaft in eine Stagationsphase eintritt, was viele Wirtschaftswissenschaftler glauben, wird der Druck durch die Notwendigkeit, Nachfrager nach Inlandsprodukten und Arbeitsplätze zu schützen, noch größer werden.

Neue Zürcher Zeitung

Sie bemerkt Gelassenheit in Deutschland über die Spionagefälle.

Die sozialdemokratische Opposition suchte zwar aus innen Kapital zu schlagen, indem sie die Bundesregierung wegen mangelnder Aufsicht über die Spionageabwehr kritisierte und den Rücktritt des Innenministers Zimmermann verlangte. Da sie seit langem die Bedrohung durch das kommunistische System verharmlöste, gelang es ihr allerdings nicht, öffentliche Besorgnis zu verbreiten... Die Hauptorgane einer Mehrheit der bundesdeutschen Politiker

Kieler Nachrichten

Sie schreibt nach den Haupten Ausschüssen.

Müssen wir uns an eine neue Terrorwelle gewöhnen? Wie es scheint, stecken wir bereits mitten in dieser neuen Terrorwelle. Die Sicherheitsbehörden haben immer wieder davor gewarnt zu glauben, der terroristische Sturm sei nach nicht wegzuleugenden Fahndungserfolgen so gut wie ausgerollt. Die Terroristische Szene, von links oder von rechts, hat sich internationalisiert. Nur in grenzüberschreitender Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden kann ihr begegnet werden.

Vor 30 Jahren besuchte Adenauer Moskau: Diplomatische Beziehungen und Heimkehr der Gefangenen

Erst in der Loge des Zaren war der Nervenkrieg zu Ende

Von GEORG SCHRÖDER

Vor 30 Jahren in Moskau sprach Konrad Adenauer zum erstenmal in seinem Leben ein russisches Wort: „Schrasdswitje (guten Tag). Das war auf dem Flughafen Wnukowo. Die Soldaten der sowjetischen Ehrenkompanie hatten dem Bundeskanzler im Chor zugerufen: „Gute Gesundheit!“ Wie es sich gehörte, antwortete ihnen Adenauer mit dem vorher einstündigen „Schrasdswitje“.

Das Deutschlandlied wurde gespielt. Kurze Begrüßungsansprachen wurden zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin und dem Bundeskanzler gewechselt. Adenauer: „Ich hoffe sehr, daß der erste Kontakt, den wir mit unserer Anwesenheit in Moskau aufnehmen, die Herstellung normaler guter Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion einleitet... Wir wollen unsere Arbeit und unsere Beziehungen hier in Moskau ganz in den Dienst des Friedens stellen.“

Noch Monate, ja Wochen vorher schien das, was sich hier vor den Toren von Moskau abspielte, ganz und gar undenkbar. Die Tatsache dieses Treffens allein war eine Sensation. Und nicht nur Deutsche und Sowjetbürger hielten den Atem an.

Wenn man heute in Geschichtsbüchern oder auch in den Memoiren Konrad Adenauers über die Verhandlungen in Moskau liest, dann verspürt man kaum, daß damals nicht nur die Diplomaten, die Staatsmänner, die Regierungen, überaus gespannt den Verlauf der acht Tage in Moskau verfolgten. Nein, es waren die Menschen in der Sowjetunion genauso wie die in beiden Teilen Deutschlands, deren Herzen von Hoffnung erfüllt waren, daß ein Stück Friedenserleichterung geben würde. Und für die Deutschen keimte Hoffnung auf, daß man vielleicht doch ein wenig näher an eine spätere Wiedervereinigung herankommen würde.

Am Tag zuvor schon war ein deutscher Sonderzug mit 85 Regierungsangestellten auf dem Weißrussischen Bahnhof in Moskau eingetroffen. Sekretärinnen, das technische Personal, diplomatische Hilfskräfte: vor allen Dingen aber ein feinsoldatischer, schicker Wagen und dazu ein abhörsicherer Verhandlungsraum waren von Bonn hertransportiert worden.

Nie habe ich diesen Hunger, aus einem deutschen Munde zu hören, was wir von den am Tag darauf im sowjetischen Außenministerium beginnenden Verhandlungen erwarten, so empfunden wie in dem Augenblick, als ich plötzlich im Kreuzfeuer von Tausenden von Augen an dem russischen Bahnhof stand. Die Isolierung der Sowjetbürger von allen Ausländern wurde nur von einem einzigen schäbig angezogenen Mann übersprungen, der sichtlich stark ange-trunken war. Er umarmte mich und stammelte in gebrochenem Deutsch: „Nun wird es doch wohl Frieden geben und keinen Krieg mehr.“

Was ist das für ein rätselhaftes Land, dieses Rußland! Wie undurchsichtig das alles! Das war und blieb der Eindruck Adenauers. Heute haben viele Tausende Touristen sich aus der Bundesrepublik Deutschland Moskau besucht. Aber damals waren

die mit Adenauer Gekommenen die ersten in dieser Stadt, von der man nicht einmal einen Stadtplan kaufen konnte, deren Straßenschilder man nicht lesen konnte, in der man - war man nicht Staatsgast - auf die wenigen Intourist-Hotels angewiesen war.

Für Adenauer war es ein Wagnis, die sowjetische Einladung anzunehmen, und er wußte es. Er nahm sie an, weil es ihm notwendig erschien, offene und freundschaftliche Beziehungen abzubauen, die Bundesrepublik, das neue NATO-Mitglied, würde die Speerspitze einer amerikanischen Angriffsarmee gegen die Sowjetunion sein. Die militärische Überschätzung der sich kaum aus den Trümmern erholenden Bundesrepublik durch die Sowjetpolitik war noch mehr durch das Sowjetvolk war für alle, die wie Adenauer in jenen Tagen in Moskau weilten, unübersehbar.

Auf der anderen Seite war Adenauer sich bewußt, daß er sehr vorsichtig taktieren müsse, um nicht das abgrundtiefe Mißtrauen der drei Westmächte, vor allen Dingen der USA, wachzurufen. Er wußte auch, daß er kaum mit Erfolgen auf dem Gebiet der Wiedervereinigung rechnen könnte, daß die Sowjets im Gegenteil versuchen würden, ihn in Richtung einer wenn schon nicht Anerkennung, doch Einnahme der „DDR“ zu bringen.

Und: was wollte die Sowjetführung? An demselben Tag, an dem Adenauer in Moskau landete, hatte die „Prawda“ in einem großen Leitartikel erklärt, daß die Sowjetunion als Ergebnis der Moskauer Besprechungen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wünsche. Sie betonte, daß jeder Versuch, diese Frage durch Vorbedingungen etwa auf dem Gebiet der Wiedervereinigung zu erschweren, zu einem Scheitern der Verhandlungen führen müßte.

Von der Kriegsgefangenen-Frage war in diesem „Prawda“-Artikel nicht die Rede. Im vorangegangenen Notenwechsel hatte Adenauer die Rückkehr der letzten in der Sowjetunion festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen als Verhandlungsgegenstand aufgeworfen. Dieses Problem spielte dann in den am Freitagmorgen begonnenen Verhandlungen eine erhebliche Rolle. Die Russen blieben sich an einer Ablehnung fest, obwohl sie wahrscheinlich schon vor Beginn der Verhandlungen entschlossen waren, diesen Preis für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu bezahlen.

Es war am Freitag, den 9. September 1955, als im Spiridonowka-Palais die Verhandlungen mit der Abgabe von Grundsatzklärungen beider Seiten offiziell begannen. Kanzler Adenauer, Außenminister von Brentano, die Staatssekretäre Hallstein und Globke, Bulganin, Molotow, Chruschtschow saßen sich nun zum erstenmal gegenüber. Keiner kannte den anderen, auch etwas, was zu den Ungewöhnlichkeiten dieser Konferenz gehörte. Man war höflich.

Man war dann schon am Tag darauf in einem offenen Schlagabtausch. Daß der Lärm nach draußen drang, dafür sorgten die Sprecher beider Delegationen, die den Verlauf vor den



Blickkehr aus Moskau am 14. September 1955 (von links nach rechts) Carlo Schmid, Walter Hollstein, Heinrich von Brentano, Kurt Georg Kiesinger, Konrad Adenauer, Eugen Gerstenmaier, Franz Böhner, Anton Storch und Gerhard Schröder

Pressevertretern schilderten. Achtzig deutsche Journalisten und Fotografen waren mit Sonderflugzeugen angereist. Sie hörten nun staunend, wie der Presseschef des sowjetischen Außenamtes Stunden um Stunden seinen Bericht über den Verlauf der Sitzung verlas. Es schien in ihm zu kochen, als er Adenauers Worte von der Sitzung wiederholte: „Aber die Sowjetsoldaten haben am Ende des Krieges auf deutschem Boden auch manche Missetaten getan.“

Das war Adenauers Antwort auf Bulganin, der den Deutschen die Leuten las ob ihres Angriffskrieges gegen die Sowjetunion, ob der Kriegsgreuel, der versicherte, es gäbe gar keine deutschen Kriegsgefangenen mehr in der Sowjetunion, nur verurteilte Kriegsverbrecher. Bulganin, Brentano, dann Chruschtschow und Adenauer - sie alle machten sich daran, die Sünden der Vergangenheit gegeneinander aufzurechnen.

Adenauer verlor nicht die Nerven: „Außenminister Molotow hat gesagt, daß die Deutschen nicht instande gewesen seien, sich vom Hitlerismus zu befreien... Wer hat denn eigentlich das Abkommen mit Hitler abgeschlossen, Sie oder ich?... Warum haben die Großmächte Hitler nach 1933 so groß werden lassen?“

Glühend und eiskalt, harte, bis an die Grenze des Erträglichsten gehende Schlagabtausch und dann freundliche Umarmungen - das waren die verwirrenden Kennzeichen dieser Moskauer Tage. In der Sache wurde bis zur letzten Minute um die gleichen Positionen gerungen, bis dann endlich am Dienstagmorgen die Einigung auf folgender Basis unter Dach und Fach gebracht wurde: Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, Ehrenwort, aber nicht schriftliche Zusätze der Freilassung der etwa 10 000 verurteilten deutschen Kriegsgefangenen und von etwa 20 000 ver-

schleppten zivilen Deutschen, dazu als drittes Element ein von der Sowjetregierung zu akzeptierender Brief des Bundeskanzlers, wonach diese Vereinbarung weder eine Anerkennung der Ostgrenzen noch der „DDR“ beinhalte.

Kalt und heiß: An dem gleichen Sonnabend, an dem der harte Schlagwechsel bei den Verhandlungen stattfand, standen am Abend im Bolschoi-Theater Adenauer und Bulganin in der ehemaligen Zarenloge nebeneinander und schüttelten einander beide Hände. Tausender Beifall galt ihnen in der Moskauer Oper. In letzter Stunde war die Oper „Boris Godunow“ vom Spielplan abgesetzt und das sich ganz an Shakespeare haltende Ballett „Romeo und Julia“ für die deutschen Gäste ausgewählt worden. Warum? Als sich die Hände der Familien Montague und Capulet auf der Bühne über den Leichen ihrer Kinder die Hände zur Versöhnung reichten, wiederholte Adenauer stehend mit dem Handdruck mit Bulganin die Bühnenszene.

Milde, tiefe Schatten unter den Augen, stieg Adenauer am 14. September in die Sondermaschine, die ihn nach Bonn zurückbrachte. Sie war am Montag verflüchtigt telefonisch nach Moskau beordert worden, um den Sowjets zu zeigen, daß der ergebnislose Abbruch bevorstand, wenn sie nicht Zugeständnisse machten.

In Bonn wurde wie in der ganzen Bundesrepublik Adenauer als Befreier der Kriegsgefangenen gefeiert. Erst langsam sickerte durch, daß Brentano und Hallstein bis zur letzten Stunde die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen abgelehnt hatten, weil die Sowjets entgegen den deutschen Zielen nicht die geringste Zusage zeitlicher Art hinsichtlich der Wiedervereinigung gemacht hatten.

Der amerikanische Botschafter in Moskau, Bohlen, hatte Herbert von Blankenhorn eine lautstarke Szene gemacht, als dieser ihm mitteilte, daß entgegen der auch mit den Amerikanern verabredeten Planung die diplomatischen Beziehungen jetzt ohne Chance für Wiedervereinigung aufgenommen würden. Das Rapallo-Trauma wurde über Nacht virulent.

Tausende hofften sehnsüchtig auf ihre Befreiung

Von WALTER H. RUEB

Ein gewaltiges Flugzeug-Cockpit überragte das Rednerpodium. Rumpf und Propeller der viermotorigen Maschine bildeten die Kulisse. Ohne Pathos, aber mit Freude und Dankbarkeit wurde am Samstag in der „Flugausstellung Leo Junior“ in Hermeskeil im Bunsrück das Jahrestages von Konrad Adenauers Moskau-Flug vor 30 Jahren gedacht. Mit dieser Maschine flog der erste Bundeskanzler damals nach Moskau, sagte Carl-Ludwig Wagner. Der stellvertretende Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz wies auf die ausgemusterte Super Constellation 1049 der Lufthansa und gestand: „Ich erinnere mich genau an Spannung, Bewegung und Bähung, die mich ergriff, als Adenauer die ehrenwörtliche Zusage der Russen auf Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen in ihrem Land mitbrachte.“

Spätheimkehrer Harry Försters Flüste kramten sich derweil fester und fester um die Stange, an der die Fahne der Heimkehrer im Winde flatterte und beim Abspielen des Deutschlandliedes durch eine Polizeikapelle barmherzig sein tränenerfülltes Gesicht verdeckte.

An der Gedenkfeier nahmen weder Mitglieder der damaligen Flugzeugbesatzung noch Angehörige der deutschen Verhandlungsdelegation teil. Doch der Co-Pilot und ein Stewardess sandten aus Berlin Grüße; dort werden zur Zeit Filmaufnahmen zur Erinnerung an das historische Ereignis gemacht. Und der frühere Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger meldete sich von seinem Krankenlager mit einer freundlichen Botschaft und der Versicherung, die „dramatischen Verhandlungen zur Befreiung der deutschen Gefangenen vom September 1955 in Moskau, an denen ich teilgenommen habe“, nie zu vergessen. Bundeskanzler Helmut Kohl ließ seine Grüße durch den Parlamentarischen Staatssekretär Benno Erhard überbringen.

Das Schlußwort in der Gedenkfeier aber hatte der 74jährige Heimkehrer Johann Lafos. Stockend und einfach waren seine Worte, ergreifend deren Inhalt. „Die Heimkehrer aus sowjetischer Gefangenschaft sind Konrad Adenauer ewig dankbar.“

Wer sich nach der Feier mit einigen der anwesenden Heimkehrer unterhielt, versieht ihre Dankbarkeit. Sie drückte sich auch sichtbar durch Umarmungen alter Schicksalsgenossen, herzliches Schulterklöpfen, Ausrufe der Überraschung bis hin zu Freudentränen aus. Edmund Bernardi, der 60jährige Bezirksvorsitzende des Heimkehrerverbandes an der Mosel, sagte: „Tausende hofften hinter Stacheldraht jahrelang sehnsüchtig auf Befreiung, die schließlich einer Wiedergeburt gleichkam.“

Bernardi war schon vor Adenauers Reise heimgekommen, aber Harry Förster und Johann Lafos kamen dank der Bemühungen Adenauers nach Hause. Der 62jährige ehemalige Tuchmacher Harry Förster aus dem Raum Dresden war Panzergranadier, war dreimal verwundet, geriet bei der Kapitulation am 8. Mai 1945 in Kur-

land in sowjetische Gefangenschaft, sieht aber trotz zehnjährigem Lagerdasein wie ein Mittvierziger aus.

Als Adenauer in Moskau eintraf, haben wir sofort die Arbeit niedergelegt. Während Adenauers Besuch wurde keiner zur Arbeit gezwungen. Nach Adenauers Abreise gingen wir freiwillig wieder arbeiten. Wir waren durch das Radio über alles informiert...“, erzählte der Heimkehrer.

Am 22. September wurden wir vom Arbeitseinsatz ins Lager zurückbe-fohlen, über die neue Situation unterrichtet und für Transporte zu Gruppen formiert. Am 28. September begann die Reise nach Hause, am 10. Oktober waren wir wieder auf deutschem Boden.“

Am längsten Soldat und am längsten in Gefangenschaft war von den Teilnehmern an der Gedenkfeier Johann Lafos. Er machte den Krieg in Jugoslawien, Griechenland, schließlich vom ersten Tag an in Rußland mit. Rollbahn Süd, Kiew, 6. Armee von Generalfeldmarschall Paulus, 11. Armee von Erich von Manstein, Krim-Krieg mit der Einnahme von Sewastopol 1942 sind die Stichworte seiner ersten Kriegsjahre.

Am Heiligen Abend 1941 wurde er verwundet, 1945 in Kurland gefangen-genommen. Johann Lafos lernte vier sibirische Lager kennen, die er zusammen mit der ganzen Kompanie zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. „Deshalb, weil wir Frontiere waren und Brücken, Gebäude und Straßen zerstört hatten“, erzählte Lafos. „Nach anderthalb Jahren im Gefängnis schickte man uns zum Wiederaufbau nach Stalingrad, im Februar 1954 nach Westsibirien. Ich gab die Hoffnung auf eine Heimkehr jedoch nicht einen Augenblick auf. Am 15. Oktober 1955 erfüllte sie sich schließlich - dank Adenauer.“

Lafos hatte in der Gefangenschaft ab 1947 Korrespondenzverbot. „Das vergesse ich den Russen nie“, grölle er. Auch viele Jahre nach den erregenden Vorkommnissen hat er nichts vergessen. „Als Deutschland im August 1955 in Moskau ein Fußball-Länderspiel austrug, hörten wir die russische Radioübertragung. Als unsere Nationalhymne erklang, weinten alle Rotz und Wasser...“

Auch an vieles andere erinnerte sich Lafos: „Auf der Reise in die Gefangenschaft führen wir in Güterwagen, nach Hause in Personenzug. Zweimal am Tag gab es warme Küche, täglich frische Wäsche. Die Sowjets, die uns jahrelang als Kriegsverbrecher beschimpft hatten, nannten uns jetzt „deutsche Bürger“. Bei der Entlassungsfeier spielte die Musik Donauwalzer, und die Russinnen warteten auf deutsche Tänzer. Aber keiner von uns tanzte. Die Heuchelei hatte ihren Höhepunkt auf dem sibirischen Bahnhof. Die 2000 sowjetischen Arbeiter einer nahen Fabrik riefen im Chor „Freundschaft“. Doch keiner von uns rief zurück „Druschba“. Jeder dachte nur noch an Adenauer und die Heimkehr. Viele weinten vor Ergriffenheit und Freude. Wir hatten schließlich die Unfreiheit kennengelernt...“



Moskau hielt Wort: Die letzten deutschen Kriegsgefangenen wurden entlassen. Erste Station war das Lager Friedland

Ihren Erfolg können Sie planen. Wir helfen Ihnen dabei. Mit unserem Finanz- und Erfolgsplanungs-Service.

Wer als Unternehmer systematisch plant, kann seinen Betrieb besser in eine erfolgreiche Zukunft steuern. Doch gerade für kleinere und mittlere Unternehmen ist dies eine Kosten- und Zeitfrage.

Damit Sie jetzt einfach, schnell und erfolgreich planen können, haben wir „db-plan“, unseren Finanz- und Erfolgsplanungs-Service, entwickelt. Ihr Vorteil: Ohne viel Aufwand gewinnen Sie wichtige Erkenntnisse über Ihr Unternehmen.

Lernen Sie das EDV-Service-Angebot unserer Finanz- und Erfolgsplanung kennen - kostenlos in der Einführungszeit bis zum 30. 9. 1985. Einen ersten Überblick gibt Ihnen unsere neue Mittelstandsbroschüre, die Sie von Ihrem Firmenkunden-Betreuer erhalten.

Oder wenden Sie sich direkt an die Deutsche Bank AG, Zentrale Firmenkunden-Abteilung, Postfach 10 06 01, 6000 Frankfurt 1.

Deutsche Bank



Planen Sie mit uns Ihre Finanzen und Ihren Erfolg

Deutsche Bank

erzichte

DER ANDE

Adenauer als denken

Auch die „DDR“ will nun die Elite fördern

hrk Berlin

Nach dem Bekenntnis zur deutschen Geschichte, der gezielten Sportförderung und einer betont naturwissenschaftlichen Ausbildung versucht die „DDR“, jetzt auf einem weiteren Gebiet gegenüber der Bundesrepublik Boden gut zu machen: Die SED setzt offen auf Eliteförderung und kehrt sich damit vom Prinzip sozialistischer Breitenförderung und dem bisherigen Arbeiter- und Bauern-Mythos ab. Schon ist im Gespräch, hochbegabten „DDR“-Schülern und -Jugendlichen künftig dieselbe Zuwendung wie dem aus politischen Gründen mit Millionenbeträgen geförderten „DDR“-Leistungssport zukommen zu lassen.

Offenbar übernimmt die „DDR“-das im Westen weiter unstrittene Verfahren der strikten Auslese nach Intelligenz und Leistung. So versteht der prominente Rostocker Wissenschaftler Günther Hellfeld im FDJ-Blatt „Junge Welt“ auf interne Untersuchungen, wonach bis zu 25 Prozent der Schüler als besonders begabt anzusehen seien. Doch stehe es vor allem bei der Förderung junger Menschen, die auf technisch-naturwissenschaftlichem Gebiet herausragen, noch nicht „rundum bestens“. Im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich würden „diese Begabungen teilweise noch gar nicht erkannt“.

Als Kennzeichen Hochbegabter nennt Hellfeld „durchweg konstante Leistungen in einem Bereich, Phantasie und Einfallsreichtum und die Fähigkeit, nahezu jede Aufgabe spielerisch zu lösen“. Hellfeld fügt hinzu: „Eine Begabung braucht unbedingt Ansporn, gesellschaftliche Anerkennung. Im Leistungssport klappt das hervorragend.“

In der Bundesrepublik strebt Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms eine stärkere zusätzliche Förderung hochbegabter Kinder an. Dies dürfe ihrer Meinung nach nicht zu Lasten der Breitenausbildung gehen.

Sozialdemokraten, ihr Verhältnis zur SED und die Warnung vor einer neuen Umarmungstaktik

WERNER KAHL, Freudenberg

Zu einer heftigen Kontroverse ist es am Wochenende auf einem Seminar der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung über die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD in Mitteldeutschland und die Politik Kurt Schumachers gekommen. Beim gestrigen Abschluss-Gespräch über „die SED als Staatspartei - 40 Jahre nach ihrer Gründung“ warf SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz der CDU/CSU vor, unter ihrer Regierung verfallende die Ostpolitik. Die SPD trete dagegen „in die zweite Phase der Entspannungspolitik ein“ und betriebe, wie Parteimitgliedern bei Aufhalten in der „DDR“ immer wieder versichert werde, die „Außenpolitik der Zukunft“.

Treffen mit Funktionären

Glotz erwähnte in diesem Zusammenhang Treffen und Beschlüsse mit hochrangigen SED-Funktionären. Die SPD werde allerdings ideologisch die Auseinandersetzung mit der Einheitspartei führen; in diese Auseinandersetzung werde auch die DKP und der Sozialistische Hochschulbund (SHB) einbezogen, versicherte Glotz.

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger (SPD), Mitarbeiterin Kurt Schumachers beim Aufbau der SPD nach dem Krieg, sprach vor Zeitzeugen der Vorgänge in der sowjetischen Besatzungszone sowie Politologen, Historikern und Lehrern von „gezielt“ in letzter Zeit verbreiteter möglicher Mitschuld Schumachers an der Zwangsvereinigung im Jahre 1946. „Wofür soll jetzt Schumacher noch mitschuldig gemacht werden“, rief die Politikerin erregt. Zuvor hatte sie bereits auf eine ähnliche Tendenz in der Aufarbeitung der Ara Schumacher/Ollenauer durch die Biographin Brigitte Brandt-Seebacher, die Ehefrau des SPD-Vorsitzenden, hingewiesen.

Der SPD-Vorstand hat sich bisher nicht öffentlich dazu geäußert, wie die Sozialdemokratische Partei den 40. Jahrestag der Zwangsvereinigung begehen will. Der SPD-Vorsitzende hat auch zu Anfragen aus der Partei, in welcher Weise der 90. Geburtstag Kurt Schumachers (1895-1952) gewürdigt werden soll, nicht Stellung genommen.

„Wer kann sich heute noch vorstellen, daß die Russen 1945 nach Deutschland kamen und davon ausgingen, die Deutschen könnten für den Kommunismus gewonnen werden“, sagte Professor Wolfgang Leonhard, 1945 jüngstes Mitglied der „Gruppe Ulbricht“. Leonhard, der später über Jugoslawien in den Westen ging, warnte gestern vor der Umarmungstaktik der SED-Führung. Als junger Funktionär, der die Taktik der Kommunisten 1945/46 im östlichen Lager miterlebte, habe er verfolgen können, wie SPD-Funktionäre gegeneinander ausgespielt wurden; ferner betreibe die heutige SED zusammen mit der KPdSU nicht nur eine Unterwanderung der Führung in der Sozialdemokratie „von oben“ her, sondern auch „von unten“, in den Ortsvereinen. Sobald die östliche Seite eine Erwartung erfüllt sehe, würden neue Forderungen gestellt.

Leonhard erinnerte an die Taktik, zunächst nicht vom Ziel des Kommunismus zu sprechen. Statt dessen wählte die kommunistische Propaganda den Begriff des „Antifaschismus“, um auch Katholiken und Protestanten zu gewinnen. Unter den Funktionären, die damals in Berlin für die Heranziehung auch von Teilen der Bürgertums eingesetzt wurden, befand sich nach Angaben Leonhards der spätere Chef des „DDR“-Spionageapparates, Markus Wolf.

Todeskampf der SPD

Von der „Gruppe Ulbricht“ sei im Mai 1945 die Parole ausgegeben worden: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Bevor die westlichen Truppen in Berlin einzogen, bildeten Sowjets und deutsche Kommunisten in den drei Westsektoren ein Netz von V-Leuten, das in den folgenden Jahren ausgebaut und beim Ausscheiden aus Alters- oder anderen Gründen ständig ergänzt wurde.

Die Euphorie, die KPD könne rasch zu einer Massenpartei werden, verlor im Herbst 1945. Bei der SPD wurde damals ein stetiger Zulauf neuer Mitglieder registriert. Selbstbewußt wandte sich Otto Grotewohl in Berlin in einer Rede gegen ein Zusammengehen mit der KPD. Daraufhin mobilisierten die Kommunisten ihren Apparat für die „Einheitsfront der Arbeiterklasse“. Knapp sechs Mo-

nate später warf Grotewohl im Berliner Admiralspalast das parteipolitische Handtuch: Am 21. April 1946 wurde die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) gegründet.

„Das Ringen um die Vereinigung wurde zum Todeskampf der Sozialdemokratie in der sowjetischen Besatzungszone“, erinnerte der in Berlin lebende Politikwissenschaftler Professor Richard Löwenthal (SPD). Obwohl er seit 1969 die Entspannungspolitik gefördert habe, warne er zugleich vor pauschaler Ost-West-Politik. Die Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin auf der Regierungsebene seien eine Notwendigkeit. Auch zur SED als Staatspartei müsse es Beziehungen geben, doch dürfe bei allen Kontakten, Gesprächen und Beschlüssen nicht der Unterschied der verschiedenen Ebenen übersehen werden.

Der 40. Jahrestag der SPD-KPD-Vereinigung zur SED wird von den Kommunisten heute bereits wieder auf allen Ebenen für das Werben in der SPD um Zusammenarbeit genutzt. Das geht aus einem unlängst vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED herausgegebenen dokumentarischen Band über „Die KPD im Jahre der Befreiung“ hervor.

Nach Kriegsende gab es durchaus Strömungen unter alten SPD-Mitgliedern, so bestätigten Zeitzeugen, die sich aus der Erinnerung an die Kämpfe zwischen SPD und KPD in der Weimarer Republik eine einheitliche Arbeiterpartei wünschten. Unter SPD-Anhängern in der sowjetischen Besatzungszone liefen Gerüchte um, daß nach der Gründung einer Einheitspartei die Russen in absehbarer Zeit abziehen würden. Kommunistische Propagandisten versprachen zudem eine demokratische Parteipolitik, die Entwicklung der freien Persönlichkeit und eine paritätische Besetzung aller Positionen aus SPD- und KPD-Mitgliedern. „Das waren Verheißungen, nur dazu gedacht, SPD-Mitgliedern den Eintritt in die neue Partei zu erleichtern“, erklärte Leonhard, der für die „Gruppe Ulbricht“ in dieser Zeit mit auf Stimmenfang gegangen war. Walker Ulbricht, der später SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzender der „DDR“ wurde, plagte dabei ständig die Furcht, so Leonhard, es könne in

Mitteldeutschland eine selbständige autonome Volksbewegung entstehen, die von der Kommunistischen Partei nicht mehr gesteuert werden könne.

Die Kehrseite der Werbung waren Einschüchterungen, Verhaftungen und Verurteilungen von Gegnern der Einheitspartei durch Sowjettribunale zu 25 Jahren Zwangsarbeit. Agenten infiltrierten das SPD-Ostbüro in Berlin und verrieten Sozialdemokraten, die sich gegen die Sowjetisierung ihrer Heimat wandten. „Am Ende blieben nur noch Anpasser“, resümierte Leonhard.

Die Rolle Schumachers

Der Streit mit den jüngeren Politologen geht vor allem um die Frage: Hätte Schumacher durch Unterstützung Grotewohls und Verhandlungen mit den Russen die Verschmelzung verhindern können?

Für die Sowjets sei Schumacher „Feind Nummer eins“ gewesen, erklärte Stephan Thomas, Leiter des SPD-Ostbüros. Grotewohl sei dagegen „unworbene“ worden, sie „schmeichelten“ ihm und sprachen von einem Platz dereinst in der Weltgeschichte. Nicht wenige Sozialdemokraten hätten deshalb geglaubt, daß die KPD für einen „demokratischen Weg“ gewonnen werden konnte. Richard Löwenthal sagte dazu, ihm scheine, daß Grotewohl die Sowjets unterschätzt habe. Schumacher sei dagegen überzeugt gewesen, daß die Verhandlungen mit den Kommunisten „schiefliegen“, und habe Grotewohls Vorstellungen nicht für realistisch gehalten.

Aus dieser Einstellung habe Schumacher die Sozialdemokratie in den Westzonen aufgeben und Versuche der Kommunisten abgewehrt, eine Einheitspartei auch in den Westzonen zu praktizieren. Dies sei das Verdienst Kurt Schumachers, hob Löwenthal hervor. Zwischen Schumacher und Grotewohl hat es keine Konkurrenz gegeben, wie jüngere Politologen heute aus Texten ersehen wollen, betonte Annemarie Renger. Schumacher-Kritiker wollten dem Politiker offensichtlich Legenden „unter die Weste jabeln, um Behauptungen zu untermauern, daß ohne ihn eine bessere Politik im Nachkriegsdeutschland erreicht gewesen wäre“.



Blitzreise zu Freunden

Es war eine Blitzreise. Selbst manche Leibwächter des libanesischen Präsidenten Amin Gemayel wußten beim Aufbruch nicht, wohin die Reise gehen sollte. Ziel war das Vorbild-Land für viele Libanesen, die Bundesrepublik Deutschland. Gemayel traf mit Bundespräsident von Weizsäcker,

Bundeskanzler Kohl (siehe Foto), mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß, Bundesaußenminister Genscher und mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Josef Kardinal Höfner, zusammen. Leitmotiv der Begegnungen war humanitäre Hilfe.

FOTO: AP

Honecker bleibt optimistisch

hrk Berlin

Staats- und Parteichef Erich Honecker hat versucht, Bonn die Hauptverantwortung für die Spannungen in Europa und der Welt anhalten oder sich vermindern. Vor Absolventen von Militärakademien sagte Honecker am Wochenende: „Wie die Dinge liegen, hängt dabei vieles von der BRD ab, die den Konfrontations- und Hochrüstungskurs wesentlich mitträgt.“ Ost-Berlin erwarte von Bonn eine „konstruktive Position“, Honecker, der zugleich auch Vorsitzender des „Nationalen Verteidigungsrates“ ist, berief sich abermals auf seine gemeinsame Erklärung mit Bundeskanzler Helmut Kohl vom 12. März in Moskau. Dabei hielt der SED-Chef mit der Formulierung, die „Schicksalswaage der Menschheit“ neige sich „immer mehr zugunsten einer friedlichen Zukunft der Völker“, an seiner optimistischen Grundposition fest.

Kanada beteiligt sich nicht an SDI

dpa, Hamburg

Der von Befürwortern der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) versprochene technologische Schub ist für Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber kein ausreichender Grund, sich an dem Projekt zu beteiligen. Für den Minister stehen vielmehr bindnispolitische und strategische Überlegungen im Vordergrund. In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin der „Spiegel“ sagte Riesenhuber: „SDI ist gerechtfertigt, wenn es das ist, was es zu sein beansprucht: Ein sicherer Schirm gegen Nuklearwaffen.“

Unterdessen hat die kanadische Regierung sich offiziell gegen eine Teilnahme an dem amerikanischen SDI-Projekt ausgesprochen. Ministerpräsident Brian Mulroney lehnte nach einer eintägigen Sitzung mit Parlamentsmitgliedern seiner konservativen Partei eine entsprechende Einladung der US-Regierung ab.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster, send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Gleichbleibende Preise:



Mit einer Festzinshypothek der Hypothekenbanken kostet Ihre Finanzierung jahrelang das gleiche.

Die eigenen vier Wände sind eine sichere Grundlage für Ihre Zukunft und eine wertstabile Geldanlage. Jetzt ist Zeit zum Handeln. Denn Grundstücke, Häuser, Baukosten und auch die Zinsen sind günstig. Ihr bester Starthelfer ist in jedem Fall eine solide Finanzierung - die Festzinshypothek der Hypothekenbanken. Sie garantiert feste Zinsen für lange Laufzeit. Das macht Ihre Belastung auf Jahre präzise kalkulierbar und dank niedriger Tilgung auch tragbar.

Die Festzinshypothek zum Bauen, Kaufen, Renovieren oder Umschulden ist seit 120 Jahren das Markenzeichen der deutschen Hypothekenbanken. Bei den folgenden Banken erhalten Sie Beratungsmaterial oder auf Ihre Situation individuell zugeschnittene Informationen.

Wir sind Finanzierungsexperten. Sprechen Sie mit uns!

Allgemeine Hypothekenbank AG	Frankfurt (Main)	069/71790
Bayerische Hypothekbank AG	München	089/2304318
Bayerische Hypothekbank und Wechsel-Bank AG	München	089/23662141
Bayerische Vereinsbank AG	München	089/38843241
Braunschweig-Hannoversche Hypothekbank AG	Hannover	0511/7121235
Deutsche Centralbodenkredit-AG	Köln	021/5721444
Deutsche Genossenschafts-Hypothekbank AG	Hamburg	040/30103520
Deutsche Hypothekbank (Act.-Ges.)	Hannover	0511/7245359
Deutsche Hypothekbank Frankfurt-Bremen AG	Frankfurt (Main)	069/254833
Frankfurter Hypothekbank AG	Frankfurt (Main)	069/25521
Hypothekbank in Hamburg AG	Hamburg	040/35910198
Lübecker Hypothekbank AG	Lübeck	0451/4506280
Münchener Hypothekbank eG	München	089/387606
Norddeutsche Hypothek- und Wechselbank AG	Hamburg	040/3686262
Pfälzische Hypothekbank AG	Ludwigshafen (Rhein)	0621/5997240
Rheinische Hypothekbank AG	Frankfurt (Main)	069/2352222
Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank AG	Köln	021/11669213
Süddeutsche Bodencreditbank AG	München	089/5112276
Vereinsbank in Nürnberg AG	Nürnberg	0911/2027326
Westfälische Hypothekbank AG	Dortmund	0231/10820
Württembergische Hypothekbank AG	Stuttgart	0711/2096236

DIE HYPOTHEKENBANKEN

Späths Traum von der Null-Verschuldung

Finanzpolitische Realitäten holen auch Stuttgart ein

XING-HUKUO, Stuttgart
 Baden-Württemberg Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hat ein seit fünf Jahren medienwirksam verkündetes Ziel aufgegeben: Von 1986 an, so hatten er und seine Finanzexperten der Landesregierung immer wieder der Öffentlichkeit mitgeteilt, würde der Südstaat als „erstes und einziges Bundesland ohne neue Nettokredite auskommen“. Dies wiederum werde bundesweit ein „Zeichen setzen“ und verdeutlichen, daß die Bezeichnung „Mistkäse“ für das Land der sparsamen Schwaben und Badener gerade in der Frage der Finanzen voll zutreffe.

Von alledem will Späth seit der letzten Woche nichts mehr wissen. Nach einer zweitägigen Klausurtagung in Rothweil räumte Späth ein, daß bei den früheren Finanzberechnungen, die zu diesem optimistischen und wie sich jetzt zeigt, höchst unrealistischen Versprechen geführt hatten, die wichtigsten Faktoren falsch eingeschätzt worden seien.

So wurde die Höhe der Steuermindernahmen und die Steigerung der Personalkosten nicht richtig vorausgesehen. Auch die Preisstabilität der letzten Jahre habe zu einer solchen Fehleinschätzung geführt: Denn dieser Faktor habe niedrigere Lohnsteigerungen und damit weniger Steuereinnahmen bewirkt, als zunächst angenommen worden war.

850 Millionen Mark

Statt der erträumten Null-Verschuldung im nächsten Jahr muß das Land Kredite in Höhe von 850 Millionen Mark aufnehmen, teilte Späth mit. In diesem Haushaltsjahr 1985 wird die Nettokreditaufnahme von einer auf 1,25 Milliarden Mark erhöht, beschloß außerdem das Stuttgarter Kabinett. Auch in den Jahren bis 1989 ist von einer Null-Verschuldung nicht die Rede. Allerdings sollen die Nettokreditaufnahmen in den Jahren 1987, 1988 und 1989 heruntergefahren werden: 990, 950 beziehungsweise 600 Millionen Mark lauten die von Späth genannten Zahlen.

Diese Kreditaufnahme bedeute eine „Senkung unter die Grenze von drei Prozent des Haushaltsvolumens“, gleichzeitig werde die Investitionsquote angehoben. Späth erklärte, die Landesregierung habe das Ziel

„Erbitterter Widerstand gegen faule Kompromisse“

Festakt zum Tag der Heimat / Grußwort von Axel Springer

hrk Berlin
 Die strikte Einhaltung der Menschenrechte und der verbindlichen Vereinbarungen von Helsinki auch durch die „DDR“ hat der Parlamentarische Staatssekretär Ottfried Hennig gestern in Berlin erneut gefordert. In der zentralen Feierstunde des Bundes der Vertriebenen zum „Tag der Heimat“ kündigte Hennig „erbitterten Widerstand“ der Bundesregierung gegen eine Aufhebung oder „faule Kompromisse“ um das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes an.

Als Hauptredner der Veranstaltung ging Hennig auch auf die Lage in der „DDR“ und die Notwendigkeit ein, zur „Schicksalsgemeinschaft“ mit den Menschen drüben zu stehen. Neben Ost-Berlin machte er auch der polnischen und sowjetischen Regierung heftige Vorwürfe, weil sie den Deutschen dort weder ihre Sprache erlauben noch das geringste unternehmen, die erbärmliche Benachteiligung und Diskriminierung der zwei Millionen Deutschen in der UdSSR zu ändern.

Hennig: „Dürfen wir Deutsche im Westen unseres Vaterlandes um einfach damit abfinden, daß der junge Deutsche aus Dresden, der einen Ausreisepass gestellt hat, deswegen schon lange seinen Arbeitsplatz verloren hat, obgleich die DDR in den KSZE-Dokumenten das Gegenteil versprochen hat? Was kann das junge Mädchen aus Rostock dafür, daß es sich in einen jungen Mann aus Kaufbeuren verliebt hat und nun schon jahrelang deshalb ihren Verlobten nicht mehr sehen darf? Es sei notwendig, darüber zu reden, „wo in unserer Heimat Deutschland die Menschenrechte verletzt werden, zum Beispiel in der DDR.“

Solange das Recht auf Selbstbestimmung nicht durch alle Deutschen ausgeübt werden könne, „ist die Bundesrepublik Deutschland Treuhänder für eine freiheitliche Ordnung aller Deutschen“, betonte Hennig. „Sie nimmt die Schutzpflicht für die Grund- und Menschenrechte der Deutschen wahr. Wir halten an der einen ungeteilten deutschen Staatsangehörigkeit fest.“

In einem Grußwort erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl, die Heimatvertriebenen hätten sich nicht von Gedanken der „Rache und der Vergeltung“ überwältigen lassen. Ihre Arbeit für den Aufbau der Bundesre-

Hinter dem Personalkampf in NRW steht der Streit um Ämter und Gelder

WILMHERLYN, Köln

Drei Motivationen bewegen zur Zeit die Verantwortlichen in der CDU Rheinland. Vordergründig steht für die Personalauswahl um den Vorsitz mit drei Kandidaten. Der Amtsinhaber Bernhard Worms stemmt sich gegen den Krefelder Oberbürgermeister Dieter Pützhofer und gegen den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium, Wolfgang Vogt.

Zusätzliche Vorkantone: Vogt ist rheinischer Vorsitzender der CDA-Sozialausschüsse, Dieter Pützhofer gehört auch dieser Vereinigung an. Ein aggressiver Briefwechsel der beiden Kandidaten war die Folge. Und wer die starken Bindungen der Mitglieder an ihre Vereinigung kennt, die erst deren Vornachstellung in der CDU Rheinland ermöglichen, kann beobachten, welche Risse sich allerorten in der Personaldebatte im stärksten Landesverband der Union auftun.

Der Brief eines Mandatsträgers der CDA, Theo Rangs, an Vogt offenbart das Dilemma. Er schreibt: „Wenn Dieter Pützhofer Kritik an den Vereinigungen übt, geht das nicht an die Adresse der Mitglieder, sondern er meint gewisse Funktionäre, die sich in „Erbböschung“ räkeln. Damit zeigt Rangs das zweite Übel auf: Niemand in der rheinischen CDU mag genau ermesen, welche Pfünde über Parteiämter noch sicher sind, wenn die Fusion mit dem Schwesterverband Westfalen-Lippe im kommenden Frühjahr bestätigt wird.“

Erhebliches Mißtrauen

Das Rechenbeispiel im Grundsatz ist einfach - praktisch die Hälfte aller Parteimandate werden bei einem geeinten Landesverband überflüssig. Aber wer bleibt auf der Strecke? Wie werden die inneren Strukturen der Partei aussehen nach der Bundestagswahl 1987, der letzten Wahl, zu der Rheinland und Westfalen noch einmal getrennt ihre Kandidaten aufstellen? Und was geschieht mit den traditionell im Rheinland starken Vereinigungen, im Westfälischen aber mit den Bezirksverbänden?

All diese Fragen verunsichern die Führung wie die Basis. Dazu kommt als drittes Moment das erhebliche Mißtrauen, das - auch traditionell begründet - die Rheinländer gegenüber den Westfalen (und umgekehrt) hegen. Immer wieder werden Stimmen laut, die davor warnen, „sich von dem schlaun Professor Biedenkopf nicht über den Tisch ziehen zu lassen“. Der Respekt vor dem westfälischen Vorsitzenden ist groß. Und überall versucht die Rheinländer, Pflöcke zur Verteidigung einzurammen. Sie bestehen darauf, daß die Bezirke keinen Organcharakter haben sollen und damit die Macht der Vereinigungen ungeschmälert bleibt, und sie wollen einen Generalsekretär im künftigen gemeinsamen Landesvorstand. Als Gegengewicht zu Biedenkopf?

CDA droht Knacks

Am Freitagabend verkündete Worms: „Wir sind drei gestandene Männer, und ich gehe davon aus, daß wir drei kandidieren.“ Kurz darauf jedoch sagte er auch: „Aber im Leben und in der Politik ist nichts unmöglich.“ Ob er damit die Stimmung in den Parteigliederungen trifft? Der Vorsitzende der Düsseldorf-Kreispartei, Karl Friedrich Klee, meinte sibilinisch: „Wir müssen einen neuen Anfang machen. Aber Nennen nenne ich nicht.“

Die Blicke lenken sich zunächst auf Wolfgang Vogt, der wohl die schmalste Ausgangssituation hat: eine gesplante CDA. Dabei ist noch nicht zu erkennen, ob er eher ein Geschobener ist, als daß er sich selbst nach vorne spielt. Denn in den Sozialausschüssen rumort Unwille über den eigenen Vorsitzenden. Führende Mitglieder wollen ihn weglohen, um so einen anderen auf den Schild zu heben. Im Gespräch dabei ist Hans-Horst Viehoff aus Mönchengladbach.

Sie rechnen dabei, daß es entweder Vogt schafft, Worms aus dem Sattel zu heben - dann müßte er den Vorsitz bei der CDA abgeben, oder daß er, was wahrscheinlicher ist, zu den Verlierern zählt. Dann aber hätte er, so seine Widersacher, „seine erste Beschädigung weg“. Daß damit gleichzeitig auch das Ansehen der gesamten CDA einen Knacks bekommt, bedenken sie bei diesem Finissieren und Taktieren offensichtlich nicht.

Es ist damit zu rechnen, daß sich in den kommenden Tagen die Spitze der Bundespartei mit den Kandidaten zusammensetzt. Eine Wahlleiterin des Staatssekretärs Vogt, so heißt es in Bonn, wäre auch eine Beschädigung der Bundesregierung. Nicht von ungefähr kommt die Überlegung, er solle besser ehrenvoll zurückziehen. Dann ist die Bahn frei für ein Duell Worms contra Pützhofer.

Bremen: Knapper Erfolg für Henning Scherf

W. WESSENDORF, Bremen

Der Bremer Senator für Jugend und Soziales, Henning Scherf, wird Bürgermeister und damit Stellvertreter des designierten Präsidenten des Senats, Klaus Wedemeyer. Allerdings erreichte der umstrittene SPD-Politiker auf einem außerordentlichen Landesparteitag in Bremerhaven nur mit knapper Mehrheit sein Ziel: 91 delegierte Genossen stimmten für Scherf, 74 waren gegen ihn bei 6 Enthaltungen und 2 ungültigen Stimmen.

„Damit habe ich für künftige Aufgaben eine gute Ausgangsposition“, meinte der gelernte Schweißer und promovierter Jurist nach der Wahl. Scherf, der dem linken Flügel seiner Partei angehört, sieht nach eigenen Worten durchaus Chancen, Mehrheiten zu bekommen. Wedemeyer, der am 18. September Nachfolger von Bürgermeister Hans Koschnick wird, hatte bereits vor der Wahl erklärt: „Ich brauche einen, der mich unterstützt, aber auch eigene Ideen hat. Ich finde, dieses Tandem gar nicht schlecht, wenn Klaus vorne sitzt.“

Scherf hatte sich in der vergangenen Woche den Unmut des künftigen Regierungschefs, des Landesvorstandes und vieler Genossen zugezogen, weil er ein Papier mit brisanten Einsparungsvorschlägen ohne Abstimmung in die Öffentlichkeit lancierte. Danach will der Senator den Zivilschutz und die Bereitschaftspolizei abschaffen. Zudem soll der Verfassungsschutz eingeschränkt werden. Daraufhin fiel die Entscheidung im SPD-Landesvorstand nur knapp aus, Scherf als Kandidat für den Bürgermeister aufzustellen.

Wedemeyer, der Fraktionsvorsitzender der Mehrheitspartei in der Bürgerschaft ist, nutzte den Parteitag, die Grenzen seiner künftigen Politik zu skizzieren. Einzelheiten bleiben der Regierungserklärung vorbehalten. Es gelte, die horrenden Arbeitslosigkeit und Abwanderung aus dem Lande Bremen nicht nur mit dem Gewerkschaften, sondern auch mit Hilfe der Wirtschaft zu bekämpfen. „Das geht nur über private Investitionen“, meinte der neue Herr im Rathaus. Am Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst müßte noch lange festgehalten werden, der außerdem effektiver gestaltet werden soll.

Die Verkleinerung des Senats, der sich aus zwölf Mitgliedern zusammensetzt, spielte schon bei der Wahl der Nachfolge Koschnicks eine große Rolle. Damals war Scherf als Gegenkandidat von Wedemeyer (41) angetreten, den Koschnick vorgeschlagen hatte (DIE WELT vom 11. Juli). Wedemeyer möchte sich damit möglichst viel Zeit lassen, am liebsten bis ans Ende der Legislaturperiode in zwei Jahren.

Ein Lesebuch der konservativen Denkweise

Der 70. Geburtstag von Franz Josef Strauß ist Anlaß für ein neues Buch über ihn - ein Lesebuch der konservativen Denkweise.

Viele Aufsätze darin sind getragen von dem Wunsch der Autoren, den allgemeinen Gedanken an seinem Beispiel zu verdeutlichen.

Golo Mann schreibt über den Begriff „konservativ“ und sucht offenbar nach einem geistigen Vorfahren von Strauß; er erwähnt den Preußen Ludwig von der Marwitz. „Ein Konservativer vom Schlage Marwitz ist tief in seiner Heimat verwurzelt, damit auch mit dem Volk in seiner Heimat vertraut, mit „einfachem“ Volk mindestens ebenso sehr wie mit Professoren. Er hängt an gewachsenen Traditionen. Er ist Realist, geht mehr mit Sachen um als mit Ideen. Realismus kann - obgleich er es nicht muß - mit einer Dosis Pessimismus verbunden sein: Der Mensch ist ein sich selbst gefährdendes Wesen, das eben darum stabile Ordnungen braucht.“

Friedrich Wetter, Erzbischof von Freising, warnt vor Versuchen der Kirche, den „äußeren Frieden“ gestalten zu wollen - „sie kann seine Bedingungen nicht formulieren“, die Kirche wird nicht aufhören, die Bedingungen des wahren Friedens, die Bekehrung der Herzen, zu verkünden. Zu welchem merkwürdigen Ergebnis man kommen kann, wenn man Forderungen der Bibel direkt in die Politik einbringt, karikiert Wetter mit der Feststellung, das Matthäus-Wort „Sorgt euch also nicht um morgen“ könne nur für die Person eines Ministers gelten, nicht für seine Amtsführung.

Historische Schuld

Einige Autoren schreiben über Bayern, das Wissen voraussetzend, was der Aufschwung dieses Landes mit Strauß und seiner CSU zu tun hat. Heinz Nixdorf zieht Vergleiche zwischen dem Hauptsitz seiner Firma in Paderborn und der Zweigstelle in Bayern: „während man zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiet der Industrieanlage nicht so engagiert vorgeht. Die bekannten Strukturprobleme und die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit Nordrhein-Westfalens kann man sicher teilweise darauf zurückführen und darf hier wohl ohne Übertreibung von einer historischen Schuld dieses Bundeslandes sprechen.“ Und: „Die Akzeptanz der unternehmerischen Beteiligung bei der überwiegenen Mehrheit der Bürger ist ein immaterielles Aktivum Bayerns, das ins Gewicht fällt.“

rielles Aktivum Bayerns, das ins Gewicht fällt.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist einer der Staatsmänner und Politiker, die einen Aufsatz zu dem 600-Seiten-Buch beigetragen haben. Von Strauß abscheid, erwähnt von Weizsäcker „Autoritätsbegriffe, die aus strukturellen Entwicklungen der westlichen Demokratien hervorgehen. Der Funktionalismus in technischen Zeitalter führt zu einem System machtvoller und schwer durchschaubarer Bürokratien. Im Räderwerk der Funktionen und Funktionen gedeutet Autorität schlecht. Neben der notwendigen Arbeitsteilung und interdisziplinären Teamarbeit steht eine Tendenz, Demokratie durch kollektive Führungsstrukturen zu verwickeln.“ Außerdem: „Wahlkämpfe mit medial vermittelter Meinungsbildung bringen oft andere Anforderungen an Kandidaten mit sich als die Ämter.“

„Ein Vollblutmensch“

Auch politische Gegner haben einen Geburtstagsgruß geschrieben. Zum Beispiel Bruno Kreisky: Strauß sei ein „Vollblutmensch und fast möchte ich sagen, ein Renaissance-Mensch, und daher macht er auch in der Politik nichts mit der linken Hand“ - so wenig er alles, was links ist, mag. „Sein Gruß über die Alpen endet mit einem Zitat aus der „Kameliedame“: „Nur Greise altern nicht.“ Helmut Schmidt bewundert Strauß' „Wissen im Detail, seine Kenntnis der Zusammenhänge, auch seine energische und rationale Art, an die Probleme heranzugehen, während viele emotional argumentierten.“

Strauß selbst meint in seinem Beitrag zu dem Buch, die Auseinandersetzung des Westens mit dem Osten werde weder „auf den Barklenden der Revolution noch auf dem Schlachtfeld mehr ausgetragen“, sondern: „Die rasend schnelle Entwicklung naturwissenschaftlicher Forschung und technischer Anwendung setzt neue Maßstäbe. Wir können nicht absehen, zu welchen politischen Veränderungen im sowjetischen Imperium eine solche nicht mehr aufhaltbare Entwicklung führen wird. Ich bin jedoch überzeugt: Wir dürfen darin auch für die Lösung der offenen deutschen Frage auf lange Sicht eine hoffnungsvolle Zukunftsperspektive sehen.“ (Franz Josef Strauß, Bruckmann Verlag, München)

DETLEV AHLERS

Hier sind zwei Nachrichten für Sie, eine schlechte und eine gute.

Die schlechte:
 Alles wird schlimmer. Die Arbeitslosigkeit, die Atombomben, die Russen, die Amis, der Hunger, das Wetter, das Sterben der Natur. Und alles wird aussichtsloser: die Zukunft, die Gegenwart, die Liebe und das Leben überhaupt.

Und nun die gute Nachricht:
 Ab heute bekommen Sie CHANCEN. Das Zukunfts-Magazin für unsere Gegenwart. Aktuell und optimistisch. Für eine Welt, in der es sich immer noch zu leben lohnt - heute und morgen.



CHANCEN
 Ein Magazin, wie noch keines vorher war.

CHANCEN
 gibt es überall - auch bei Ihrem Buch- und Zeitschriftenhändler.
 Für 6 DM.

Se
 hypothe
 unken
 ierung
 he.

BANKE

Estenssoros einsamer Kampf gegen die Krise

Gewerkschaftsdiktatur brechen / 14 000 Prozent Inflation

WERNER THOMAS, Miami
Die bolivianischen Gewerkschaften haben ihren Mitte letzter Woche eröffneten Generalstreik bis morgen verlängert - trotz der Warnungen der Regierung. Jetzt droht jedem Arbeiter die Entlassung, der am Freitag nicht an seinen Arbeitsplatz zurückgekehrt war.

Victor Paz Estenssoro (77) wagt bereits zu Beginn seiner vierten und wohl letzten Präsidentschaft einen riskanten Konflikt. Er möchte die Macht der „Bolivianischen Arbeiterzentrale“ (COB) brechen, der er einst selbst nahestand. Das Schicksal seines unglücklichen Vorgängers Hernan Siles Zuazo dient ihm als Warnung.

Als Siles vor vier Wochen den Präsidentenpalast für Paz Estenssoro räumte, hinterließ er seinem Nachfolger die schlimmsten wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem lateinamerikanischen

Halbkontinent. Eine Weltrekord-Inflation von 14 000 Prozent. Ein Minus-Wachstum von sieben Prozent. Eine sieche Währung, der Schwarzmarktkurs des Dollar erreichte 1,5 Millionen Peso. Schließlich ein Problem, das Siles „die Gewerkschaftsdiktatur“ nannte.

BOLIVIEN

Während der nicht ganz dreijährigen Amtszeit Siles' taumelte die Anden-Nation von Streik zu Streik. Der COB-Forderungen, selbst wenn er zunächst Widerstand leistete. Obgleich auch Mitbestimmungs- und Mitteiligungswünsche vorgetragen wurden, ging es gewöhnlich um die Frage höherer Löhne.

Die beiden COB-Führer Juan Lechin (71), Anfang der fünfziger Jahre Kampfführer von Siles und Paz Estenssoro, und Walter Delgado (43) verfolgten mit dieser Konfrontationsstrategie politische Ziele. Sie sind erklärte Trotzkisten.

Als Victor Paz Estenssoro am 6. August wieder die Macht übernahm, signalisierte er gleich radikale Kurskorrekturen. Die sozialistischen Experimente sollten enden und durch marktwirtschaftliche Methoden ersetzt werden. Der alte Mann hatte sich im Laufe seiner langen po-

litischen Laufbahn langsam von links zur Mitte entwickelt. Am 29. August verkündete dann seine Regierung das neue Wirtschaftsprogramm, das neben Abwertungsschritten und einer Liberalisierung des Außenhandels auch die Reprivatisierung staatlicher Betriebe, einen Lohnstopp für öffentliche Bedienstete bis Ende des Jahres und die Lockerung der Kündigungsschutz-Bestimmungen enthielt.

Die Gewerkschaft reagierte mit einer Kampfansage. „Die Regierung will uns verhungern lassen“, sagte COB-Generalsekretär Delgado wütend. Während Lechin um „vorübergehende Beurlaubung“ vom Amt des Exekutivsekretärs bat, beschloß der junge Gewerkschaftsboß den ersten Generalstreik der vierten Paz-Estenssoro-Ära.

Paz Estenssoro zeigte Verständnis für die Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft. Die neuen Wirtschaftsmaßnahmen seien „tatsächlich äußerst hart“, konzedierte er, jedoch notwendig. „Kein Land der Welt kann auf die Dauer mehr Geld ausgeben als es einnimmt.“ Er appellierte an das Volk, ihn zu unterstützen: „Gemeinsam werden wir die Armut und die Rückständigkeit überwinden.“

Dieser Generalstreik war nicht sehr wirkungsvoll. Am Freitag hatten wieder viele Geschäfte und Banken geöffnet. Auch die Zeitungen erschienen wieder. Die Sicherheitskräfte garantierten die Versorgung der Bevölkerung mit Brennstoffen.

Die meisten Leute scheinen auf Seiten des Präsidenten zu stehen, obgleich alle Oppositionsparteien im Kongreß die Regierung kritisieren, auch die konservative Bewegung „Nationale Demokratische Aktion“ (ADN) des früheren Diktators Hugo Banzer.

Die Lage Anfang der Woche: Keine Seite will nachgeben. Delgado sieht eine Konfrontation „auf Leben und Tod“. Er schickte streikende Arbeiter auf die Straßen der Hauptstadt La Paz, die mit Plakaten und Sprechbannern die „Hungerpolitik“ der Regierung verurteilten.

Paz Estenssoro weiß wiederum, daß er standhaft bleiben muß und sich keine Niederlage leisten kann. Viele Beobachter in La Paz geben ihm die besseren Chancen, diesen Machtkampf zu gewinnen. (SAD)

Frankreich betrachtet Deutschland nach wie vor als geteiltes Ganzes

Von A. GRAF KAGENECK

Bundeskanzler Kohl hat angekündigt, daß die Union den aus SPD-Kreisen stammenden Vorschlag, das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes aufzuheben, zum Wahlkampfthema machen werde. Im Mai hatte der frühere Bundesjustizminister Jürgen Schmude (SPD) angeregt, die Grundgesetz-Präambel in diesem Punkt zu ändern. Dabei hatte Schmude behauptet: „Nicht wenige unserer Freunde und Nachbarn kommen zu dem Schluß, daß eigentlich nichts mehr offen sei und daß wir endlich Ruhe geben sollten.“

Stimmt das? Wie ist das mit, vor allem, Frankreich, Deutschlands wichtigstem Partner in Europa? Der frühere Premier Debré war als Gegner der deutschen Wiedervereinigung bekannt. Sind „die“ Franzosen seiner Meinung?

Präsident Mitterrand und der Bundeskanzler haben miteinander telefoniert, als die Absicht Gorbatschows bekannt wurde, Frankreich zu besuchen. Spontane Gäste der Solidarität im Vorfeld einer so wichtigen Begegnung, oder Beruhigungsversuch des Franzosen, deutsche, europäische und atlantische Interessen würden nicht berührt von dieser offenkundigen Rückkehr Frankreichs zur traditionellen „Ostpolitik“ aller Präsidenten der 5. Republik?

Die deutsche Frage stand und steht im Mittelpunkt aller französisch-sowjetischen Begegnungen. Von de Gaulle 1954 und 1966 über Pompidou 1970 und Giscard 1975 bis Mitterrand heute hatten beide Staaten, bei noch so scharfen französischen Verurteilungen des roten Imperialismus und der bolschewistischen Menschenrechtsverletzungen, Interesse an einem Gedankenaustausch über den Stand der Entwicklung in Europa und dessen Kern Deutschland. Stets hatte jeder von beiden dabei auch die Frage im petto, wie es mit der Zukunft Deutschlands aussehen werde. Vergessen sollte man nie, daß beide - die Sowjetunion und Frankreich - Deutschland nach wie vor als Ganzes betrachten und sich für das Ganze verantwortlich fühlen.

Für Frankreich ist die deutsche Wiedervereinigung nicht aktuell, aber sie ist nicht für immer ausgeschlossen. De Gaulle, der in geschichtlichen Dimensionen dachte, bezeichnete sie 1968 als das „natürliche Recht der Deutschen“. Frankreich hatte sich in-



Realismus und Vertrauen: Präsident Mitterrand

des schon sehr viel früher auf dieses Recht festgelegt. Und zwar vertraglich. Im September 1984 erinnerte der Sprecher des Quai d'Orsay daran, daß die Haltung seines Landes seit den Pariser Verträgen von 1954 zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland bekannt und immer wieder vertreten worden sei, wonach Frankreich eine Politik der Bundesrepublik unterstütze, die auf die Herstellung eines Friedenszustandes in Europa hinführe und somit dem deutschen Volk erlaube, seine Einheit in Frieden und freier Selbstbestimmung herzustellen. Dieses Recht stehe allen Deutschen zu, niemand könne es ihnen verweigern, fügte der Sprecher hinzu.

Präsident Mitterrand hat das vor dem amerikanischen Fernsehen im März 1984 in Atlanta so ausgedrückt: „Daß die Deutschen seit vierzig Jahren in einem Zustand der Zerrissenheit leben und daß dies für sie eine ständige Bedrückung ist, kann man weiß Gott verstehen. Das Problem für uns andere ist, daß der natürliche und legitime Wunsch der Deutschen, sich wiederzufinden, nicht das Gleichgewicht im Zentrum Europas und in der Welt zerstört. Aber da habe ich volles

Vertrauen in die demokratische deutsche Regierung und in das deutsche Volk, das nach so vielen Dramen zu unserem Freund wurde.“

Mitterrand distanzierte sich dabei ausdrücklich vom italienischen Außenminister Andreotti, der kurz vor das Vorhandensein zweier deutscher Staaten als wünschenswert und endgültig bezeichnet hatte. Dagegen behauptete Schmude zwei Monate später: „Die Andreotti-Außerung, so verfehlt sie in Form und Anlaß war, hat blitzartig erkennen lassen und bestätigt, daß viele, ja, eigentlich alle westlichen Regierungen gleichgültig an gegenwärtigen Zustand festhalten wollen.“

Mitterrand operiert mit seiner realistischen Einschätzung der deutschen Frage nicht im luftleeren Raum. Daß die Franzosen heute die deutsche Wiedervereinigung nicht nur nicht fürchten, sondern als „natürlich und absehbar“ empfinden, beweisen alle Umfragen.

Anfang dieses Jahres ergab eine Gallup-Umfrage, daß 55 Prozent der Franzosen in der Wiedervereinigung Deutschlands keine Gefahr für die EG sehen und daß 36 Prozent der Franzosen die Wiedervereinigung in absehbarer Zeit erwarten - gegenüber nur elf Prozent der Deutschen! 1984 hielten 54 Prozent der Befragten in den USA, 51 Prozent in Großbritannien und 43 Prozent in Frankreich die Wiedervereinigung sogar für „wünschenswert“.

Entsprechende Resultate gibt es aus früheren Jahren quer durch die westliche Welt, von 87 Prozent dafür in Schweden bis 58 Prozent in Frankreich und 49 Prozent in Italien. Man kennt kein Ergebnis, in dem sich die Bevölkerung eines anderen westlichen Landes gegen die Wiedervereinigung ausgesprochen hätte.

Insbesondere die Franzosen sind zu sehr Realisten und haben eine zu hohe Auffassung von der „Nation“, als daß sie die Zerbrechung der deutschen Nation für einen Dauerzustand ansehen könnten. Auch wenn sie derselbe Realismus davon ausgehen läßt, daß dieser Zustand nicht von heute auf morgen herbeigeführt werden kann.

Mitterrand spricht seit Jahren, auch wenn er keinesfalls das Übergewicht der Kräfte in Europa gefährden will, von der „Überwindung Jaltas“. Dies wird Inhalt auch seines Gesprächs mit Gorbatschow sein.

Stefanopoulos gründet neue konservative Partei

„Demokratische Erneuerung“ als Alternative zu Papandreou

E. ANTONAROS, Athen

Die seit knapp zwei Wochen erwartete Spaltung der griechischen Hauptoppositionspartei „Neue Demokratie“ (ND) ist nun perfekt. Der letzte Woche aus der Partei ausgesetzte frühere Fraktionssprecher, Konstantin Stefanopoulos, hat jetzt die Gründung einer neuen bürgerlichen Partei unter dem Namen „Demokratische Erneuerung“ bekanntgegeben. Nach Stefanopoulos' Angaben soll die neue, rechts von der Mitte angesiedelte Formation „bürgerlich, volksnah und fortschrittlich“ sein.

Der neuen Partei, die sich voraussichtlich im Laufe der nächsten Tage konstituieren und eine Grundsatzerklärung veröffentlichen wird, wollen neben Stefanopoulos bereits neun von insgesamt 121 Abgeordneten der „Neuen Demokratie“ beitreten. Es sind die Abgeordneten, die sich von Anfang an mit Stefanopoulos in seinem Streit mit ND-Chef Mitsotakis solidarisch erklärt hatten.

Auch zwei bisherige Vorstandsangehörige der „Neuen Demokratie“ haben Stefanopoulos ihre Unterstützung zugesagt. Falls es der neuen Partei gelingen sollte, mehr als 15 Prozent der Stimmen für sich zu gewinnen, werden ihr laut Geschäftsordnung der Kammer automatisch volle Fraktionsrechte zustehen.

Im Laufe der letzten Tage hatten die beiden früheren Vorsitzenden der „Neuen Demokratie“, Averoff und Rallis, vergeblich versucht, durch zahlreiche Vermittlungsbemühungen die sich anbahnende Spaltung abzuwenden. Sie operierten vor allem mit dem Argument, daß von einem Auseinanderfallen des bürgerlichen Blocks anschließend die regierenden Sozialisten politisch profitieren würden.

Druck von der Basis

Mit einer massiven Abwanderung von engagierten und vorwiegend jüngeren Parteimitgliedern und Funktionären aus den Jugend-, Fach- und Bezirksverbänden seiner Partei konfrontiert, hatte Mitsotakis Konzeptionsbereitschaft vor allem im Zusammenhang mit der Vorbereitung des umstrittenen Parteitag demonstriert. Aber Stefanopoulos zeigte sich fest entschlossen, alle Brücken abzubrechen. Zwar verdeutlichte er,

daß Papandreou sozialistische Partei sein „Hauptgegner“ sei, aber „aus politisch-moralischen“ Gründen sei die Trennung von der „Neuen Demokratie“ unvermeidbar gewesen.

In einem Interview mit der linksliberalen Athener Zeitung „To Vima“ hatte Stefanopoulos die Gründe seines Streits mit Mitsotakis präzisiert und darauf hingewiesen, daß es dabei nicht um das Amt des Parteivorsitzenden, sondern um die Einhaltung der innerparteilichen Demokratie gegangen sei.

Blick auf die junge Garde

Daher sehe er aufgrund der autoritären, sämtliche Beschlüsse der oberen Parteigliedern mißachtenden Führungsstil von Mitsotakis keine Aussichten auf eine Einigung. Ihm widerstrebe es, daß die Partei ohne Rücksicht auf die Wünsche und die Einstellung der Basis von oben dirigiert werde. Wegen dieser arroganten Haltung der Parteispitze hätten die Sozialisten auch die letzte Parlamentswahl im Juni gewonnen.

Stefanopoulos, der als einer der brilliantesten Redner des griechischen Parlaments gilt und große Erfahrung im innen- und sozialpolitischen Bereich hat, rechnet offenbar damit, daß sich der Zulauf von enttäuschten ND-Parteigängern fortsetzen wird, sobald seine Partei in der Kammer vertreten ist.

Stefanopoulos setzt - wie der Name seiner Partei auch andeutet - auf die jüngere Politiker-Generation, die sich von den teilweise greisen Parteioberen in Schach gehalten fühlt und nach neuen Entfaltungsmöglichkeiten sucht. Angesichts des jüngsten Wahlsiegs der Sozialisten unter Ministerpräsident Papandreou sehen viele von ihnen nun die Chance aber auch die Notwendigkeit, die konservativen Kräfte programmatisch und personell zu erneuern. Das war wohl auch das Kalkül des neuen Parteiführers.

Zwar halten sich die Angehörigen der jüngeren Garde, von denen viele Ministerfahrung haben, noch bedeckt und wollen Stefanopoulos' Kräfte abmessen. Aber zweifelslos werden sie ihm den Rücken stärken, sobald sie merken, daß seine Partei überlebensfähig ist und eine echte Alternative darstellt. (SAD)

Solange Hassan regiert, bleibt der Maghreb ruhig

Wechselnde Allianzen / Hilflose Polisario / Besuch in Bonn

BERND RÜTTEN, Bonn

Vor dem Hintergrund einer ständig fluktuierenden politischen Situation im Maghreb kommt heute der Präsident des marokkanischen Parlaments, Ahmed Osman, zu einem mehrtägigen Besuch in die Bundesrepublik, wo er Gespräche mit Vertretern von Regierung und Parteien führen wird, unter anderem mit Bundespräsident von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl so wie dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Köhler. Marokko ist in hohem Maße von Beitritt Spaniens und Portugals zur EG betroffen, da es damit seinen wichtigsten Absatzmarkt für Obst und Gemüse verliert.

Während sich im nördlichen Teil der Westsahara, der seit Jahren in das marokkanische Mutterland integriert ist und einen beispiellosen Bauboom erlebt, in Zusammenarbeit mit den marokkanischen Behörden das französische Touristikunternehmen „Club Méditerranée“ installiert und einen regelmäßigen Fremdenverkehrsverkehr in die Wege leitet, treibt im Süden der ehemaligen spanischen Kolonie noch immer gelegentlich die angelegliche Befreiungsbewegung Polisario ihr Unwesen. Unfähig, die befestigten Stellungen der marokkanischen Truppen zu überwinden, hält sie sich an wehrlose Ausländer, die per Flugzeug oder Schiff die Küste entlang reisen, um durch Ermordung oder Kidnapping die Fiktion aufrecht zu erhalten, daß die Westsahara Staatsgebiet der von ihr proklamierten „Demokratischen Arabischen Westsahararepublik“ sei, die sich im Krieg mit Marokko befinde.

In Wahrheit hat die Polisario keinerlei Basen mehr in ihrem angeblichen Staatsgebiet. Sie operiert vom algerischen Tindouf aus, indem sie mehr als 1000 Kilometer durch mauritanisches Territorium reist, um von dort aus Kommandounternehmen in den Süden der Westsahara zu starten und sich anschließend wieder über Mauritien nach Algerien zurückzuziehen. Nach dem Abschluß eines belgischen Touristenflugzeuges der Firma Dornier Anfang 1985 hat Polisario im August zwei Deutsche gefangen genommen, die mit einem Motorboot auf dem Wege nach Gambia waren. Sie wurden wenige Tage später einem Vertreter der Deutschen Botschaft in Algerien übergeben. Die Polisario legt dabei besonderen Wert darauf, daß in der Bundesrepublik, die sich bisher im Westsahara-Konflikt neutral verhält, der Eindruck entsteht, die Region sei immer noch

militärisch umkämpft. Diese Fiktion wird auch mit allen Mitteln der Propaganda von zahlreichen „Deutsch-Saharaischen Freundeskreisen“ in der Bundesrepublik aufrecht erhalten.

Die marokkanischen Behörden haben, um derartige Zwischenfälle zu vermeiden, den Süden der Westsahara das Grenzland zu Mauritien für den Tourismus gesperrt. Mauritien war unter dem mittlerweile gestürzten Präsidenten Haidallah ein Parteigänger der Polisario. Haidallah pflegte sogar von der ausländischen Nahrungsmittelhilfe, von der Mauritien inzwischen vollkommen abhängig geworden ist, Teile für die Verproviantierung der Polisario abzuwehren. Unter Ould Taya bemüht sich Mauritien nun um Neutralität.

Ein aufsehenerregender Prozeß in Casablanca hat jetzt jedoch Hinweise darauf geliefert, daß auch Algerien versucht, Marokko mit subversiven Mitteln zu destabilisieren. Drei angeklagte Marokkaner haben gestanden, nach einer militärischen Ausbildung in Algerien mit Waffen und Munition nach Marokko eingeschleust worden zu sein, um dort durch terroristische Anschläge politische Unsicherheit zu erzeugen.

Libyen wiederum versucht durch Vertreibung der tunesischen Gastarbeiter das kleine Nachbarland Tunesien zu destabilisieren, das mit einem engeren Anschluß an das verbundene Algerien reagiert. Im Widerstand gegen Libyen kann es auf die Hilfe der USA und Frankreichs zählen. Es ist bezeichnend, daß das mit Libyen verbündete Marokko im Konflikt mit Tunesien nicht auf selten Libyens steht, sondern zwischen Tunesien und Libyen zu vermitteln versucht. Die USA, traditionell ein enger Verbündeter Marokkos, haben in letzter Zeit ihre Beziehungen zu Algerien ständig verbessert, während die algerisch-französischen Beziehungen nach einer Periode der Euphorie einen neuen Tiefpunkt erreicht haben.

In diesem komplizierten Spiel von Allianzen und außerpolitischen Beziehungen ist die traditionelle Rivalität zwischen Marokko und Algerien das Kernproblem. Die beiden streiten sich um die Hegemonie im Maghreb. Solange beide Seiten über Politiker verfügen, die die diplomatische Klaviatur mit traumwandlerischer Virtuosität beherrschen - auf marokkanischer Seite König Hassan und sein Berater Ahmed Reda Guedira, auf algerischer Seite Außenminister Ahmed Talib Ibrahim, der am 14. September zu einem Besuch nach Bonn kommt -, sind bewaffnete Konflikte im Maghreb nicht zu befürchten.

Heftige Kämpfe an der Grenze zu Pakistan

rb. Bonn

Die sowjetische Offensive mit 10 000 Mann Einheiten und Hubschrauberkommandos gegen den afghanischen Widerstand konzentriert sich in der Nähe der pakistanischen Grenze südlich von Parachinar auf die von der Guerrilla seit Monaten belagerte Stadt Khost. 3000 Soldaten der Karmal-Truppen sowie 500 Sowjetmilitärs sind in der Stadt eingeschlossen. Die Mutschahedin sind nach Angaben von Beobachtern auch mit Boden-Boden- und Boden-Luft-Raketen ausgerüstet.

Nach Verlautbarungen der Freiheitskämpfer wurden in den letzten Tagen zwei sowjetische MiG-Kampfflugzeuge sowie mehrere Hubschrauber abgeschossen. Der Widerstand gab ferner an, die Einheiten der Roten Armee und der Karmal-Truppen trotz starken Panzerinsatzes zurückgeschlagen zu haben. Unter hohen Verlusten hätten sich die roten Offiziere zurückgezogen und dabei das gesamte Terrain vermint.

Bei den Kämpfen im Osten Afghanistans soll Mowlai Ahmad Gul, einer der angesehensten Führer des Widerstandes, getötet worden sein. Wie es weiter heißt, könnten die Krankenhäuser in der pakistanischen Grenzstadt Peshawar den Zustrom von Verletzten kaum mehr verkraften. Unter den Verletzten befinden sich zahlreiche Frauen und Kinder, die in ihren Dörfern von dem Kriegsgeschehen überrascht worden seien. Inzwischen sei in Peshawar ein Notlaz mit 250 Verwundete errichtet worden; am Wochenende traf aus Norwegen eine hochwillkommene Spende ein: ein mobiles Nothospital.

Auch im Inneren Afghanistans geht der Krieg mit unverminderter Heftigkeit weiter. Sogar Radio Kabul verschiebt einmal nicht, daß im Lande gekämpft wird. Kommerziell, wie das kommunistische Regime in Kabul die Freiheitskämpfer nennt, hätten in der Nähe der Hauptstadt ein Flugzeug mit 57 Personen an Bord abgeschossen, gab der Regierungssender bekannt. Dabei seien sämtliche Insassen aus Leben gekommen, fügte Radio Kabul hinzu.

Die Mitteilung von Radio Kabul enthielt keine Angaben über den Typ des Flugzeuges - aus propagandistischen Gründen. Dem Regime in Kabul kommt der Abschluß eines Flugzeuges stets gelegen, eröffnet er ihm doch die Möglichkeit, die Widerstandskämpfer als Barbaren zu diffamieren. Bei ähnlichen Fällen in der Vergangenheit hatte sie die gleiche Praxis angewandt und verschwiegen, daß es sich bei den abgeschossenen Maschinen um Militärflugzeuge gehandelt hatte.



Bleifrei kann Ihnen in Zukunft jeder anbieten. 30 Jahre Erfahrung nur Aral.

Wir, von Aral, haben bereits vor 30 Jahren - als einzige Mineralölgesellschaft - Erfahrungen mit bleifreiem Benzin gemacht. Von 1955 bis 1963 haben wir es an allen Tankstellen angeboten. Die Praxis dieser Jahre und die Ergebnisse konsequenter Forschung und Weiterentwicklung fließen heute mit ein, wenn Sie Aral Super bleifrei oder Aral bleifrei tanken. Vertrauen Sie auf 30 Jahre Erfahrung. Tanken Sie bleifrei in Aral-Qualität. Ein aktuelles Bleifrei-Verzeichnis erhalten Sie an Aral-Tankstellen.

Ihr Autopartner. **ARAL**

Die katholische Kirche in Deutschland wird sich „niemals“ mit dem geltenden Abtreibungsgesetz abfinden. Kardinal Joseph Höffner, Vorsitzender der Bischofskonferenz, begründet in einem WELT-Interview seine tiefe Skepsis gegenüber

„Einzelreparaturen“, wie sie beispielsweise der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel mit seinem „politischen Weg“ im Kampf gegen die Abtreibung erreichen möchte. Höffner äußert sich auch zum politischen Disput um die

Abschreckungsstrategie, zum Zustand der Kirche, und gibt eine differenzierte Bewertung des Wortes „Befreiungstheologie“. Er warnt vor Mißverständnissen, die mit diesem Begriff verbunden sind. Mit Kardinal Höffner sprach Gernot Facius.

„Pessimismus wäre verschleierter Unglaube“

WELT: Herr Kardinal, die Diskussion um den Abtreibungsparagrafen 218 steht im Zentrum der politisch-ethischen Diskussion. Auf eine Klage gegen die „Abtreibung auf Krankschein“ wird verzichtet. Reicht das vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Vogel eingeleitete politische Verfahren aus?

Höffner: Abtreibung und Tötung des Kindes sind, wie das Zweite Vatikanische Konzil lehrt, „verabscheuungswürdige Verbrechen“ (GS 51). Das ungeborene Kind ist nicht irgendein „werdendes Leben“, nicht etwas, das erst ein Mensch werden soll. Es ist ein Mensch, der im Mutter-schoß wächst und nach der Geburt dieses Wachsen fortsetzt. Deshalb werden sich die katholischen Bischöfe niemals mit dem am 15. Juni 1976 in Kraft getretenen Gesetz abfinden. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Abtreibung nicht nur strafbar, sondern sogar vom Gesetz erlaubt. Das wirkt sich, auch wenn der Gesetzgeber es nicht beabsichtigt hat, verheerend auf das sittliche Bewusstsein der Menschen aus. Viele halten die Abtreibung, weil sie dem geltenden Recht entspricht, für sittlich einwandfrei. Auch wird bereits gefragt, ob das Leben unheilbar stocher Menschen oder körperlich und geistig schwer geschädigter Neugeborener unantastbar sei. Wenn das Umbringen eines ungeborenen Kindes straf-

das Leben der Mutter gefährdet ist, kann der Tod des Kindes als Folge therapeutischer Maßnahmen in Kauf genommen werden.

WELT: Der Erzbischof von München, Kardinal Wetter, hat die Abtreibungspraxis ein schlimmes Zeichen genannt, das an Schrecklichkeit nicht hinter den Atombomben von Hiroshima und Nagasaki zurückstehe. Ein unzulässiger Vergleich, meinen viele...

Höffner: Ich halte ihn für möglich, er dient der Gewissensklärung.

WELT: Allenfalls, auch in den Kirchen, artikulieren sich Propheeten des Untergangs, zeichnen apokalyptische Bilder. Teilen Sie diesen Pessimismus?

Höffner: Die Quellen berichten, daß die Menschen auch vor tausend Jahren voll banger Erwartung waren. Manche fürchteten, daß neue Jahrtausend werde Unheil, oder gar den Weltuntergang bringen. Es ist möglich, daß auch bei uns, je mehr wir uns dem Jahr 2000 nähern, ähnliche Ängste um sich greifen. Ich leugne nicht, daß uns schreckliche Gefahren umgeben. Viele werden von der entscheidenden Frage gequält, ob es für die Menschheit und für die Natur noch ein Überleben gibt. Auch früher haben die Menschen grausame Kriege geführt und Städte und Felder verwüstet. Heute jedoch ist die ganze Menschheit und alles Leben auf der Welt vom Untergang bedroht: nicht durch Naturkatastrophen, sondern durch die Bosheit der Menschen.

Der Christ geht voll Vertrauen dem neuen Jahrtausend entgegen. Gott tröstet uns und macht uns Mut. „Kann wohl eine Mutter ihr Kind vergessen? Und vergesse ich es auch, ich vergesse dich nicht; denn siehe, ich habe dich in meine Hände geschrieben“ (Jes 49,16). Und Gottes Hände sind gute Hände.

WELT: Die Bischofskonferenz erinnerte kürzlich an das Schuldbekenntnis aus dem Jahre 1945. Was sagt dieser Text uns Heutigen?

Höffner: Die Deutsche Bischofskonferenz hat an das Schuldbekenntnis aus dem Jahre 1945 erinnert, weil wir alle uns auch heute noch für das Geschehene, das in seinem Folgen bis heute nachwirkt, mitverantwortlich fühlen, nicht zuletzt auch die Kirche, die nicht neben dem Volk, sondern im Volk lebt. Ich habe zwar stets eine Kollektivschuld des deutschen Volkes zurückgewiesen, ganz abgesehen davon, daß von den heute lebenden 61,5 Millionen Einwohnern der Bundesrepublik Deutschland 50 Millionen erst nach dem Zweiten Weltkrieg geboren sind oder zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft noch Kinder waren.

Der Rückblick auf das Jahr 1945 macht uns, den christlichen Glauben nicht in den Kämmerlein des Herzens einzuschließen und die Welt - nach dem Onnemichstandpunkt ihrem Schicksal zu überlassen. Der Christ muß in der Welt gegenwärtig sein und von der frühen Botschaft Christi Zeugnis geben.

WELT: Die Diskussion über die Überwindung der Abschreckungsstrategie ist voll im Gange, nicht zuletzt gefördert durch den Deutschen Evangelischen Kirchentag. Bis zu welchem Punkt ist das Gleichgewicht des Schreckens noch hinzunehmen?

Höffner: Papst Johannes Paul II. hat am 8. Juni 1982 gesagt: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann eine auf dem Gleichgewicht beruhende Abschreckung - natürlich nicht als Ziel an sich, sondern als ein Abschnitt auf dem Weg einer fortschreitenden Abströmung - noch für moralisch annehmbar gehalten werden.“ Der Papst verkennt nicht, daß der Rüstungswettlauf eine außerordentlich ernste Gefahr für die Menschheit und angesichts der ungeheuren Summen, die er verschlingt, eine unerträgliche Schädigung der Armen ist. Das Gleichgewicht des Schreckens ist gefährlich und die sogenannte Krisenstabilität zerbrechlich. Deshalb muß alles versucht werden, durch völkerrechtliche Verträge die Rüstung schrittweise allseitig und gleichzeitig zu beschränken und Waffenverträge abzubauen. Die Kirche wird nicht müde, in der Öffentlichkeit ihre moralische Autorität für eine

umfassende Friedenssicherung einzusetzen. Es wäre nämlich „eine tragische Illusion zu meinen, der Rüstungswettlauf könne bis ins Unendliche so weitergehen, ohne eine Katastrophe heraufzubeschwören“ (Papst Paul VI.). Ein Ausweg aus der Tragik wird wohl nur auf Weltenebene möglich sein. Es ist, so hat das Zweite Vatikanische Konzil gefordert, „eine von allen anerkannte Weltautorität“ einzurichten, „die über wirksame Macht verfügt, um für alle Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte zu gewährleisten“.

WELT: Auch aus den Kirchen kommt die Forderung nach einseitiger Abrüstungsschritten des Westens. Sind solche Vorleistungen vertretbar?

Höffner: Ich bin nicht davon überzeugt, daß eine einseitige Abrüstung dem Frieden dient. Das Gegenteil könnte sogar eintreten. Wären beispielsweise England und Frankreich 1939 genauso gerüstet gewesen wie Hitler, hätte er wahrscheinlich den Angriff nicht gewagt. Einseitige Abrüstung kann auch zum Unrecht verleiten. Es ist ein furchtbarer Zustand, trotzdem hat wohl der Papst auch geäußert, wohl zu Recht, daß

die Verwirrung in den sittlichen Normen, die Zunahme der Gewalttaten und den Alkohol- und Drogenmißbrauch.

Democh wäre es falsch, von einer „Karfreitags-Gesellschaft“ oder von einer „Karfreitags-Kirche“ zu sprechen. Pessimismus wäre verschleierter Unglaube.

WELT: Aber es gibt doch auch Zeichen der Umkehr...

Höffner: Die Erfahrung lehrt, daß es auch in den sogenannten fortgeschrittenen Industriegesellschaften religiöse Erneuerungsbewegungen geben kann. Ich weise auf die Vereinigten Staaten Amerikas hin, deren Entwicklung in mancher Hinsicht der europäischen vorauslaufen pflegt. Während 1940 37 Prozent der Katholiken der Vereinigten Staaten regelmäßig an der Sonntagsmesse teilnahmen, sind es zur Zeit 43 Prozent, in den Bundesrepublik Deutschland 21 Prozent. In den Vereinigten Staaten fühlen sich 90 Prozent der Kinder und Jugendlichen von den Eltern verstanden, in Europa nur 30 Prozent. Ich hoffe, daß auch bei uns ein neuer religiöser Aufschwung beginnt. Vieles läßt uns hoffen. Immer mehr Menschen - besonders auch in der jungen

Generation - fragen eindringlich nach dem Sinn des Lebens. Sie scheinen zu ahnen, daß nicht alles machbar ist und daß Konsumsteigerung nur Ersatzmittel für ein unerfülltes Leben ist. Viele sind im Aufbruch zur Mitte der Kirche hin. Die Zahl derjenigen, die an Exerzitien und Einker-

den für die katholische Kirche „nicht den Anspruch erheben, sie allein sei mit der Kirche Christi identisch.“ Endgültige Glaubensentscheidungen des kirchlichen Lehramtes seien „in ihrer Formulierung... nur für eine bestimmte Zeit und für bestimmte Verhältnisse gültig“. Sie unterliegen einem „dialektischen Prozeß“, und „in einem zweiten Moment dieses dialektischen Prozesses“ müsse „der Text über sich selbst hinausweisen und einem anderen Text, dem des Glaubens heute, Platz machen“. In der Kirche sei es „zu einem Prozeß der Entgegnung von Instrumenten der materiellen und symbolischen Produktion“ gekommen, zu einem Prozeß, in dem der Klerus dem christlichen Volk die religiösen Produktionsmittel enteignet.

Die Glaubenskongregation hat diese Auffassungen als unkatolisch abgelehnt und am 28. April 1985 in einem Schreiben an den Generalminister des Franziskanerordens angeordnet, „daß Pater Leonardo Boff, aufgrund der geäußerten Vorbehalte seiner Theologie gegenüber, eine Periode des ehrfurchtvollen Schweigens beachten“ muß. Auf diese Weise werde ihm „ein gebührendes Nachdenken“ und „eine Reifung seiner Theologie“ ermöglicht. Kardinal Ratzinger hat in einem Interview in der Wiener „Kirchenzeitung“ (7. Juli 1985) dargelegt, daß die Auferlegung des „ehrfurchtvollen Schweigens“ weniger „den Charakter einer Strafe als einer Hilfe und eines Schutzes“ haben solle. Auch müsse man bedenken, „daß er in der Franziskaner-Hochschule weiter lehrt, daß er natürlich auch predigen und schreiben kann... Was wir eigentlich verhindern wollten ist, daß er in eine Welt von internationalen Vorträgen und Interviews hineingerät. Man hat ja gesehen, wie er von der Presse und den Massenmedien

doch irgendwie instrumentalisiert worden ist. Und was also abgeschnitten ist, ist nur diese Öffentlichkeitsarbeit, von der wir meinen, daß sie seiner eigentlichen theologischen Arbeit nicht dienlich ist. Es liegt auch in seinem Interesse, daß er nicht in diesen Strudel hineingezogen wird.“

WELT: Sie haben Kardinal Ratzinger genannt. Von ihm stammt das Wort vom „Konzilsgeist“. Wie weit treten Sie ihm bei?

Höffner: Ich würde unterscheiden. Die Auswirkungen des Zweiten Vatikanischen Konzils sind größer, als Papst und Bischöfe während des Konzils ahnen konnten. Gott hat ein neues Blatt in der Geschichte seiner Kirche aufgeschlagen. Tore wurden aufgestoßen, die in Neuland führten. Die Erfahrung der affektiven und effektiven Kollegialität hat zu einem neuen Verantwortungsbewußtsein der Bischöfe und Ortskirchen in aller Welt geführt. Die Kirche wurde sich ihrer weltweiten Dimension bewußt. Von den 840 Millionen Katholiken leben noch 270 Millionen in Europa und 70 Millionen in Nordamerika, die übrigen 500 Millionen in Lateinamerika, Afrika und Asien. Die Gewichte verlagern sich immer mehr in die südliche Hemisphäre. Wahrscheinlich wird einer der nächsten Päpste kein Europäer mehr sein.

auch! „In der Welt“, so sagen sie, „läßt man die Ehe scheiden“ - „wir auch“. „In der Welt treibt man ab“ - „wir auch“. Der gläubige Christ wird jedoch der Welt das Paulinische „wir dagegen“ zurufen. Für den heiligen Paulus ist nicht jener ein mündiger Christ, der „von jedem Widerstreit der Meinungen“ hin- und hergetrieben wird, sondern jener, der sich „von der Liebe geleitet, an die Wahrheit hält“ (Eph 4,14-15). Zum Christsein gehört der Mut zum Anderssein. Wer mit der Zeit läuft, ist schnell überholt. Er meint, auf dem Laufenden zu sein. Aber das Laufende läuft ihm davon. Papst Johannes Paul II. sagte kürzlich in Utrecht den Jugendlichen: „Ist es richtig, sich einen pessimistischen Christus vorzustellen, wenn es um ewiges Leben, Abtreibung und voreheliche, außereheliche oder homosexuelle Beziehungen geht?“

WELT: Wie beschreiben Sie generell den Zustand des Katholizismus in Deutschland? Wo sind seine Stärken, seine Schwächen?

Höffner: Trotz aller Krisenerscheinungen deutet manches darauf hin, daß die geistige Großwetterlage in unserem Volk langsam umzuschlagen beginnt. Das sogenannte „moderne Bewußtsein“ geht dem Ende zu. Der Glaube, Wissenschaft und Technik hätten die Zauberformel gefunden, mit der alle Fragen des Menschen und der Welt gelöst werden

Die sogenannte Notlagen-Indikation ist so unbestimmt und so weit gefaßt, daß dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet sind. Mit den Mitteln des Strafrechts allein kann das Problem der Abtreibung nicht gelöst werden.

frei bleibt, warum dann nicht das Umbringen eines geborenen Kindes? Der Schutz des Lebens ist unteilbar.

Das geltende Abtreibungsgesetz ist in sich ein brüchiges Gebäude. Deshalb nützen Einzelreparaturen nicht viel. Ich erkenne an, daß die Initiative des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz der Abtreibungsstut entgegenwirken will. Es istja erschütternd, daß 500 000 Geburten mehr als 200 000 Abtreibungen gegenüberstehen, von denen nur 90 000 gemeldet worden sind. Die überwältigende Mehrheit der Abtreibungen erfolgt aufgrund der sogenannten Notlagenindikation, die so unbestimmt und so weit gefaßt ist, daß dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet sind. Ministerpräsident Vogel will durch seine Initiative erreichen, daß die Feststellung der Notlagenindikation nur von einem Vertrauensarzt geschehen darf und daß die Krankenkassen die Zahl der Abtreibungen an das Bundesamt für Statistik melden müssen. Aber die Finanzierung der Abtreibung durch die gesetzlichen Krankenkassen bleibt bestehen. Das stellt, wie das Sozialgericht in Dortmund am 29. September 1981 erklärt hat, einen Verstoß gegen die Menschenwürde und gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit dar, da viele Bürger gegen ihr Gewissen gezwungen werden, die Tötung ungeborener Kinder mit zu finanzieren.

Mit den Mitteln des Strafrechts allein kann das Problem der Abtreibung nicht gelöst werden. Notwendig ist die Schärfung des sittlichen Bewußtseins und eine tatkräftige Hilfe für Mutter und Kind. Hier liegt die entscheidende Aufgabe für die Kirche. Die christliche Liebe ist Dienst am Leben.

Manche Politiker begründen die strafrechtliche Freigabe der Abtreibung so: Es wird sowieso abgetrieben. Da soll es von sachkundigen Ärzten geschehen, aber so, daß diese Ärzte nicht mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten. Die Frauen, besonders die ärmeren Frauen, sollen nicht Kurpfuschern in die Hände fallen.

Das nenne ich eine offenkundige Anwendung des Satzes: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Ist das Umbringen ungeborener Kinder ein Mittel zur Abwehr sozialer Härten?

Zum Vergleich weise ich auf folgendes hin: In den nächsten Jahren wird die Zahl der alten Menschen, auch der Pflegefälle, sehr ansteigen, während die Zahl der Geburten ständig sinkt. Nehmen wir an, es käme dann immer häufiger vor, daß dahinscheidende alte Menschen ungebraucht würden, aber von Nicht-Fachleuten, auf qualende Weise. Dürfte der Staat dann sagen: Damit die Tötung durch Fachleute strafrei geschieht, erlaube ich die Ärzte in solchen Fällen für strafrei?

WELT: Die „soziale Indikation“ ist sie ein Sündenfall der Politiker?

Höffner: Die „soziale Indikation“ ist unhalbar. Wir werden uns damit nie abfinden. Nur wenn eine strenge medizinische Indikation vorliegt, also



Joseph Höffner, am Heiligen Abend 1906 in Harhausen/Weisterwald geboren, gilt als einer der entscheidenden Befürworter der Wahl des Polen Karol Wojtyła zum Papst. Höffner hat nie zu den Geistlichen gehört, die ihre Soutane nach dem Wind hängen. Er steht auch dann für seine Überzeugungen ein, wenn seine Kritiker ihm Starrheit vorwerfen. Zum Christsein, sagt Höffner, gehört der Mut

zum Anderssein. Denn: „Wer mit der Zeit läuft, ist schnell überholt.“ Als einer der vielseitigsten Autoren der deutschen Theologie hat Höffner zahlreiche theologisch-gesellschaftswissenschaftliche Werke publiziert, darunter „Soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe“ (1975). In der Konzils-Aula war er einer der wenigen Sachverständigen für Sozialwissenschaften.

das Gleichgewicht des Schreckens den Frieden sichern kann, allerdings aus Angst und nicht aus Moral.

WELT: Nun wird ja gerade damit operiert und argumentiert, daß die Zukunftsvision wie die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) Präsident Reagans eine moralisch vertretbare Alternative sein könnte zum derzeitigen Gleichgewicht des Schreckens...

Höffner: Es läßt weiterhin das Element des Schreckens, der Angst und es ist nicht eine Lösung auf der Ebene der Moral, des Bewußtseins, sondern der Angst voneinander, nicht das Vertrauen zueinander, nicht die Moral. Wir werden nur zu einer dauerhaften Lösung kommen können, wenn an die Stelle der Angst voneinander das Vertrauen zueinander auf der Basis der Moral steht.

WELT: Sie haben in Ihrer Osterpredigt davon gesprochen, daß die Weitergabe des christlichen Glaubens, vor allem an die junge Generation in Deutschland schwer gestört sei...

Höffner: Es läßt sich nicht leugnen, daß die Weitergabe des christlichen Glaubens an die junge Generation gestört ist. Aus vielen katholischen Familien sind Glaubensgespräche und Gebet verschwunden, so daß man von Unsichtbarwerden des Glaubens in den Familien spricht. Auch die religiöse Prägekraft des Religionsunterrichts ist vielfach sehr schwach. Ähnliches gilt von der apostolischen Ausstrahlungskraft der Jugendverbände. Auch sind die Jugendlichen von der schweren Lebenskrise betroffen, die über unser Volk gekommen ist. Ich meine das gestörte Verhältnis zum jungen Leben - mehr Särge als Wissen - ich meine das nichteheliche Zusammenleben, die Zerstückung zahlreicher Eben und Familien, die steigende Zahl der Ehescheidungen,

Generation - fragen eindringlich nach dem Sinn des Lebens. Sie scheinen zu ahnen, daß nicht alles machbar ist und daß Konsumsteigerung nur Ersatzmittel für ein unerfülltes Leben ist. Viele sind im Aufbruch zur Mitte der Kirche hin. Die Zahl derjenigen, die an Exerzitien und Einker-

den für die katholische Kirche „nicht den Anspruch erheben, sie allein sei mit der Kirche Christi identisch.“ Endgültige Glaubensentscheidungen des kirchlichen Lehramtes seien „in ihrer Formulierung... nur für eine bestimmte Zeit und für bestimmte Verhältnisse gültig“. Sie unterliegen einem „dialektischen Prozeß“, und „in einem zweiten Moment dieses dialektischen Prozesses“ müsse „der Text über sich selbst hinausweisen und einem anderen Text, dem des Glaubens heute, Platz machen“. In der Kirche sei es „zu einem Prozeß der Entgegnung von Instrumenten der materiellen und symbolischen Produktion“ gekommen, zu einem Prozeß, in dem der Klerus dem christlichen Volk die religiösen Produktionsmittel enteignet.

Die Glaubenskongregation hat diese Auffassungen als unkatolisch abgelehnt und am 28. April 1985 in einem Schreiben an den Generalminister des Franziskanerordens angeordnet, „daß Pater Leonardo Boff, aufgrund der geäußerten Vorbehalte seiner Theologie gegenüber, eine Periode des ehrfurchtvollen Schweigens beachten“ muß. Auf diese Weise werde ihm „ein gebührendes Nachdenken“ und „eine Reifung seiner Theologie“ ermöglicht. Kardinal Ratzinger hat in einem Interview in der Wiener „Kirchenzeitung“ (7. Juli 1985) dargelegt, daß die Auferlegung des „ehrfurchtvollen Schweigens“ weniger „den Charakter einer Strafe als einer Hilfe und eines Schutzes“ haben solle. Auch müsse man bedenken, „daß er in der Franziskaner-Hochschule weiter lehrt, daß er natürlich auch predigen und schreiben kann... Was wir eigentlich verhindern wollten ist, daß er in eine Welt von internationalen Vorträgen und Interviews hineingerät. Man hat ja gesehen, wie er von der Presse und den Massenmedien

den für die katholische Kirche „nicht den Anspruch erheben, sie allein sei mit der Kirche Christi identisch.“ Endgültige Glaubensentscheidungen des kirchlichen Lehramtes seien „in ihrer Formulierung... nur für eine bestimmte Zeit und für bestimmte Verhältnisse gültig“. Sie unterliegen einem „dialektischen Prozeß“, und „in einem zweiten Moment dieses dialektischen Prozesses“ müsse „der Text über sich selbst hinausweisen und einem anderen Text, dem des Glaubens heute, Platz machen“. In der Kirche sei es „zu einem Prozeß der Entgegnung von Instrumenten der materiellen und symbolischen Produktion“ gekommen, zu einem Prozeß, in dem der Klerus dem christlichen Volk die religiösen Produktionsmittel enteignet.

Die Glaubenskongregation hat diese Auffassungen als unkatolisch abgelehnt und am 28. April 1985 in einem Schreiben an den Generalminister des Franziskanerordens angeordnet, „daß Pater Leonardo Boff, aufgrund der geäußerten Vorbehalte seiner Theologie gegenüber, eine Periode des ehrfurchtvollen Schweigens beachten“ muß. Auf diese Weise werde ihm „ein gebührendes Nachdenken“ und „eine Reifung seiner Theologie“ ermöglicht. Kardinal Ratzinger hat in einem Interview in der Wiener „Kirchenzeitung“ (7. Juli 1985) dargelegt, daß die Auferlegung des „ehrfurchtvollen Schweigens“ weniger „den Charakter einer Strafe als einer Hilfe und eines Schutzes“ haben solle. Auch müsse man bedenken, „daß er in der Franziskaner-Hochschule weiter lehrt, daß er natürlich auch predigen und schreiben kann... Was wir eigentlich verhindern wollten ist, daß er in eine Welt von internationalen Vorträgen und Interviews hineingerät. Man hat ja gesehen, wie er von der Presse und den Massenmedien

WELT: Herr Kardinal, bei der Diskussion über die „Befreiungstheologie“ hat man oft den Eindruck, daß hier ungenau argumentiert wird. Der Begriff wird vielfach negativ belastet...

Höffner: Richtig verstanden ist die Theologie der Befreiung ein Teil der Soziallehre der katholischen Kirche. Alle Dokumente der katholischen Soziallehre - angefangen von der Enzyklika „Rerum novarum“ bis zur Enzyklika unseres Papstes über die Arbeit „Laborem exercens“ - sind Dokumente der Befreiung. Im übrigen ist es keineswegs so, daß die katholische Kirche in Lateinamerika mit gewissen bedenklichen Richtungen der „Theologie der Befreiung“ gleich-

Die Verwirklichung der Beschlüsse eines Konzils ist auch früher nicht von heute ab morgen, sondern oft erst im Verlauf vieler Jahrzehnte erfolgt. So ist es auch beim Zweiten Vatikanischen Konzil. Einige Beschlüsse haben eine überraschend schnelle und gute Aufnahme gefunden. So ist zum Beispiel die Erneuerung der Liturgie fast allgemein dankbar aufgenommen worden, was zu einer „tätigen Teilnahme“ der Gläubigen geführt hat. Aber auch hier bleibt noch manches zu tun. Lebendige Mitfeier der Liturgie bedeutet mehr als mitbeten und mitsingen. Es geht um Tieferes. In der Feier der Eucharistie findet die Erneuerung des Menschen vor Gott ihren Ausdruck das gläubige Sich-Öffnen, das demütige Empfangen, die Hingabe an Gott mit allen Folgen für das Leben.

Andere Konzilsbeschlüsse, zum Beispiel die dogmatische Konstitution über die göttliche Offenbarung sind in ihrer theologischen Tiefe vielfach noch nicht recht erfaßt worden. Nach katholischem Verständnis

würde die katholische Kirche „nicht den Anspruch erheben, sie allein sei mit der Kirche Christi identisch.“ Endgültige Glaubensentscheidungen des kirchlichen Lehramtes seien „in ihrer Formulierung... nur für eine bestimmte Zeit und für bestimmte Verhältnisse gültig“. Sie unterliegen einem „dialektischen Prozeß“, und „in einem zweiten Moment dieses dialektischen Prozesses“ müsse „der Text über sich selbst hinausweisen und einem anderen Text, dem des Glaubens heute, Platz machen“. In der Kirche sei es „zu einem Prozeß der Entgegnung von Instrumenten der materiellen und symbolischen Produktion“ gekommen, zu einem Prozeß, in dem der Klerus dem christlichen Volk die religiösen Produktionsmittel enteignet.

Die Glaubenskongregation hat diese Auffassungen als unkatolisch abgelehnt und am 28. April 1985 in einem Schreiben an den Generalminister des Franziskanerordens angeordnet, „daß Pater Leonardo Boff, aufgrund der geäußerten Vorbehalte seiner Theologie gegenüber, eine Periode des ehrfurchtvollen Schweigens beachten“ muß. Auf diese Weise werde ihm „ein gebührendes Nachdenken“ und „eine Reifung seiner Theologie“ ermöglicht. Kardinal Ratzinger hat in einem Interview in der Wiener „Kirchenzeitung“ (7. Juli 1985) dargelegt, daß die Auferlegung des „ehrfurchtvollen Schweigens“ weniger „den Charakter einer Strafe als einer Hilfe und eines Schutzes“ haben solle. Auch müsse man bedenken, „daß er in der Franziskaner-Hochschule weiter lehrt, daß er natürlich auch predigen und schreiben kann... Was wir eigentlich verhindern wollten ist, daß er in eine Welt von internationalen Vorträgen und Interviews hineingerät. Man hat ja gesehen, wie er von der Presse und den Massenmedien

würde die katholische Kirche „nicht den Anspruch erheben, sie allein sei mit der Kirche Christi identisch.“ Endgültige Glaubensentscheidungen des kirchlichen Lehramtes seien „in ihrer Formulierung... nur für eine bestimmte Zeit und für bestimmte Verhältnisse gültig“. Sie unterliegen einem „dialektischen Prozeß“, und „in einem zweiten Moment dieses dialektischen Prozesses“ müsse „der Text über sich selbst hinausweisen und einem anderen Text, dem des Glaubens heute, Platz machen“. In der Kirche sei es „zu einem Prozeß der Entgegnung von Instrumenten der materiellen und symbolischen Produktion“ gekommen, zu einem Prozeß, in dem der Klerus dem christlichen Volk die religiösen Produktionsmittel enteignet.

Die Glaubenskongregation hat diese Auffassungen als unkatolisch abgelehnt und am 28. April 1985 in einem Schreiben an den Generalminister des Franziskanerordens angeordnet, „daß Pater Leonardo Boff, aufgrund der geäußerten Vorbehalte seiner Theologie gegenüber, eine Periode des ehrfurchtvollen Schweigens beachten“ muß. Auf diese Weise werde ihm „ein gebührendes Nachdenken“ und „eine Reifung seiner Theologie“ ermöglicht. Kardinal Ratzinger hat in einem Interview in der Wiener „Kirchenzeitung“ (7. Juli 1985) dargelegt, daß die Auferlegung des „ehrfurchtvollen Schweigens“ weniger „den Charakter einer Strafe als einer Hilfe und eines Schutzes“ haben solle. Auch müsse man bedenken, „daß er in der Franziskaner-Hochschule weiter lehrt, daß er natürlich auch predigen und schreiben kann... Was wir eigentlich verhindern wollten ist, daß er in eine Welt von internationalen Vorträgen und Interviews hineingerät. Man hat ja gesehen, wie er von der Presse und den Massenmedien

würde die katholische Kirche „nicht den Anspruch erheben, sie allein sei mit der Kirche Christi identisch.“ Endgültige Glaubensentscheidungen des kirchlichen Lehramtes seien „in ihrer Formulierung... nur für eine bestimmte Zeit und für bestimmte Verhältnisse gültig“. Sie unterliegen einem „dialektischen Prozeß“, und „in einem zweiten Moment dieses dialektischen Prozesses“ müsse „der Text über sich selbst hinausweisen und einem anderen Text, dem des Glaubens heute, Platz machen“. In der Kirche sei es „zu einem Prozeß der Entgegnung von Instrumenten der materiellen und symbolischen Produktion“ gekommen, zu einem Prozeß, in dem der Klerus dem christlichen Volk die religiösen Produktionsmittel enteignet.

Die Glaubenskongregation hat diese Auffassungen als unkatolisch abgelehnt und am 28. April 1985 in einem Schreiben an den Generalminister des Franziskanerordens angeordnet, „daß Pater Leonardo Boff, aufgrund der geäußerten Vorbehalte seiner Theologie gegenüber, eine Periode des ehrfurchtvollen Schweigens beachten“ muß. Auf diese Weise werde ihm „ein gebührendes Nachdenken“ und „eine Reifung seiner Theologie“ ermöglicht. Kardinal Ratzinger hat in einem Interview in der Wiener „Kirchenzeitung“ (7. Juli 1985) dargelegt, daß die Auferlegung des „ehrfurchtvollen Schweigens“ weniger „den Charakter einer Strafe als einer Hilfe und eines Schutzes“ haben solle. Auch müsse man bedenken, „daß er in der Franziskaner-Hochschule weiter lehrt, daß er natürlich auch predigen und schreiben kann... Was wir eigentlich verhindern wollten ist, daß er in eine Welt von internationalen Vorträgen und Interviews hineingerät. Man hat ja gesehen, wie er von der Presse und den Massenmedien

würde die katholische Kirche „nicht den Anspruch erheben, sie allein sei mit der Kirche Christi identisch.“ Endgültige Glaubensentscheidungen des kirchlichen Lehramtes seien „in ihrer Formulierung... nur für eine bestimmte Zeit und für bestimmte Verhältnisse gültig“. Sie unterliegen einem „dialektischen Prozeß“, und „in einem zweiten Moment dieses dialektischen Prozesses“ müsse „der Text über sich selbst hinausweisen und einem anderen Text, dem des Glaubens heute, Platz machen“. In der Kirche sei es „zu einem Prozeß der Entgegnung von Instrumenten der materiellen und symbolischen Produktion“ gekommen, zu einem Prozeß, in dem der Klerus dem christlichen Volk die religiösen Produktionsmittel enteignet.

würde die katholische Kirche „nicht den Anspruch erheben, sie allein sei mit der Kirche Christi identisch.“ Endgültige Glaubensentscheidungen des kirchlichen Lehramtes seien „in ihrer Formulierung... nur für eine bestimmte Zeit und für bestimmte Verhältnisse gültig“. Sie unterliegen einem „dialektischen Prozeß“, und „in einem zweiten Moment dieses dialektischen Prozesses“ müsse „der Text über sich selbst hinausweisen und einem anderen Text, dem des Glaubens heute, Platz machen“. In der Kirche sei es „zu einem Prozeß der Entgegnung von Instrumenten der materiellen und symbolischen Produktion“ gekommen, zu einem Prozeß, in dem der Klerus dem christlichen Volk die religiösen Produktionsmittel enteignet.

würde die katholische Kirche „nicht den Anspruch erheben, sie allein sei mit der Kirche Christi identisch.“ Endgültige Glaubensentscheidungen des kirchlichen Lehramtes seien „in ihrer Formulierung... nur für eine bestimmte Zeit und für bestimmte Verhältnisse gültig“. Sie unterliegen einem „dialektischen Prozeß“, und „in einem zweiten Moment dieses dialektischen Prozesses“ müsse „der Text über sich selbst hinausweisen und einem anderen Text, dem des Glaubens heute, Platz machen“. In der Kirche sei es „zu einem Prozeß der Entgegnung von Instrumenten der materiellen und symbolischen Produktion“ gekommen, zu einem Prozeß, in dem der Klerus dem christlichen Volk die religiösen Produktionsmittel enteignet.

Der Christ lebt heute im verwirrenden Pluralismus der permissiven Gesellschaft, gleichsam in einer Wüste. In der Wüste kann man nur in Oasen leben. Eine Zelle der Erneuerung sollte die katholische Familie sein.

könnten, ist erschüttert. Die Erfahrung der Grenze wird immer beängstigender: Grenze des Fortschritts, Grenze des Machens, Grenze des Überlebens in einer von der Selbstzerstörung bedrohten Welt. Besonders die junge Generation stellt ungestüm die Frage nach dem Sinn.

Angesichts dieser Lage steht die katholische Kirche in Deutschland vor folgenden Aufgaben:

1. Wahrung des Bestandes. Die Kirchenfernen werden nur dann zurückgewonnen werden können, wenn von den Kerngemeinden eine missionarische Kraft ausgeht.
2. Treue zur Sendung der Kirche. Die Frohbotschaft Christi ist „für alle Zeiten der Ursprung jedweden Lebens für die Kirche“ (LG 20).
3. Gemeinschaften Gleichgesinnter bilden. Der Christ lebt heute im verwirrenden Pluralismus der permissiven Gesellschaft, gleichsam in einer Wüste. In der Wüste kann man nur in Oasen leben. Entsprechend für die Wiedergewinnung der Kirche ist es deshalb, daß sich Gemeinschaften gläubiger Christen bilden, für die das biblische Bild des Sauerteigs zutrifft. Sie bezeugen einander den Glauben, sind sich gegenseitig Milieu, Schutz und Stärke und verzehren sich nicht in zermürbender Kritik.
4. Eine Zelle der Erneuerung sollte die katholische Familie sein. Welt Jesus Christus mit seinem Wort und seiner Liebe in der Familie gegenwärtig ist, nennen wir die gläubige Familie die „kleine Kirche“.
5. Kinder und Jugendliche sind die Zukunft der Kirche. Auch hier gilt es, apostolische Gruppen von Kindern und Jugendlichen zu bilden, die in die Elternfamilie, in die Schule, in die Freizeit hineinwirken. Eine missionarisch gesinnte Gruppe von Jugendlichen vermag eine Schulklassen, nicht zuletzt auch den Religionsunterricht, in erstaunlicher Weise zu beeinflussen.
6. Begeisterung. Die Erfahrung lehrt, daß hohe Ideale auch heute die Menschen, vor allem die Jugendlichen, zu begeistern vermögen. Vielleicht haben wir in den letzten Jahren zuviel diskutiert, kritisiert und genörgelt und zuwenig gebetet und zuwenig Begeisterung für Christus und die Kirche ausgestrahlt. Begeisterung wird neue Priester- und Ordensberufe wecken. Manches läßt uns hoffen. Während im Jahre 1972 312 junge Männer bei uns in die Priesterseminare eintraten, waren es 1984 611. Die Zahl der Priesterweihen stieg von 217 (1975) auf 275 (1984).
7. Umfassendes Apostolat. Die schweren Lebenskrisen, unter denen unsere Gesellschaft leidet, bedingen sich gegenseitig. Sie können nur alle zusammen überwunden werden, keine für sich allein. Gläubige Christen werden die heilende und befreiende Botschaft in alle Bereiche unserer Gesellschaft tragen: in den Bereich der Ehe und Familie, in das Schul- und Bildungswesen, in den Bereich der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Massenmedien. Nirgendwo ist der Rückzug in ein Getto gestattet.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Herr Passent hat Pech

Der polnische Journalist Daniel Passent, der seit drei Monaten als Gast in der Bundesrepublik Deutschland ist...

Herr Passent hat Pech, daß in diesem Jahr gerade von Elisabeth und Peter Ruge das Buch herausgekommen ist...

Mit gespaltener Zunge

Sehr geehrte Redaktion, "Breit warnt vor SDI-Programm" (WELT v. 2. 9.) und schlägt vor, das Konzept der militärischen Abschreckung durch ein Konzept der "Sicherheitspartnerschaft" abzulösen...

Bitte um Hilfe

Wir wären Ihnen sehr, sehr dankbar, wenn Sie uns mit Ihrer ausserordentlichen Damen-, Herren- und Kindergarderobe...

Die Rechnung, die Ihr Berichterstatter aufmacht, kann nicht stimmen - oder die vielen guten Maßschneider...

Die Rechnung, die Ihr Berichterstatter aufmacht, kann nicht stimmen - oder die vielen guten Maßschneider...

Rechnung Sie gehen immer auf Tuchfühlung? WELT vom 24. August. Sehr geehrte Redaktion, Kurt Pollak berichtet über den 21. Weltkongress des Maßschneiderverwes in Wien...

Wort des Tages Man verliert die meiste Zeit damit, daß man Zeit gewinnen will. John Steinbeck, amerikanischer Autor (1902-1968)

Andere Regiment

In dem Artikel der WELT vom 2. September "Ostpreußen ehren auch Tote der Sowjetunion" ist Ihnen im zweiten Absatz ein Fehler unterlaufen...

Andere Regiment In dem Artikel der WELT vom 2. September "Ostpreußen ehren auch Tote der Sowjetunion" ist Ihnen im zweiten Absatz ein Fehler unterlaufen...

Völkermord Afghanistan: Mord an Sondertruppe Sperrzone ist? WELT vom 24. August. Sehr geehrte Herr Ruch, es sei Ihnen Dank, daß Sie immer wieder über Afghanistan berichten...

Poincaré Er sollte Deutschland demütigen? WELT vom 24. August. Wer, außer achtzigjährigen Greisen oder Studenten und Professoren der neueren deutsch-französischen Geschichte...

Richard von Weizsäcker verliehene Auszeichnung wurde Kolb bei der Amtsbüroübergabe an seinen Nachfolger Hans-Georg Dausch vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium...

Personalien

Richard von Weizsäcker verliehene Auszeichnung wurde Kolb bei der Amtsbüroübergabe an seinen Nachfolger Hans-Georg Dausch vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium...

Die Plakette des Bundes der Vertriebenen für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht wurde an den Regierenden Fürsten von und zu Liechtenstein...

Die unter der Schirmherrschaft des Münchner Generalintendanten Professor August Everding stehende Dr.-Otto-Kasten-Stiftung verleiht erstmals in diesem Jahr einen Förderpreis für junge Bühnenschauspieler...

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dem Diplomvolkswirt Klaus Nöldner, Hauptgeschäftsführer des Hartmannbundes - Verband der Ärzte Deutschlands...

Paul Wilhelm Kolb, der scheidende Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz in Bonn, ist mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden...

GEBURTSSTAGE

Der Seniorchef der Universitätsbuchhandlung und des Verlages N. G. Elwert in Marburg, Dr. Wilhelm Braun-Elwert...

Pater Jakob Philipp, SJ, seit Jahresbeginn 1983 Leiter des Exerzitienwerks in Berlin, wird am 16. September 85 Jahre alt...

Andere Regiment In dem Artikel der WELT vom 2. September "Ostpreußen ehren auch Tote der Sowjetunion" ist Ihnen im zweiten Absatz ein Fehler unterlaufen...

Völkermord Afghanistan: Mord an Sondertruppe Sperrzone ist? WELT vom 24. August. Sehr geehrte Herr Ruch, es sei Ihnen Dank, daß Sie immer wieder über Afghanistan berichten...

Poincaré Er sollte Deutschland demütigen? WELT vom 24. August. Wer, außer achtzigjährigen Greisen oder Studenten und Professoren der neueren deutsch-französischen Geschichte...

EHRUNGEN

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dem Diplomvolkswirt Klaus Nöldner, Hauptgeschäftsführer des Hartmannbundes - Verband der Ärzte Deutschlands...

Paul Wilhelm Kolb, der scheidende Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz in Bonn, ist mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden...

Die Plakette des Bundes der Vertriebenen für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht wurde an den Regierenden Fürsten von und zu Liechtenstein...

Die unter der Schirmherrschaft des Münchner Generalintendanten Professor August Everding stehende Dr.-Otto-Kasten-Stiftung verleiht erstmals in diesem Jahr einen Förderpreis für junge Bühnenschauspieler...

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dem Diplomvolkswirt Klaus Nöldner, Hauptgeschäftsführer des Hartmannbundes - Verband der Ärzte Deutschlands...

Prof. Dr. Werner Gramberg 26. Juli 1896 - 4. September 1985. In Liebe und Dankbarkeit Prof. Dr. Berndt Gramberg-Danielsen und Frau Ursula geb. Tito...

Franz Behrendt geboren am 30. März 1909. Herr Behrendt war fast 40 Jahre in unserem Hause tätig. Wir schätzen ihn als tatkräftigen und gewissenhaften Mitarbeiter...

Wir haben die Innovation des Jahres Gute Ansätze, teilweise Realisation durchgeführt. Um ein ungegründetes Wachstum zu erreichen...

Ingrid Siemsen geboren am 20. März 1934. Frau Siemsen war 14 Jahre in unserem Hause tätig. Wir schätzen sie als gewissenhafte und verantwortungsbewusste Mitarbeiterin...

Wirtschaftliche Sorgen, schwer lösbare Probleme, Engpässe... dann Management auf Zeit? Unternehmensberater, Büro Hamburg, verfügt über ein praxiserfahrenes, eingespieltes, akademisch vorgebildetes Management-Team...

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND. Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden - Berlin. Chefredakteur: Peter Gilbe...

Palettendienst Reparatur - Ankauf - Verkauf - Tausch neu und gebraucht. Reparaturdienst vor Ort - bundesweit - preiswert und schnell.

Für unser Super-Produkt ROTOPROACT Toilettenpapier-Spender, 3 Typen für 4-5 Rollen normales Papier, auch abschließbar...

Machen Sie sich selbständig Unser Stadtführer hat bereits in vielen Städten großen Erfolg, darum geht es Ihnen, die endlich das Geld in die eigene Tasche verdienen wollen...

Anzeigenverkauf (auch telefonisch) sehr erfolgreich waren, dann sollten Sie mit uns sprechen! Zur Erweiterung unseres Mitarbeiterstabes suchen wir Verkaufspersonal...

Handelsbüro Six Ramack übernimmt Ihre Interessenvertretung in Luxemburg. Zuschriften an: Juergen Konezny, Marktstr. 7, 6638 Dillingen/Saar.

Bildschirm am Arbeitsplatz neu! Bibliographie mit über 2000 Nachweisen (Monographien, Zeitschriftenaufsätze, DIN-Normen u. Zeitungsartikel...

هكزان النحل

Rätsel der Meere: Wie konnte der britische Trawler „Gaul“ verschwinden?

Die geheimnisvolle Riesen-Flutwelle

Zwischen Nordkap und Bermuda-Dreieck liegen weit über 6.000 Seemeilen. Aber die Geschichte vom Eisener-Untergang des britischen Fernfang-Trawlers „Gaul“ ist so mysteriös, daß sie genauso gut in den

traf die Namen einiger Besatzungsmitglieder auf der Gedenkplakette, weil deren Angehörige meinen: Die „Gaul“ ist keineswegs - wie vom Seeamt festgestellt - im Sturm gesunken, sondern wurde vielmehr von den Russen aufgebrochen. Und ihre Männer schmachten als namenlose Häftlinge in irgendeinem sibirischen Lager.

London wie Oslo mühen sich seit Jahren umsonst, dies wie auch alle anderen Spekulationen ins Märchenreich zu verweisen - daß der Trawler etwa mit einem U-Boot kollidiert oder gar von einer meuternden Crew nach Südafrika entführt worden sei. „Die reine Phantasie“, wiegen die Behörden der NATO-Partner hüben wie drüben ab.

Doch „Spionageschiff“ ließ die mühselig geglätteten Wogen wieder hochschlagen. Nach der Entsendung meldete sich der Schriftsteller Leo Sheridan, der bislang „aus Rücksicht auf die Angehörigen“ geschwiegen hatte, zu Wort. Sheridan behauptet: „Ich bin der Wahrheit auf der Spur. Die „Gaul“ ist im nordnordwestlichen Tannafjord in streng geheime britische Versuche mit nuklearen Wasserbomben geraten, dabei auf die Klippen geworfen worden und wie ein Stein gesunken.“

Hauptzeuge des Autors ist der namenlos ungenannt gebliebene Skipper des norwegischen Fischereifahrzeugs „Kjolnes“, der im Tannafjord gegen 10.30 Uhr am Morgen des 9. Februar 1974 plötzlich eine laute Explosion hörte und eine Flutwelle von noch nie gesehener Höhe beobachtete. Sekunden später habe der Seemann die wegen der schweren See

unter Land gegangene „Gaul“ erblickt. Sie sei von der Flutwelle erfaßt worden und gescheitert. „Keine Chance für das Schiff, und keine Überlebenschance für die Crew.“

Schon in den vorangegangenen Tagen habe der „Kjolnes“-Kapitän fünf entsprechende Detonationen mit samt folgender Flutwelle registriert. Auch die zwischen Kirknes und Vardo verkehrende Fähre „Haakon-Jahrl“ habe über Funk um Hilfe bitten müssen, da sie von einer scheinbar unerklärlichen Riesenwelle beschädigt worden sei.

Und selbst das amerikanische „Naval Satellite Centre“ im US-Bundesstaat Maryland habe im entsprechenden Seegebiet eine „ungewöhnlich starke Radioaktivität“ gemessen.

Weiterhin will Sheridan Augenzeugen dafür gefunden haben, daß bereits geborgene Leichen und Wrackteile des Trawlers von norwegischen Polizei-Schlauchbooten aus in der See versenkt worden seien. Auch die tatsächliche Untergangsstelle sei bewusst vertuscht worden. Und Sheridan selbst, durch allzu viele Unstimmigkeiten aufmerksam geworden, ist bei einer Recherche nach Norwegen angeblich zunächst dezent, dann jedoch massiv an der Arbeit gehindert worden. „Zuletzt sogar mit einer Paßbeziehung und einer strafrechtlichen Falschanschuldung.“ Für ihn ist die ganze Sache eine groß angelegte Vertuschungsaktion.

Seine Behauptungen werden allerdings als Unsinn abgetan. Doch eines bleibt auch dann ungeklärt: Das Geheimnis um die letzten Stunden der „Gaul“ und um das Schicksal ihrer erfahrenen Crew.

In der sechsstelligen Serie, die nächste Folge wird am kommenden Montag gesendet, spielt Tom Wilkinson die Hauptrolle des Journalisten Martin Taylor. Er übernimmt den Part dessen, der sich auf die Spur des verlorenen Schiffes macht und dabei selbst Gefahr läuft in die Mühlen des Geheimdienstes zu geraten.

JOCHEN ZWIKIRSCH

KRITIK

Munition für alle Krimis dieser Welt

Ein böser Hund mit Giftzahn startet ein Auto. Streitere Schwärmer lassen sich verwechseln. Detektiv und Dame kommen sich im Kleiderschrank näher. Verfolgungsjagd und fetter Wanst als Bösewicht, blitzendes Fensterglas in des Helden Billie, unheimlich mauzendes Katzenviell, Tuckers wilde, verwegene Jagd nach der Wahrheit ausgerechnet mal wieder auf einem eleganten Kreuzfahrtschiff und jede Menge Wirbel um einen schlagigen Koffer voller Geld - Die fatische Schwester (ARD) bis der „Thriller zum Sonntag“, ein komplett verrückter Streifen.

amerikanischer Stereo-Film als deutsche, Erstanführung sämtliche Temperamentregister und Klischeeschubladen auf, ritzigfreudig wie lange keine Krimisatire mehr; mit Michael Caine als Detektiv Tucker und der immer wieder angenehm anzuschauenden Natalie Wood als Ellen Prendergast agierten in der Hauptrolle auch zwei Stars, die alle ultime Brisanz britisch-amerikanischer Koperative mit Verve auszubehnten verstanden - in einer höchst verrückten Verwechslungsgeschichte, in der ein reichlich verzammelter Klient namens Anglich (Michael Constantine) besagten Profischmüßler beauftragt,

seine 29 Jahre zuvor in einem Weisenshaus abgelieferte Tochter Anja aufzuspüren, um ihr ein fettes Erbgeld zu überlassen.

Tucker gerät in das feine Haus der Prendergast und vermutet, Ellen sei die gesuchte Tochter. Eine ironische Posse, geladen mit der Munition vermutlich aller Krimis dieser Welt, die in halbrecherischem Tempo abspult und doch immer ihre Linie behält: ein Anti-Reißer, mit leichter Hand gestriekt, durch und durch respektlos und von allen Akteuren im besten Sinne komödiantisch dargereicht.

ALEXANDER SCHMITZ

Dieter „Thomas“ Heck und seine Fernsehpläne

Hits für ältere Semester

Seine Frau sagt: „Er ist eigentlich kein stiller Mensch. An manchen Tagen sagt er ganz wenig. Da denkt er nach, da hört ihn keiner.“ Das also ist das private Gesicht des Dieter „Thomas“ Heck. Er zählt zu den Stillen im Lande.

Das andere Gesicht kennen Millionen: Da ist er dann der Klatschermann, der Discjockey, der Entertainer, die automatische Redemaschine, die in der legendären „Hitparade“ Stars und Sternchen präsentiert.

Immer auf Hochtouren, immer auf Tournee. Die „Pyramide“ da, Rundfunksendungen dort. Das ZDF und der Sender Freies Berlin, der Bayerische Rundfunk und der Südwestfunk können so glauben sie, auf diesen Mann für Millionen nicht verzichten. Dabei hätten ihn auch RTL und der Südfunk gern, genauso wie freie neue TV-Veranstalter.

Das ZDF zert an ihm herum, exklusiv zu unterschreiben. Aber Fernsehen ist nicht alles für diesen rasenden Musik-Reporter namens Dieter Thomas Heck. Er mag das Radio, und er ist Schauspieler. Das hat er, auch in „Tatort“, wiederholt bewiesen.

Was Heck macht, macht er ganz. So war das auch mit den „Melodien für Millionen“. Diese Sendung, eine Art Fernseh-Wunschkonzert der 80er Jahre, war vom ZDF als Übergang von der „Hitparade“, die er 19 Jahre lang moderierte, zum geplanten neuen Heck-Quiz „Iren ist menschlich“ geplant.

Nach dem großen Erfolg der ersten Sendung - 18 Millionen Menschen schalteten die Fernsehgeräte ein - wurden schnell weitere produziert, und die Prognose ist nicht gewagt: Wenn „Melodien für Millionen“ etwas entstaubt und modernisiert werden, also eine Art Hitparade für die mittleren Jahrgänge - dann hat Heck den Sprung geschafft: Vom Jugendstar zum Entertainer für die breiten Massen.

„Inzwischen weiß ich das einzuschätzen. Wenn Rudi mich wieder einmal kritisiert, ruft er abends an und entschuldigt sich.“ Gleiches gilt für Hans Rosenthal.

Heck hat mehr einstecken müssen als die meisten seiner Kollegen. Die Kritik des deutschen Hochfeuilletons, oft rein politisch motiviert, hat ihn oft tranchiert: „Kleinbürgerliches Versatzstück“, „Brechmittel“, „größtes Scheusal des deutschen Fernsehens“, „Marktschreier“, „föblich bis zur Schmerzgrenze“ - das ist kaum die Hälfte des Dekalogs an Injurien, die über ihn zu Papier gebracht wurden.

Geschrieben noch vor der Zeit, da er das Ende seines Auftritts als Hitparaden-Moderator ankündigte, - womit er nur Fassungslosigkeit erntete. Jahrelang hatte Heck gesagt: „Jugendwahn ist Schluß, ich werde nicht der Pop-Opa der Nation.“ Als er dann Schluß machte, wußte keiner, wie es nun weitergehen sollte. Selbst seinen Nachfolger, Viktor Worms, mußte er für seinen Haus-Sender ZDF noch finden. Aber das war für ihn selbstverständlich, weil es zur „Professionalität“ zählte.

Er gab ja auch nicht auf, als die Hitparade, Mitte der 70er Jahre, mit Stars von der Qualität Mon Thys, Gabi Baginski, Tina York, Elife Graf, Marianne Rosenberg, abzuströmen drohte. Heck hielt durch - und neu deutsch weltliche sich das Unternehmen Anfangs der 80er Jahre wieder nach oben.

Ein Mann für die dritten Programme ist er nicht. Er mag den deutschen Schlager mehr als das „Rheingold“ oder „Tosca“. Angebote der Dritten würde er bestimmt ablehnen; weil er ablehnen mußte.

Er hat nämlich keine Zeit und er ist kein Mann für Halbheiten. Er hat seine vielen Prinzipien, und er ist damit weit gekommen. Viel weiter, als es manche Kultur-Kritiker für möglich hielten. Aber das spricht nicht gegen unsere Fernsehkultur.

HANS-HERMANN TIEDJE



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Table listing TV programs for ARD and ZDF, including titles like 'Der Wettbewerb', 'Die Kloppe', 'Der Kesseltanz', and 'Die Kloppe'.



Gerichtspräsident Seger wird 78. Ein Geburtstag, der feierlich begangen werden soll - „Wochenmagazin“, ARD, 25.00 Uhr



Table listing TV programs for SAT 1, including titles like 'Kimba, der weiße Löwe', 'Der Mann aus dem Nichts', 'Black Beauty', and 'Die Kloppe'.

WELT

Advertisement for 'Was man über gesunde Ernährung wissen muß'. Includes a bar chart titled 'ZUCKERVERBRAUCH (Gramm je Kopf und Tag)' showing consumption levels from 1953 to 1981. The chart shows values: 71 (1953), 84 (1963), 84 (1966), 90 (1971), 90 (1976), 91 (1979), 92 (1981). Text discusses sugar intake, health benefits, and provides contact information for a brochure.

Hardthöhe warnt vor SPD-Plänen

● Fortsetzung von Seite 1
nischen, d.Red.) Pershing II müssen wieder abgezogen werden. Die Zahl der (sowjetischen, d.Red.) SS-20, die auf Europa und andere in Mittelstreckenerweiterung zur Sowjetunion gelegene Länder gerichtet sind, müssen in Rüstungskontrollverhandlungen begrenzt werden."

Die Einschätzung des Bundesverteidigungsministeriums bringt die grundsätzliche Kritik an dem Papier auf den Punkt. "Die einseitige Verringerung der Verteidigungsfähigkeit ist kein Zeichen des Vertrauens, sondern ein Zeichen leichtfertigen Umgangs mit unserer Freiheit und Sicherheit". Dies wird von anderen Mitgliedern der sicherheitspolitischen SPD-Kommission wohl ähnlich gesehen. Horst Ehmke beispielsweise wischt das Bülow-Papier einfach vom Tisch: "Die Wahrheit ist, daß es ein solches Papier gar nicht gibt." Die Kommission sei dabei, Vorschläge zu sortieren, um dann einen sicherheitspolitischen Antrag für den nächsten Parteitag zu entwerfen. In der Haushaltsdebatte der vergangenen Woche hatte er bereits klargestellt, daß "die SPD" eine Verringerung des Wehrladens etwa sicher nicht fördern werde. Von Bülow hatte in der Tat seine Überlegungen nur mit wenigen Mitgliedern der Kommission vorher abgeklärt.

Aber auch Ehmkes verbaler Zweitschlag kann nicht verdecken, daß die SPD-Führung in der Zeit eines allgemeinen Aufschwungs in den Meinungsumfragen nach Wischniewskis Rücktritt-Geschäft einen zweiten Treffer aus den eigenen Reihen abfangen muß. Zwar wird auf den "Verrats"-Vorwurf des Unions-Abgeordneten Wimmer von der SPD-Zentrale sofort mit dem Hinweis auf die "jüngsten Verratsfälle" gekontert, die von der Bundesregierung zu verantworten seien, doch intern wird die Verstimmung über das Bülow-Papier offen gegeben. In der sicherheitspolitischen Kommission wird offen über eine Ablösung des Brandt-Schützlings an der Spitze nachgedacht.

Vorschläge aus der SPD widersprüchlich

Die Verwirklichung der Vorschläge aus der SPD zur Umstrukturierung der Bundeswehr hätte zur Folge, daß die Bundeswehr ihre Aufgabe im NATO-Bündnis nicht mehr erfüllen könnte. Oberst Proyon, Leiter des Pressereferats des Verteidigungsministeriums, begründet die Ablehnung der Hardthöhe:

1. Der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr könnte nicht mehr aufrechterhalten werden. In sieben Monaten kann man Soldaten nicht ausreichend für einen militärischen Einsatz ausbilden.
2. Dieser Vorschlag fände daher auch keine Zustimmung im Bündnis. Er würde den Alliierten zeigen, daß wir nicht mehr den Willen zur Verteidigung haben und die Alliierten selbst zur Aufkündigung ihrer Leistung hingen.
3. Die Kriegsgefahr würde steigen, weil der SPD-Vorschlag das Risiko für einen Angriff gegen Westeuropa berahstete.
4. Der SPD-Vorschlag ist widersprüchlich. Man will die Wehrpflichtzeit verkürzen, aber die Wehrübungen vermehren.
5. Ziel der Überlegungen des SPD-Plans sei das Aufbauen von Vertrauen. Die einseitige Verringerung der Verteidigungsfähigkeit ist jedoch ein Zeichen leichtfertigen Umgangs mit unserer Freiheit und Sicherheit.
6. Der SPD-Plan diskutiert eine neue Form der Raumverteidigung in Deutschland (Panzer-Abwehrrücktritt-Geschäft) einen zweiten Treffer aus den eigenen Reihen abfangen muß. Zwar wird auf den "Verrats"-Vorwurf des Unions-Abgeordneten Wimmer von der SPD-Zentrale sofort mit dem Hinweis auf die "jüngsten Verratsfälle" gekontert, die von der Bundesregierung zu verantworten seien, doch intern wird die Verstimmung über das Bülow-Papier offen gegeben. In der sicherheitspolitischen Kommission wird offen über eine Ablösung des Brandt-Schützlings an der Spitze nachgedacht.

Britische Sozialdemokraten: Mit den Liberalen erzielen wir die Mehrheit

SDP-Kongreß eröffnet / Geheimpapier enthüllt Zerstrittenheit in der Allianz der Parteien

REINER GATERMANN, Torquay
Was zunächst als große Demonstration der Einigkeit und Stärke gedacht war, drohte mit einer beträchtlichen Verstimmung zu beginnen. Einen Tag vor Eröffnung des Jahreskongresses der Sozialdemokratischen Partei (SDP) im südenglischen Seebad Torquay geriet ein streng geheimes Papier der mit den Sozialdemokraten in Allianz eng verbundenen Liberalen an die Öffentlichkeit, in dem ein Berater von Parteichef David Steel davor warnt, daß die Sozialdemokraten intern in wichtigen Fragen tief zerstritten und einige Gruppen nicht zur kompromißlosen Kooperation mit dem Allianz-Partner bereit seien.

Während die Vorsitzende der SDP, Shirley Williams, den Vorwurf kurz und bündig als "Unsinn" abtat, erklärte ihr politischer Führer David Owen, beide Parteien seien "auf gemeinsamen Kurs". David Steel ging aber als Gastredner auf dem SDP-Kongreß auf die Enthüllungen des Geheimpapiers gar nicht direkt ein. Stattdessen verwies er auf das Ergebnis einer Meinungsumfrage, wonach

nur 22 Prozent der Wähler der Ansicht seien, die Allianz sei gespalten. Für die Konservativen lägen die entsprechenden Ziffern jedoch bei 49 Prozent. Schon heute drohe den beiden bisher größten Parteien die Gefahr, daß rund 300 ihrer Parlamentsitze - also etwa die Hälfte - bei den nächsten Wahlen von Allianz-Kandidaten übernommen werden.

Die rund 2000 SDP-Delegierten und Beobachter werden bis zum Mittwoch 14 Weiß- und Grünbücher sowie andere Dokumente diskutieren und die politischen Richtlinien für die kommenden 12 Monate festlegen. Sie waren schon zuvor mit den Liberalen übereingekommen, nach dem Parteitag - der Allianzpartner trifft sich nächste Woche - mit längerfristigen politischen Stellungnahmen und Festlegungen äußerst zurückhaltend zu sein. Das alles will man für die Veröffentlichung der gemeinsamen Wahlkampfplattform in einem Jahr aufsparen.

David Owen erklärte, er habe unter dem Eindruck der jüngsten Wahlerfolge seine frühere Auffassung geän-

dert, wonach es das Ziel der Allianz sein müsse, bei der nächsten Unterhauswahl in etwa zwei Jahren zur entscheidenden dritten Kraft zu werden. Nunmehr gehe er davon aus, daß die Allianz durchaus in der Lage sei, eine eigene Mehrheit zu erzielen.

Hefig griff Owen die Regierung wegen ihrer Südafrikapolitik an. Durch Lethargie und Passivität habe Großbritannien seine führende Rolle in den Bemühungen zur Abschaffung der Apartheid in Südafrika eingebüßt. Die Regierung Thatcher habe es Präsident Reagan überlassen, die britische Politik zu bestimmen. Die Sozialdemokraten fordern selektive Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika, in Kombination mit einer starken Überwachung des für kritische Unternehmen in Südafrika geltenden Verhaltenskodex. Einige Delegierte wollten hier jedoch erheblich drastischer vorgehen. David Owen empfahl dem Westen, nicht auf eine "Ein-Mann-Eine-Stimme-Lösung" zu pochen, weil dies den Weißen in Südafrika jedes Motiv nehmen würde, über eine friedliche Lösung zu verhandeln.

Papst verteidigt christliche Familie

rr, Vaduz

Im Mittelpunkt der Ansprachen des Papstes bei seinem gestrigen Besuch in Liechtenstein stand der Schutz des ungeborenen Lebens und die Verteidigung der Grundlagen der christlichen Familie. Der Papst appellierte angesichts ihres materiellen Wohlstandes an die "stille Reife und Verantwortung" der Liechtensteiner, die nach amtlichen Angaben das höchste Pro-Kopf-Einkommen Europas haben. Der Reichthum mache anfällig für Denk- und Verhaltensweisen, die mit dem christlichen Ethos der Gottes- und Nächstenliebe nicht vereinbar seien. Während seines zehntägigen Aufenthalts feierte der Papst mit etwa 30 000 Gläubigen eine Messe unter freiem Himmel.

Thatcher bittet um US-Rüstungsauftrag

rr, London

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat US-Präsident Reagan herzlich um Berücksichtigung ihres Landes bei der Vergabe eines Rüstungsauftrags im Wert von mehr als 13 Milliarden Mark gebeten. Dies wurde gestern in der Umgebung Frau Thatchers unter Hinweis darauf bestätigt, daß sich außer dem britischen Konsortium Plessey und Rockwell auch der französische Thomson-Konzern um den Auftrag für ein fronttaugliches Fernmelde-System bemühe - das größte Rüstungsprojekt, das die USA je im Ausland ausgeschrieben hätten. Frau Thatcher habe im Hinblick auf die britische Haltung zu SDI betont, London sei ein weitaus treuerer Verbündeter als Paris.

Jude darf für den Sejm kandidieren

JGG, Köln

Zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten darf wieder ein jüdischer Funktionär für den polnischen Sejm kandidieren. Wie der Warschauer "Express Wieczorny" ("Abendexpress") berichtet, hat Szymon Szurmiej, der das "Staatliche Jiddische Theater" in Warschau leitet und Präsidentschaftskandidat des jüdischen Kulturverbandes in Polen ist, gute Aussichten, bei den bevorstehenden Wahlen zum polnischen Parlament ein Abgeordnetenmandat zu erhalten. Szurmiej hat kürzlich mit seinem Ensemble in den USA und der Bundesrepublik gastiert. In Israel soll er Sondierungen über die Wiederaufnahme der 1967 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen unternommen haben.

Keine Rentenreform aus dem „Handgelenk“ nötig

Blüm im WELT-Interview: Finanzpolster vorhanden

PETER JENTSCH, Bonn
Gegen jede „Hast um Hektik bei der notwendigen Reform der Rentenversicherung“ hat sich Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ausgesprochen. Die Finanzlage der Rentenversicherung, so sagte er gestern im Gespräch mit der WELT, „hat sich gegen alle Erwartung so gut entwickelt und es besteht jetzt ein so großes Polster, daß wir keine Reform aus dem Handgelenk schütten müssen. Die Rentner brauchen sich aus diesem Grunde keine Sorgen zu machen; denn bis in die neunziger Jahre hinein sind die Renten sicher.“

Der Minister verwies zugleich darauf, daß „angesichts dieser positiven Entwicklung die Beiträge zur Rentenversicherung zum 1. Januar 1987 wieder um ein halbes auf 18,7 Prozent gesenkt werden können, während gleichzeitig die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 auf 4,4 Prozent angehoben werden.“ Damit werde die zu Beginn dieses Jahres von der Regierung aufgrund der damaligen Liquiditätssengnisse beschlossene und bis Ende 1986 befristete Kompensation der Beitragsverschichtung zwischen Renten- und Arbeitslosenversicherung wieder rückgängig gemacht. Dieser Schritt, so betonte der Minister, sei „richtig und der einzig gangbare“ gewesen. Denn es sei „ehrlächer, die Beiträge dort zu erhöhen, wo Geld fehlt, das war in der Rentenversicherung und die Beiträge dort zu senken, wo Geld im Überschuß vorhanden ist, das war in der Arbeitslosenversicherung.“

„Jetzt könne aufgrund der Entwicklung dieser Schritt fristgerecht rückgängig gemacht werden. Dadurch würden Beitragszahler und Wirtschaft um 0,2 Prozentpunkte entlastet.“

Die „unerwartet positive finanzielle Entwicklung“ führt Blüm vornehmlich auf die Zunahme der Beschäftigung und auf höhere Entgelte zurück, aber auch auf die Maßnahme der Regierung, den Bundeszuschuß erhöht und aus dem strengen Korsett von zwölf gleichen Monatsraten gelöst zu haben. Eine exakte Analyse

werde zur Zeit von den Rentenversicherungsträgern erarbeitet.

Es bestehe freilich kein Anlaß, „jetzt in einen Dornröschenschlaf zu verfallen“. Die Probleme der Rentenversicherung müßten gelöst werden. Die aufgrund der demographischen Entwicklung (immer weniger Arbeitnehmer haben immer mehr Rentner zu „versorgen“) notwendige Rentenreform will Blüm „in der nächsten Legislaturperiode auf den Weg bringen“. Für diese Aufgabe, so betonte er, „brauchen wir einen breiten Konsens“. Im Dreiergespräch zwischen Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften sei daher beschlossen worden, eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu bilden, die Vorschläge für eine Reform erarbeiten soll.

Nachdrücklich wandte sich Blüm gegen Vorschläge der SPD und des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer (VdK), mit einer Maschinensteuer oder Wertschöpfungssteuer die Finanzlasten der Rentenversicherung zu vermindern. „Die Rentenbeiträge müssen lohn- und leistungsbezogen bleiben“, sagte der Politiker. „Maschinen“, so zitierte er den Nestor der katholischen Soziallehre, Oswald von Nell-Breuning, „haben keine Kinder und keine Eltern.“ Die Maschinensteuer lockere also die Solidarität zwischen den Generationen, verweise den bestehenden Eigentumschutz und bedeute darüber hinaus „die Resignation gewerkschaftlicher Lohnpolitik“.

Er widersprach auch der These, diese Steuer schaffe gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen für lohn- und kapitalintensive Betriebe. „Ein lohnintensiver Handwerksbetrieb konkurriert nicht mit einem kapitalintensiven Konzern.“ Darüber hinaus würde die Belastung durch einen wertschöpfenden Beitrag von den Betrieben über die Preise an die Verbraucher weitergegeben. Das führe zu einem Inflationsdruck. Zur Aufgabe der Strukturreform der Rentenversicherung werde er gehören, „das Wasser unter dem Kiel der Alterssicherung so steigen zu lassen, daß sie nicht bei jeder konjunkturellen Bewegung Bodenberührung hat“.

US-Senatoren sehen Kreml flexibler

Andeutungen Gorbatschows beeindruckt / Diskussion um Wehrrüsten im Weltraum

DW, Washington/Moskau
Optimistisch über die Erfolgsaussichten des für November anberaumten Gipfeltreffens zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow haben sich die Mitglieder einer Delegation des amerikanischen Senats nach der Rückkehr von einem Besuch in Moskau geäußert. Sie haben den Eindruck gewonnen, daß Moskau in den Fragen von Rüstungskontrolle und Rüstungsabkommen künftig eine flexiblere Haltung an den Tag legen wird.

Nach der Rückkehr der Delegation aus Moskau sagte der Führer der Demokraten im Senat, Robert Byrd, Gorbatschow habe angedeutet, daß er „daran interessiert ist zu versuchen, das kostspielige Rüstungswettlauf anzuhalten und daß er bereit ist, ein wenig flexibel zu sein“. Nach Byrds Worten hat der Kreml-Chef in der Diskussion um die Pläne der USA für eine Raketenabwehr im Weltraum (SDI) stillschweigend die dafür benötigte Grundlagenforschung akzeptiert - da diese nicht kontrolliert werden könne.

Nach Ansicht von Senator Claiborne Pell werden nach den Gesprächen in der sowjetischen Hauptstadt die Umrisse eines Rüstungs- und Kontrollabkommens „klarer und klarer“. Sie bestehen nach seiner Auffassung in einer „gewissen Verringerung des SDI-Programms durch die USA im Austausch gegen einen Abbau der strategischen Waffen durch die Sowjetunion“.

Skeptischer war Senator Sam Nunn. Dem Verteidigungsexperten der Demokraten waren Gorbatschows Erklärungen zu vage. Es könne keine ernsthaften Definitionen und Diskussionen geben, solange die Sowjets ihre Vorschläge nicht auf den Verhandlungstisch in Genf gelegt hätten. Auf längere Sicht werde keine Fortschritte bei der Rüstungskontrolle geben, wenn nicht beide Seiten ihre Vorschläge zu den defensiven und offensiven Waffen (SDI und den Atomraketen) vorlegten, „und es gleichzeitige Diskussionen über beides gibt“.

Die US-Regierung hatte schon vorher zurückhaltend auf die Äußerungen Gorbatschows reagiert. Das US-

Außenministerium sah keinen „erstaunlichen Durchbruch“. Der Vorschlag, das sowjetische Angebot bei den Atomraketen einen Tag nach dem US-Entgegenkommen bei den Weltraumwaffen zu machen, widerspreche der Abmachung, daß die Verhandlungen darüber in Beziehungen miteinander stünden.

Unterdessen hatte die Sowjetunion erneut bekräftigt, „daß für eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen die Frage der Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums eine Schlüsselrolle spielt“. In der Moskauer Parteizeitung „Pravda“ hieß es gestern zugleich, trotz der „unkonstruktiven Politik“ der amerikanischen Führung führe die Sowjetunion „jetzt einen beharrlichen Kampf für die Rückkehr der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in das Bett einer normalen, korrekten und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit“. Das Parteiorgan warf zugleich US-Präsident Reagan vor, eine Politik des Wehrrüstens auf der Erde und im Weltraum zu betreiben und alle sowjetischen Initiativen abzuhellen.

„Warnschuß war nötig“

Wischniewski verteidigt Sparkurs / Kostenexplosion beklagt

PETER PHILIPPS, Bonn
Der zurückgetretene SPD-Schatzmeister Hans-Jürgen Wischniewski hat, wie die WELT jetzt erfährt, in seinem Gespräch mit Parteichef Willy Brandt am Donnerstag darauf bestanden, daß sein „Warnschuß, den Kurs der Sparsamkeit einzuhalten“, notwendig gewesen sei. Zwar sei der „dramatische“ Mitgliederschwund zwischen 1980 und 1984 inzwischen gestoppt, und er hinterlasse seinem Nachfolger auch „schwarze Zahlen“ im Kassenbuch, doch sei aus „politischen Notwendigkeiten“ zu häufig im laufenden Jahr schon die konzeptionelle Planung zu Lasten der Parteifinanzen geändert worden: Der Dortmunder Kongreß „Arbeit und Umwelt“ etwa kostete schließlich statt der veranschlagten 10 000 am Ende 300 000 Mark. Ähnlich sei die Kostenexplosion beim „Nürnberger Friedensgespräch“ verlaufen. Und die Planungen für den „Ingenieur-Kongreß“, auf dem die SPD gemäß der Glotz-Linie im Dezember in München die technischen Berufe als potentielle Wähler stärker umwerben will, seien mit 180 000 Mark Kosten zusätzlich eingeplant worden. Er habe, sagte Wischniewski, noch einmal seine Warnung unterstrichen: „Was ihr jetzt zu viel ausgebt, gefährdet die Wahlkampf-Finanzierung für 1987.“

Die beiden auch persönlich befreundeten Alt-Genossen waren sich aber einig, daß „Ben Wisch“ weiterhin die Feuerwehr für die internationalen Aktivitäten der SPD insbesondere im lateinamerikanischen und arabischen Raum bleiben solle. Sicht-

baren Ausdruck findet dies heute, wenn Wischniewski den Libanesen Gemayel empfängt.
Die Suche nach einem zunächst kommissarischen Nachfolger für die Schatzmeisterstelle gestaltet sich offenbar langwieriger als erwartet, da sie auch Rücksprache mit allen mächtigen Bezirksfürsten erfordert. Entgegen der ursprünglichen Planung wird voraussichtlich das Präsidium während seiner Sitzung heute deshalb noch keinen neuen Chef-Kassierer bestimmen können.

Der als „Oberlehrer“ von Wischniewski öffentlich attackierte Bonner SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat die „Kurzschlußhandlung“ des bisherigen Schatzmeisters am Wochenende weiter relativiert: Die Partei habe erstmals seit zehn oder zwölf Jahren wieder ein Guthaben. Und: „Wir bewegen uns im wesentlichen im Plan der Einnahmen und Ausgaben.“ Wie in der Baracke zu erfahren war, liegen die Ausgaben um vier Prozent über dem Soll, offenbar sind also die zusätzlichen Belastungen durch Einsparungen an anderen Stellen mitfinanziert worden. Und die Abqualifizierung durch Wischniewski, die ihn persönlich getroffen hat, ist inzwischen auch verdrückt. Im Bayerischen Rundfunk sagte er dazu: „Das Amt des Oppositionsführers ist immer ein Amt gewesen, an dessen Inhaber sich die Geister scheiden.“ Aber wenn man die Umfrageergebnisse betrachte und etwa mit denen Wehners vergleiche, „dann wird deutlich, daß ist kein Problem, jedenfalls nicht für mich“.

„DDR“ behandelt Brandt bevorzugt

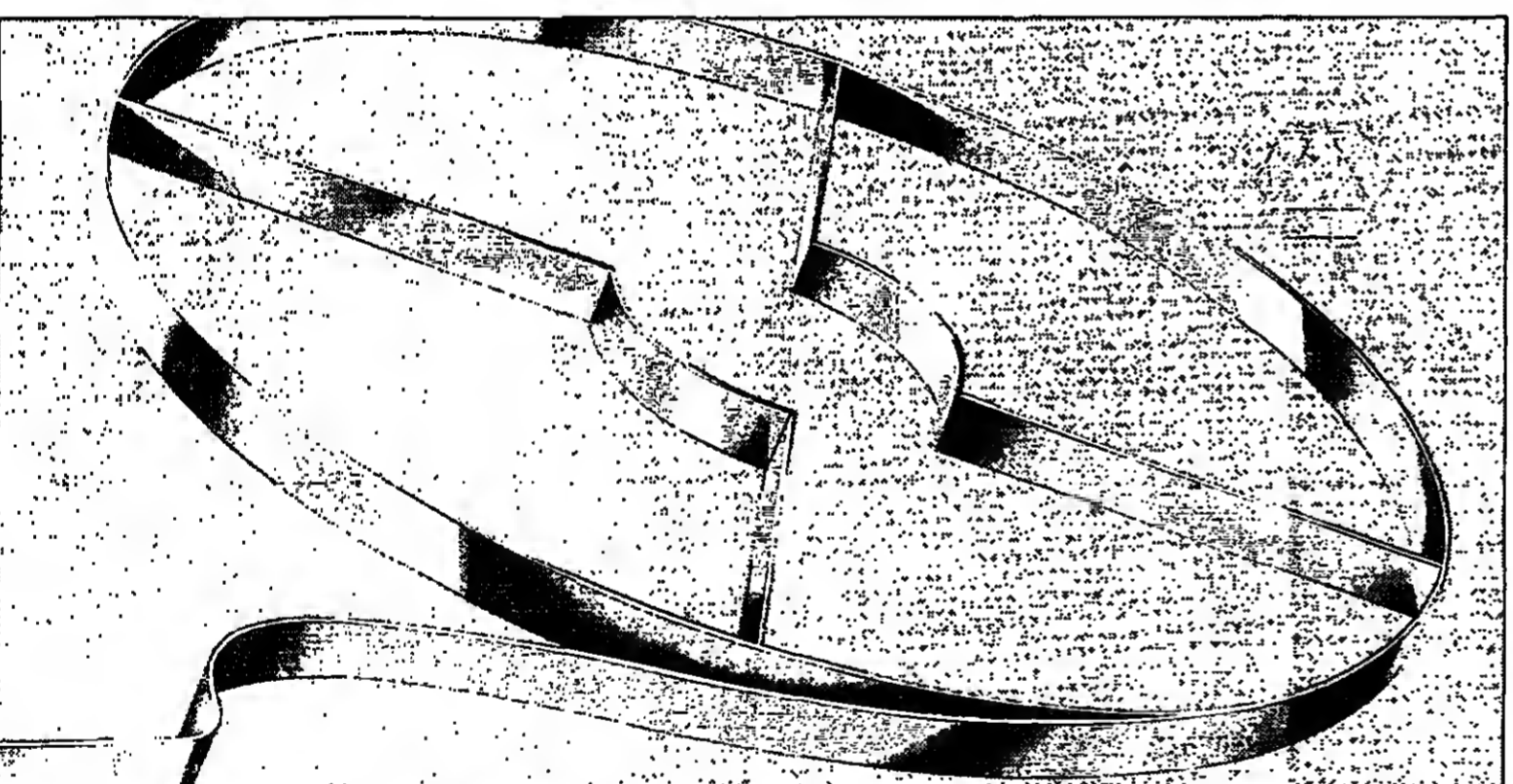
hrk, p. p. Berlin/Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt wird bei seiner bevorstehenden Reise nach Ost-Berlin und in die „DDR“ mit den protokollarischen Ehren eines Regierungschefs und Staatschefs empfangen. Aber die SED läßt ihm so gut wie keine Chance zu „normalen“ Gesprächen mit den Menschen in der „DDR“. Die „Willy-Willy“-Rufe von Erfurt im Frühjahr 1970 sollen sich nicht wiederholen.

Nach den bisher vorliegenden Informationen gab es offenbar Meinungsverschiedenheiten zwischen „DDR“-Seite und dem SPD-Chef über den Ablauf des Besuchs. In Bonn wurden allerdings die Versuche der SED nicht bestätigt. Brandt für die Verleihung eines Ehrendoktor-Titels durch eine „DDR“-Universität und den erneuten Besuch (nach 1970) des KZ Buchenwald zu gewinnen.

Der SPD-Vorsitzende fliegt am Abend des 18. September zuerst nach West-Berlin und fährt anschließend mit dem Wagen über die Sektorengrenze nach Ost-Berlin. Am nächsten Tag steht die Begegnung mit Erich Honecker im Mittelpunkt. Am Abend gibt Honecker für Brandt im „Palais Unter den Linden“ ein Bankett.

Derartige Ehren wiederfahren in den vergangenen Monaten nur den Regierungschefs Benito Craxi, Andreas Papandreu und zuletzt Frankreichs Kabinettschef Laurent Fabius. In dem hohen Protokoll soll die Wertschätzung der „DDR“-Führung für Brandts Politik der Entspannung zu Beginn der 70er Jahre zum Ausdruck kommen.



Für alle Unternehmer, die ihren Zahlungsverkehr einfacher, schneller und billiger abwickeln wollen.

Wenn Sie aufhören, Belege auszufüllen, beginnen Sie, Zahlungsverkehrskosten zu sparen. Das Magnetband-Clearing-System arbeitet rationeller als alle bisherigen Methoden der Zahlungsverkehrsabwicklung.
Die Vorteile für Ihr Unternehmen: Sie erteilen uns Ihre Aufträge beleglos. Sie sparen erstens Zeit und zweitens Geld.
Ganz gleich, ob Sie bisher 20 oder 20.000 Überweisungen oder Lastschriften immer wieder neu ausfüllen mußten - Sie erstellen künftig nur einen beleglosen Datenträger (z. B. Magnetband, Diskette, Kassetten). Durch Verwendung ma-

schinell lesbaren Datenträger anstelle von Formularen sparen Sie fortwährend Kosten.
Die frühzeitige Gültigschrift Ihrer Lastschriften-Einreichungen und die spätere Befreiung Ihrer Überweisungen aufgrund kürzerer Laufzeiten im beleglosen Datenträger-austausch erhöhen Ihre Liquidität.
Übrigens: Auch wenn Sie uns keine maschinell lesbaren Datenträger geben können, helfen wir Ihnen durch individuelle Alternativen bei der Rationalisierung Ihres Zahlungsverkehrs.
Wie Sie ganz schnell zu all diesen Vorteilen kommen, sagt Ihnen unser Firmenkundenbetreuer.

In Berlin: BHI

FK 04/1

Fusionen als Hobby

fu (London) - Australiens umsatzstärkste Unternehmensgruppe Elders (Brauerei, Wolle, Handel und Finanzierung) hat sich vorgenommen, den bedeutenden britischen Brauereikonzernt Guinness zu übernehmen. Der Hersteller von Autoteilen, ist schon seit geraumer Zeit im Übernahme-Wisier finanzkräftiger Unternehmen. Und erst vor wenigen Tagen hat der Brauereikonzernt Guinness den Kampf um den schottischen Whisky-Produzenten Bell gewonnen. In Großbritannien ist wieder einmal das Übernahme-Fieber ausgebrochen.

Die Strategie ist fast immer die gleiche: Der Markt wird nach branchenähnlichen Unternehmen abgefragt, deren Aktienkurse aus welchen Gründen auch immer die eigentliche Unternehmenssubstanz unterbewerten. Was nach der Übernahme zum günstigen Preis folgt, wird in der Londoner City so schön als „asset stripping“ bezeichnet. Das Unternehmen wird ausgeschlachtet, einzelne Unternehmensanteile werden zu Kasse gemacht. Über bleiben nur die Teile, die für das eigene Unternehmensgeschäft von Bedeutung sind.

In Großbritannien gibt es heute eine ganze Reihe von Konzernchefs, die sich auf die Übernahme und das Ausschachten von Unternehmen spezialisiert haben, etwa Lord

Weinstock von der General Electric Company (GEC) oder der gewiefte „Tory“ Rowland vom Lombrischkonzern. So verwundert es nicht, daß beispielsweise GEC seit Jahren einen ständig wachsenden Liquiditätsberg vor sich herschiebt, der inzwischen rund sechs Milliarden Mark erreicht hat.

Verfall

JB - Still, aber mit vielen Schmerzen wird gegenwärtig der nicht gemeinnützige Teil der Hamburger Unternehmensgruppe Neue Heimat aufgeföhrt. Albert Vietor hat die Neue Heimat Städtebau einst gegründet, weil ihm die Spielplätze der gemeinnützigen Wohnungsbaugruppe zu eng geworden waren. Die Neue Heimat Städtebau sollte sich um Städtebau und -sanierung, um kommunale gewerbliche Aktivitäten kümmern, vor allem aber der Neuen Heimat Auslandsmärkte erschließen. Der Ausstieg in die „frei-gemeinnützige Welt“ wurde bekanntlich zum Desaster. Fast 1,5 Mrd. DM haben die Gewerkschaften als Anteilseigner der Gruppe bislang aufbringen müssen, um einen geordneten Rückzug aus den neuen Märkten zu ermöglichen. Dabei ist ihnen der Name Neue Heimat inzwischen offenbar so zuwider, daß sie die Neue Heimat Städtebau kurzerhand in Gesellschaft für Städtebau und Planung umwandeln. Eine Neue Heimat in Form der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft reicht. Nicht nur das Reich, auch der Name verfällt.

In USA droht heißer Herbst

Von **HORST-A. SIEBERT, Washington**

Bei seinen letzten Besuchen in Washington hat Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg die US-Regierung, also Exekutive und Legislative, davor gewarnt, den Abbau des riesigen Haushaltsdefizits über die politisch attraktiveren Steuernormen zu versagen. Genau das ist jedoch in den USA eingetretet. Statt zuerst die Finanzen zu konsolidieren und die Neuverschuldung abzumildern, werden Steuerpakete hin und her geschoben, deren Vor- und Nachteile jeder anders einschätzt.

Wer das Steuerthema am höchsten hängt, ist Präsident Ronald Reagan. Vor Harry Trumans Denkmal in Independence/Missouri startete er eine Kampagne im Wahlkampfstil, wobei er jedem Amerikaner eine fairere und gerechtere Steuerlast versprach. Tabu war die gigantische Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben, die sich durch das „neutrale“ Steuerprogramm auch nicht verkleinern wird. Jede Woche will Reagan in den kommenden Monaten irgendwo in den weiten USA eine Steuerrede halten, um über die Wähler Druck auf den Kongreß auszuüben.

Sozusagen glasklar ist die Taktik, warum das Weiße Haus die Steuerreform zum „mega-issue“, zum Superpunkt in der öffentlichen Diskussion für den Rest dieses Jahres zu machen versucht. Einmal sieht Reagan in ihrer Durchsetzung die wichtigste wirtschaftlich relevante Aufgabe seiner zweiten und letzten Amtszeit. Sie dient ihm zugleich als Vehikel für seine Philosophie des Laissez-faire, deren Grundpfeiler Unternehmenserfolg, Wirtschaftswachstum und Wohlstand sind. Hier kommt ihm entgegen, daß die Mehrheit der US-Bürger für eine Vereinfachung des komplizierten Steuersystems ist, ohne aber durchschlagende Änderungen zu erwarten.

Zum anderen scheint sich der Wirtschaftsboom, der 1984 Reagan im Wahlkampf half, nicht zu wiederholen. In diesem Jahr wachsen die Haushalts- und Handelsdefizite auf 211 und mehr als 140 Milliarden Dollar, was ebenfalls unerhebliche Themen sind. Reagan ist aber nicht nur ein hervorragender „communicator“, sondern auch ein kluger Strategist: Die Konzentration auf Freibeträge und Abschreibbarkeit lenkt von den vermutlich verlustreichen Schlachten ab, die

nach diesem Sommer mit dem Kapital ausstragen sind.

Nicht übertrieben ist die Aussage von Mitarbeitern der Reagan-Administration, wonach die nächsten Monate darüber entscheiden, welchen Platz Präsident Reagan in der Geschichte einnehmen wird. Nach seinem Bericht über die Lage der Nation im Januar beginnt schon das Wettrennen für die Zwischenwahlen im November 1986; erfahrungsgemäß sind dann umstrittene Gesetze schwer durchzubringen. Vor allem die 22 republikanischen Senatoren, die zur Republikanischen Partei gehören, sind im Alleingang, auf der Strecke bleibt die verantwortliche wirtschaftspolitische Agenda.

Der größte Stolperstein ist die Farm Bill 1985, die am 30. September das auslaufende Farmgesetz von 1981 ablösen soll. Bei Getreide geht es um die Beihilfen- und Zölle, die die Beihilfenpraxis, Stillelegungsmaßnahmen und die Exportförderung. Die Milchproduktion soll durch niedrigere Preise und eventuelle Abschlächtungen gesenkt werden; überdies möchte das Weiße Haus Geld durch die Herabsetzung der Zucker-Subvention sparen. Es liegen elf Gesetzesentwürfe vor, was droht, ist angesichts der Krise im Farmgürtel eine neue Ausgabenexplosion.

Ronald Reagan muß sein Veto einlegen, wenn die Haushaltskonsolidierung nicht endgültig zur Schimäre werden soll. Tut er es, verschärft er aber zugleich den Kampf um die Anhebung des Schuldengrenzen des Bundes auf mehr als 200 Milliarden Dollar und die Einzelkämpfe im Budget 1986. Weitere wunde Punkte, bei denen der Präsident nur verlieren kann, sind Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika und der Berg protektionistischer Gesetze, die alle auf Importschutz zielen.

Der Präsident genießt eine ungewöhnliche Popularität. Sie hilft ihm aber kaum im Kongreß, auf den er sich deshalb in dieser kritischen Situation konzentrieren sollte. Die Entscheidungen, die bis Ende dieses Monats in den Bewilligungsausschüssen fallen, werden zeigen, wie ernst Amerika die eigene Finanzkrise nimmt. Nur dort läßt sich das Haushaltsdefizit wirksam zurückschneiden. Das ist so wichtig, daß die Steuerpläne warten können.

VEREINIGTE STAATEN

Arbeitslosenquote ist auf sieben Prozent gesunken

H.A. SIEBERT, Washington

Sechs Monate lang stagnierte in den USA die Arbeitslosenquote bei 7,3 Prozent, im August ist sie überraschend auf sieben Prozent (ohne Militär) gesunken. Präsident Reagan feierte das Ereignis als „eine aufregende Nachricht und Beweis dafür, daß die amerikanische Wirtschaft wieder Fahrt aufnimmt“. Gedächtnisfeier war die Erklärung der Leiterin des Büros für Arbeitsstatistik, Jane L. Norwood, die saisonale Verzerrungen nicht ausschloß. Andere Beobachter hatten ein Anziehen der Rate schon im September für möglich. Das Forschungsinstitut Data Resources Inc. sagt eine langsame Zunahme der Arbeitslosenquote voraus; bis Ende 1986 soll die Arbeitslosigkeit auf 7,5 Prozent steigen.

Für Verzerrungen sprechen diese Faktoren: Die Arbeitslosenrate der

Teenager sankte von 19,5 auf 17,3 Prozent, die der schwarzen Jugendlichen von 41,3 auf 34,4 Prozent. Viele von ihnen hielten kurzfristige Jobs während der Sommerferien. Bemerkbar machte sich auch das Ende des Teambster-Streiks sowie die geringste Zahl von Autofabriken, die für das neue Modelljahr umgerüstet werden. Von 310 000 neuen Arbeitsplätzen wurden 37 000 in der Wertverarbeitung geschaffen, davon 25 000 in der Automobilindustrie.

Die Zahl der US-Arbeitslosen sank im August um 324 000 auf 8,13 Mill., von ihnen erhielten jedoch nur 2,4 Mill. ein wöchentliches Arbeitslosengeld von durchschnittlich 120,60 Dollar, weil ihre Anspruchsfrist von 26 Wochen ausgelaufen ist. Legt man die deutsche Ermittlungsmethode zugrunde, dann beträgt die US-Arbeitslosenrate etwa 8,5 Prozent.

WEINSKANDAL / Nur Anklage wegen Betrugs, nicht wegen Vergiftung?

Folgeschäden sind wahrscheinlich geringer, als zunächst befürchtet

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Gut acht Wochen nach dem Beginn der Glykollaffäre kann man in der deutschen Weinwirtschaft vorsichtig Zwischenbilanz ziehen. Dabei wird manches die Öffentlichkeit verbieten: Der Schaden für den Weinabsatz insgesamt wird vermutlich geringer sein als erwartet; allerdings ist er höchst unterschiedlich verteilt.

Freilich sind die systematischen Weinuntersuchungen noch lange nicht zu Ende. Möglicherweise kommen noch einige deutsche Abfüllbetriebe auf die schwarze Liste. Es gibt allerdings Anzeichen, daß in den kommenden Prozessen gegen die Sünder aufgrund neuer wissenschaftlicher Gutachten keine Anklage wegen Vergiftung durch kleine Mengen Glykol sondern nur wegen Betrug erhoben wird.

Fast alle Selbstmarkter (Winzer, die ihren eigenen Wein an den Endverbraucher verkaufen) und auch der Fachhandel melden starken Zulauf verunsicherter Weintrinker, die endlich einmal ein ausführliches Gespräch mit dem Erzeuger oder einem wirklichen Fachmann führen wollen. Denselben Hunger nach dem gerühmten Weingespräch erfuhr auch jene Moselwinzer, die im Rahmen einer Werbestaktion in Norddeutschland auf Reisen sind.

Die renommierten Weingüter haben - neben dem Imageschaden durch den Prozeß gegen den früheren Präsidenten Tyrell - vor allem im Export zu kämpfen. Der japanische Markt ist für österreichische und für deutsche Weine immer noch tot, „Für die Japaner“, berichtet Graf Mat-

tuschka-Greifflau (Schloß Vollrads), bedeutet es einen direkten Affront, wenn ein befreundetes Land wie Deutschland ihnen verfälschte Weine liefert. Sie erwarten aus Bonn eine offizielle Entschuldigung. Aber damit ist nicht zu rechnen.

In den USA haben gezielte Bemühungen deutscher Stellen sehr geholfen. Hier wird jetzt deutlich und konkret differenziert. Schwerer ist es in England, ganz schwierig in Holland und Belgien. Daß auch der deutsche Wein Vertrauen zurückgewinnen muß, darüber sind sich alle Beteiligten klar. Werner Schön: „Wir müssen die allgemeine Sensibilisierung für den Wein dazu nutzen, um auch bei uns dringend nötige Verbesserungen durchzusetzen.“

Tatsächlich hat eine kleine Arbeitsgruppe des Deutschen Weinbauverbandes für die bevorstehenden Prädikats- und Vorsatzsitzungen ein internes Papier verabschiedet, in dem nicht nur die von den deutschen Winzern immer schon erhobene Forderung nach strenger Kontrolle für Auslandsweine enthalten ist, sondern auch brisante Dinge wie amtliche Herbskontrolle, Mengenbegrenzung mit Kontrollzeichen und die Bereitschaft, in Deutschland und der ganzen EG die Angabe von Alkohol, Säure, Restzucker und schwefeliger Säure auf dem Etikett obligatorisch einzuführen. Zu den meisten Punkten hat die EG das entscheidende Wort.

AUF EIN WORT



Dr. Ernst August Osthold, Hauptgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Süddeutschen, Göttingen. FOTO: HANS WILDER

Die ständigen Appelle an die Tarifparteien, kostengünstige Einstellpläne und Gehälter zu vereinbaren, gehen an der Realität des Arbeitsmarktes vorbei, auf dem Unternehmer - oft vergeblich - nach qualifizierten Arbeitskräften Ausschau halten.

Dr. Ernst August Osthold, Hauptgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Süddeutschen, Göttingen.

IFO-KONJUNKTURBERICHT

Nächstes Jahr 130 000 mehr Beschäftigte in der Industrie

dpa/VWD, München

Die deutsche Industrie wird im nächsten Jahr 130 000 Menschen mehr beschäftigen als 1984, erwartet das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München. Nach einer Umfrage bei 379 Betrieben interpretiert Ifo dies als „Wende in der Industriebeschäftigung“.

Nach einem Personalabbau von knapp einem Prozent im Jahr 1984 rechnet das Institut mit einem Beschäftigungszuwachs von einem Prozent im laufenden Jahr und von 0,3 Prozent im Jahr 1986. Grundlage für den Optimismus in der Industrie sei ein anhaltendes Produktionswachstum. Der Investitionsmotor im Inland sei offenbar angesprungen. Die Auslandsnachfrage werde schwächer wachsen, träge aber auch künftig zur konjunkturellen Aufwärtsbewegung bei. Die Unternehmer schätzen nach

ENERGIEAGENTUR

Der Ölverbrauch wird auch in Zukunft schwach bleiben

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris

Die westlichen Industriestaaten (OECD-Zone) werden in diesem Jahr wahrscheinlich 2,5 Prozent weniger Mineralöl verbrauchen als 1984, meint die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem jüngsten Marktbericht. Dadurch wäre der Verbrauch im Vergleich zum letzten Jahres von 2,1 Prozent mehr als kompensiert. Allerdings war dies zum Teil durch den britischen Bergarbeiterstreik herbeigeführt worden. Aber auch ohne den schätzt die IEA den Verkaufsrückgang auf 1,8 Prozent ein.

Weniger stark als der Ölverbrauch sind in letzter Zeit allerdings die Ölimporte der OECD-Zone zurückgegangen, so daß deren Ölnoträte etwas angestockt werden konnten. Sie erreichten am 1. Juli 418,6 Mill. Tonnen gegenüber 411,9 Mill. Tonnen am 1. April und werden von der IEA für den 1. Oktober auf 419,2 Mill. Tonnen

INTERNATIONALE FUNKAUSSTELLUNG IN BERLIN / Mehr Fachbesucher

Große Erwartungen noch übertroffen

tb, Berlin

Die Internationale Funkausstellung 1985 in Berlin, die gestern nach zehntägiger Dauer zu Ende ging, war ein voller Erfolg. Die großen Erwartungen, mit denen die Unterhaltungselektronik-Branche an die Spree gekommen war, wurden nach Angaben der AMK Berlin an vielen Ständen noch übertroffen. Ähnlich äußerten sich bereits Ende vergangener Woche große deutsche Hersteller der Branche.

In ihrem Abschlußbericht hebt die AMK Berlin den hohen Anteil qualifizierter Fachbesucher aus dem In- und Ausland hervor. Damit bleibe Berlin Orderplatz Nummer eins in Europa. Fast jeder zweite Fachhändler, der die Ausstellung besuchte, hat an den Ständen Abschlüsse getätigt. Die Inlandsnachfrage komme jetzt auf 100 Millionen und im Export wurden Steigerungsraten auf hohem Niveau erzielt, heißt es im Abschlußbericht weiter.

Geordert wurden nach diesen Angaben vor allem Neubeitern- und hier Geräte mit „zukunftsreicher“ Technik. Das betrifft sowohl die neuen Sendee-, Empfangs- und Vermittlungstechnologien (Kabel- und Satellitenprogramme) als auch die Geräte selbst, deren Anreicherung dem neuesten Stand der Technik entsprechen mußte.

Bei Fernsehgeräten „gingen“ die flachen, eckigen Bildschirme sowie Apparate mit teilweise digitaler Signalverarbeitung, Stereo-Ton, mit Videotextdecoder ausgerüstete Geräte, Kabelboxen, Multinormgeräte und Portables waren ebenfalls gefragt. Auf dem Videorecordermarkt wurden vor allem Geräte bestellt, die die Zukunft bereits „angebahnt“ haben (etwa Recorder mit VPS-Decoder).

Im HiFi-Bereich wurden vom Handel höhere Ansprüche an Klang und Komfort gestellt. Geordert wurden nicht nur Compact-Disc-Spieler, sondern auch verstärkt andere HiFi-Komponenten. In diesem Sektor werde der Verbraucher qualitätsbewusster, war in Ausstellerkreisen zu hören.

Sowohl Qualität als auch Quantität bestimmten das Ordnungsgeschehen bei der sogenannten Henkelware (Koffert- und Uhrenradios, tragbare Kassettengeräte). Hier wurden vor allem „Mini“ bestellt. Bei Autoradios verstärkte sich dagegen der Trend zu hochwertigen Produkten im mittleren Preisbereich.

Mit rund 380 000 lag die Zahl der Besucher um gut 40 000 niedriger als vor zwei Jahren. Dieser Rückgang betraf jedoch nur die „privaten Schleute“, die Zahl der Fachbesucher stieg dagegen von 50 000 auf 57 000. An der Funkausstellung beteiligten sich 350 Aussteller sowie 189 zusätzlich vertretene Firmen aus 22 Ländern. Die nächste Funkausstellung in Berlin findet 1987 statt.

US-AKTIENMÄRKTE

Positive Konjunkturdaten animierten die Investoren

H.A. SIEBERT, Washington

Mit einem Ruck haben sich die US-Aktienmärkte am Freitag aus dem Sommerloch befreit. Auslöser waren so attraktive Konjunkturindikatoren wie die im August um 0,3 auf sieben Prozent gesunkene amerikanische Arbeitslosenrate, der gegenüber dem Vorjahresmonat um 23,4 Prozent gestiegene Autoabsatz und die stärker angezogenen Umsätze der Warenhäuserketten. Nach der langen Flaute griffen die Investoren nach den neuesten Daten wie nach einem Rettungsring.

Nach Verlusten an den Vortagen schoß der Dow-Jones-Industrieindex um 9,86 auf 1305,88, der umfassende Nyse-Index um 0,50 auf 109,05 Punkte nach oben. Das Wochenplus des „Dow“ blieb mit 1,68 Punkten zwar bescheiden, aber festzustellen war ein sich ausbreitender Gewinnrend, nachdem vorher ein steilerer Kursrückgang nur durch IBM, General Motors und einige fusionsverdächtige Werte verhindert worden war. Der Nyse-Index schaffte den Sprung ins Wochenplus nicht ganz; um 0,34 Punkte verharre er im Minus.

Aus den Statistiken zogen die Anleger den Schluß, daß die bisher kräftige Geldausweitung die Weichen für ein stärkeres Wirtschaftswachstum in den kommenden Monaten gestellt hat, was höhere Unternehmensgewinne verspricht. Unterstützt wurden sie dabei von dem Chef des wirtschaftspolitischen Beraterstabes des Weißen Hauses, Beryl Sprinkel. Er

wiederholte seine Voraussage, wonach der amerikanische Wirtschaft im zweiten Halbjahr 1985 real um fünf Prozent (Jahresrate) zunehmen wird. Dies bestreitet jedoch sogar das Haushaltsbüro der Administration. Der Monetarist Sprinkel schürte die Furcht am Rentenmarkt vor einer Kreditverknappung: Alle Notierungen gaben scharf nach.

In der Einschätzung ist die Wall Street deutlich gespalten. Für die meisten Analysten haben die Daten keine große Aussagekraft. In der Tat müssen sie mit vielen Körnern Salz interpretiert werden. So ist der Erfolg am Arbeitsmarkt erheblich durch die Sommerjobs für Studenten und Schüler beeinflusst worden. Die leicht erhöhten Warenhausumsätze sind für diese Zeit typisch; die Ausstattung der Schulanfänger ist immer ein großes Familienergebnis. Der plötzliche Autoboomb wiederum ist durch die befristeten Billigdarlehen der Hersteller in Gang gesetzt worden. Diese Käufer fallen im Modelljahr 1988 aus.

Obwohl sich kurzfristiges Geld verteuert hat, wird eine gezielt restriktive Geldpolitik der US-Notenbank vorerst für unwahrscheinlich gehalten. Nach der Flaute spricht alles für ein beschleunigtes Wachstumstempo; wie schnell es ausfällt, bleibt jedoch offen. Die „Fed“ wird zumindest die Konjunkturindikatoren für September abwarten. Auch die Krise, in der sich Amerikas Genossenschaftsbanken befinden, spricht gegen ein Anziehen der Kreditbremse.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Positiver Abschluß der Leipziger Messe

Berlin (dpa) - Eine positive Bilanz hat die „DDR“ nach Beendigung der Leipziger Herbstmesse am Sonntagabend gezogen. Nach Angaben der amtlichen Ostberliner Nachrichtenagentur ADN wurden umfangreiche Export- und Importverträge abgeschlossen. Die ausländischen Repräsentanten unter den insgesamt 6000 Ausstellern hätten zum Ausdruck gebracht, daß die „DDR“ auch als Handelspartner ein hohes Ansehen in der Welt genieße. Der größte Aussteller aus dem Ostblock war die Sowjetunion mit rund 8000 Exponaten, 75 Prozent davon wurden erstmals in Leipzig gezeigt. Den Entwicklungsländern des arabischen Raumes, aus Afrika, Asien und Lateinamerika habe die Messe Gelegenheit geboten, Wirtschafts- und Geschäftsbeziehungen auszubauen.

Wichtiger Handelspartner

Moskau (dpa) - Die Bundesrepublik bleibt nach wie vor der größte westliche Außenhandelspartner der Sowjetunion. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres belief sich das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern auf 3,4 Mrd. Rubel (11,6 Mrd. DM), teilte die amtliche Nachrichtenagentur Tass mit. Zweitgrößter westlicher Handelspartner war Finnland mit einem Handelsvolumen von 2,4 Mrd. Rubel - vor Frankreich und den USA.

Trennung vereinbart

Boon (Mc.) - Der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) und sein bisheriger stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Hans Andreas Siemann, haben jetzt „die Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses vereinbart“. Der Verband hatte Anfang Mai Siemann fristlos gekündigt, das Bonner Arbeitsgericht hatte dies vor einem Monat wieder aufgehoben. In dieser Woche muß nun die weitere Zusammenarbeit

Umschuldung perfekt

New York (VWD) - Uruguay hat sich mit dem Lenkungs Ausschuß seiner Gläubigerbanken grundsätzlich über die Umschuldung von Krediten geeinigt. Wie die Citibank mitteilte, beinhaltet die Grundabvereinbarung Verbindlichkeiten, die bis 1989 fällig werden. Die Rückzahlung soll 1988 beginnen und bis 1996 dauern.

Busse für Istanbul

München (AP) - Einen Großauftrag mit einem Wert von knapp 90 Mill. DM über insgesamt 520 Omnibusse hat die türkische Stadt Istanbul der MAN-Beteiligungsgesellschaft Manas erteilt. Die Busse sollen von der Manas, an der MAN eine Beteiligung von 34 Prozent hält, im Werk Istanbul gebaut werden. MAN werde aus der Bundesrepublik Teile und Komponenten im Wert von rund 35 Mill. DM liefern. Die Fahrzeuge sollen bis Ende 1986 ausgeliefert werden.

Irgendwann ist ein Firmenwagen mehr wert als Gehaltserhöhung.

Es ist doch recht traurig, wenn ein engagierter Mitarbeiter, der zu Recht gut verdient, sich über Gehaltserhöhung nicht mehr freuen kann. Klar, unsere Steuergesetzgebung ist nun mal so. Aber sollte man nicht nach einem Äquivalent suchen, das Unternehmer und Angestellten gleichermaßen zufriedenstellt? Wir haben es: Den Firmenwagen im Leasing. Von uns. Da fährt der Mitarbeiter quasi kostenlos ein funkelnelndes Auto, und das Unternehmen kann alle Ausgaben sofort monatlich als Betriebskosten absetzen. Fuhrparkprobleme entstehen gar nicht erst, weil wir uns um alles kümmern. Und noch was: Wir sind eine markenunabhängige Leasing-Gesellschaft. Somit kann jedes gängige Fabrikat gestellt und möglichen Geschäftsinteressen Rechnung getragen werden. Feine Sache, was? Rufen Sie uns an. Wir erklären Ihnen die Vorteile gern noch mal im Detail.



Wir suchen für Unternehmen aufrecht.

Hansa Automobil Leasing GmbH
Beerenweg 5 · 2000 Hamburg 50
Telefon 040/8 53 06 02 · Telex 0217

ITALIEN

Kampf gegen das Haushaltsdefizit

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Die italienische Regierung ist entschlossen, mit dem Finanzgesetz für 1986 die Grundlagen für einen Abbau des Staatsdefizits zu legen.

Um das Defizit 1986 auf der Höhe des diesjährigen Fehlbetrages einzufrieren, will die italienische Regierung die Zunahme der Staatsausgaben auf sechs Prozent begrenzen.

Schluss gemacht werden soll mit Mißverhältnissen. Sie haben beispielsweise bei den Staatsbahnen dazu geführt, daß hier 1984 mit den Einnahmen aus dem Güter- und Personenverkehr nicht einmal die Hälfte der Personalkosten gedeckt werden konnte.

Die Sanierungsstrategie geht davon aus, daß der in den letzten 15 Jahren aufgebaute Wohlfahrtsstaat inzwischen auf Pump lebt und gewisse Leistungen wieder zurückgeschraubt werden müssen.

USA / Belegschaftsaktien-Fonds umstritten - Zugriff auf das Kapital erst nach Ausscheiden aus dem Berufsleben

Viele Firmen beteiligen ihre Mitarbeiter am Gewinn

H.A. SIEBERT, Washington
In der US-Wirtschaft wächst die Zahl der Unternehmen, die ihre Mitarbeiter am Gewinn oder Kapital beteiligen.

Das heißt, von den 80 Mill. Arbeitnehmern in der amerikanischen Privatwirtschaft (ohne Landwirtschaft) sind fast 44 Prozent am Gewinn oder Kapital beteiligt.

Folgt man der Kammer, dann sind viele US-Beteiligungsmodelle faktisch Pensionsfonds, deren jährliche Dotierung vom Jahresergebnis abhängt.

In den USA umstritten ist aber eine riskantere Form der Kapitalbeteiligung, die in den letzten Jahren einen Boom erlebt hat: der Belegschaftsaktien-Fonds (Employee Stock Ownership Plan oder kurz Esop).

Esop mehr profitieren als die Mitarbeiter. Außerdem kann der Fonds durch Übertragung großer Aktienpakete als Schutzinstrument gegen feindliche Übernahmen verwendet werden.

Nach den Erfahrungen der Kammer sehen in vielen Fällen Arbeitgeber wie Gewerkschaften in der Gewinn- oder Kapitalbeteiligung einen fairen Ausgleich für Zugeständnisse beim Barlohn oder für Lohnverzichte zur Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Der amerikanische Staat fördert Belegschaftsaktienfonds, indem Anteilseigner, die ihre Papiere zum Marktwert an einen Fonds verkaufen, auf den Eöds nur die Kapitalgewinnsteuer von höchstens 20 Prozent zahlen.

Kritisiert wird, daß die Firmen vom Esop mehr profitieren als die Mitarbeiter. Außerdem kann der Fonds durch Übertragung großer Aktienpakete als Schutzinstrument gegen feindliche Übernahmen verwendet werden.

ALLIED-LYONS / Aktien des Getränkeriesen gestiegen

Kaufofferte aus Australien

dpa, London
Den größten Firmenaufkauf der britischen Wirtschaftsgeschichte will der australische Mischkonzern „Elders IXL“ voraussichtlich als Führer eines „Konsortiums“ mit einem Übernahmeangebot in Höhe von 1,7 Mrd. Pfund (8,6 Mrd. Mark) für den britischen Brauerei- und Getränkeriesen Allied-Lyons PLC durchführen.

Eine Gruppe internationaler Banken unter Führung der Citibank ist nach Darstellung von Elders-Chef John Elliott (43) in der Schlussphase der Vorbereitungen eines Kreditabkommens.

Die australische Gesellschaft verfügt über Brauerei-, internationale Handels-, Finanz- und Rohstoffinteressen und wird 1985 rund 3,3 Milliarden Pfund (12,9 Milliarden Mark) umsetzen.

Die australische Gesellschaft verfügt über Brauerei-, internationale Handels-, Finanz- und Rohstoffinteressen und wird 1985 rund 3,3 Milliarden Pfund (12,9 Milliarden Mark) umsetzen.

ÖSTERREICH / Nordrhein-Westfalen als Gastland auf der Wiener Herbstmesse

Deutsche Industriepartnerschaft gesucht

HARALD POSNY, Düsseldorf
Mehr mit den Segnungen der seit zehn Jahren geübten Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern als mit von ihm als Marktwirtschaftler ungeliebten staatlichen Förderprogrammen wirbt der Präsident der Sektion Industrie der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Philipp von Schoeller, für deutsch-österreichische Industriepartnerschaft.

Der Handel mit dem Westen sei ausbaufähig, während der Ostanteil am Gesamthandelsvolumen (vor allem mit Jugoslawien, Ungarn und der Sowjetunion) bei derzeit zwölf Prozent bleiben sollte.

Österreich ist der mit Abstand größte Handelspartner der Bundesrepublik. Nach zweiseitigen Steigerungsraten im In- und Export bestreitet der Import aus der Bundesrepublik 40 und der Export nach Deutschland 50 Prozent des gesamten Außenhandelsvolumens.

Erdgasvorkommen in Qatar entdeckt

dpa/VWD, Qatar
Das möglicherweise größte Erdgasvorkommen der Welt, das „North Dome“-Feld im arabischen Golfstaat Qatar, könnte in einigen Jahren für das gut versorgte Westeuropa eine Alternative zu den Erdgaslieferungen aus der Sowjetunion darstellen.

RENTENMARKT / Die Dollarerholung überraschte

Leichter Renditenanstieg

Erstmals seit einem halben Jahr, in dem die Zinsen am Kapitalmarkt um rund anderthalb Prozentpunkte auf den niedrigsten Stand seit sieben Jahren gesunken sind, haben sich die Renditen in der vorigen Woche leicht erhöht.

RENTENMARKT / Die Dollarerholung überraschte

Konsolidierungspause gerechnet. Ihr Auslöser war einmal ein leichter Wiederanstieg der US-Zinsen, vor allem aber die unerwartet kräftige Erholung des Dollar um rund 13 Pfennig auf 2,91 DM.

Table with 6 columns: Emissionen, 6.9, 30.8, 28.12, 30.12, 30.12, 30.12. Rows include Anleihen von Bund, Beinh und Post, Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände, Schulverschreibungen von Sonderinstituten, Schulverschreibungen der Industrie, Kreditanstalten u. Körperschaften, Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit, Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit, Inländische Emittenten insgesamt, DM-Auslandsanleihen.

Manche Computer dürfen nie raus.



Trautes Heim, Glück allein ist nichts für Computer. Zwar läuft er mit seinen Daten und dem entsprechenden Programm auf Hochtouren. Er kombiniert und kalkuliert, optimiert und organisiert, berechnet und bestellt.

nale oder weltweite Kontakte? Wie schnell und wie viele Daten werden ausgetauscht? Tut's der Einfachanschluß oder ist ein Mehrfachanschluß erforderlich? Für all diese individuellen Anforderungen und zusätzlich noch einige technische Überlegungsfragen gibt es jeweils eine optimale Variante.



FUSSBALL-BUNDESLIGA / Werder Bremen zitterte sich zum Sieg über Nürnberg - Wieder ein Jahr der Münchner

ERGEBNISSE

Table with 2 columns: Match (e.g., München - Hamburg), Score, and Goalscorers.

DIE SPIELE

Klammern - Bochum 2:0 (1:0) Klammern: Ehrmann - Düsek - Wolf...

München - Hamburg 2:0 (0:0) München: Pfaff - Augenthaler - Eder...

Bremen - Nürnberg 2:1 (1:0) Bremen: Burdinski - Pezzy - Kutzop...

Leverkusen - Düsseldorf 3:1 (1:1) Leverkusen: Vollborn - Hörster - Zoller...

Dortmund - Mannheim 0:0 Dortmund: Immel - Zorc - Fühner...

Frankfurt - Uerdingen 1:1 (1:1) Frankfurt: Gundlach - Theiss - Kötter...

Schalke - Hannover 2:2 (0:1) Schalke: Jungbaus - Dietz - Roth...

Stuttgart - Saarbrücken 3:1 (2:1) Stuttgart: Rolder - Zetsch - Schäfer...

M'gladbach - Köln 1:1 (0:0) M'gladbach: Sude - Bruns - Borowka...

Advertisement for Erdgas: ERD GAS IST EINE SAUBERE SACHE.

Advertisement for Vorschau: Preview of football matches.

DIE TABELLE: League table with columns for Rank, Team, P, W, D, L, Pts, Goals.

Der Tabellenführer Werder Bremen mußte im Spitzenspiel gegen den Zweiten aus Nürnberg lange zittern...

Die Spiele des sechsten Spieltages wollten lediglich 169 100 Zuschauer sehen...

Die wenigen Zuschauer sahen auch nur wenige Tore: 23 insgesamt. Rudi Völlner baute mit einem Treffer gegen Nürnberg...



Der Aufsteiger und die Nationalspieler: Den linken Arm in der Pose des Triumphtors in die Höhe gerichtet...

Bei Allgöwer springt der kleine Zeh aus dem Gelenk, Votava hat ein Bein zu kurz

Von HEINZ STUMM Die Schlagzeilen der Sonntagszeitungen entlockten Rudi Völlner (25) gestern nur ein leichtes Lächeln...

Woche zwickt und zwackt es im rechten Knie. 'Heute muß ich mal zum Arzt', informiert der Neu-Bremer...

daß er aufgefordert worden sei, mit ins Trainingslager zu kommen, und dann nach Erscheinen heimgeschickt worden sei...

Trainer Csernai und Präsident Rauball sind immer noch einleuchtend. Solte Raducanu in absehbarer Zeit wieder die Mittelfeld-Regie übernehmen...

Fußball-Kulisse: Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Während Rudi Völlner nur noch das alte Leiden wieder akut wurde. Erkannt wurde es von dem Freiburger Sportmediziner Armin Klammner (50)...

Wenn Bremen weiterhin die Spitze der Bundesliga hält, so hat daran, jedenfalls sagt das Kapitän Rudi Völlner, ein Spieler seinen Anteil...

Festfahren haben sich in Dortmund die von Borussia-Präsident Reinhard Rauball (39) interviewten Bemühungen, die Streithähne Pal Cernali (50) und Marcel Raducanu (29) wieder zu Partnern zu machen...

In Mönchengladbach auf dem Böckelberg fuhr sich Schiedsrichter Peter Gabor (45) aus Berlin nervös. Das Fernsehen ergriff ihn als Fehlerproduzenten. Gabor hatte geglaubt und diese Ansicht auch verbreitet...

Bayern: Kalt wie Glas und Stahl, aber sehr effektiv

ULFERT SCHRÖDER, München Überall in der Republik war das Wetter am Samstag schlecht. Es regnete und stürmte von Nord bis Süd...

Und es geschieht, daß die Bayern schließlich das schon entscheidende 1:0 nur deshalb erzielen, weil der HSV-Verteidiger Schröder nicht sein Bein wegzieht...

Zur bayerischen Meisterschaft, sagte Professor Scherer zum Spiel gegen den 1. FC Nürnberg in vierzehn Tagen, möchte er die Herrschaften bitte alle wiedersehen...

Und es geschieht außerdem, daß Udo Lattek offenbar stets die richtigen Leute aussucht, derweil sein Gegner gerade dabei immer Fehler macht...

Die Mannschaft spielt in noch verfeinerter Form, was man den Lattek-Stil nennt: nicht unbedingt schön fürs Auge, kein Schmaus für Kick-Gourmets, ein bißchen blaß und schnallippig, kalt wie Glas und Stahl, aber ungemein effektiv...

So bedankt sich Lattek bei Spielern, die sich als die richtigen erweisen, als er nach ihnen griff. Denn auch das geschah bei diesem Spiel in München, das von den taktischen Zügen der Trainer bestimmt war...

NATIONALELF / Lehrgang in Herzogenaurach Zweck verfehlt, denn es hagelte nur so an Absagen

Der ursprüngliche Zweck des Lehrgangs sei nicht mehr gegeben, meinte Trainer Heinz Köppel. Auf dem dreitägigen Lehrgang, zu dem sich die erweiterte deutsche Fußball-Nationalmannschaft gestern in Herzogenaurach traf...

sen wollen, erhielt Kapitän Karl-Heinz Rummenigge erneut keine Freigabe. Inter Mailand, so die offizielle Begründung, müsse zu Wochenbeginn Leistungstests und medizinische Untersuchungen durchführen...

2. Liga

Köln vorne, aber die Zuschauer bleiben aus

Fußball in Köln - das bleibt ein Rätsel. Trotz respektablem Erfolg der beiden Profis...

Table with 2 columns: Team, Score. Includes results for Köln-Solingen, Bielefeld-Stuttgart, etc.

Table with 2 columns: Team, Points. Lists league standings for various teams like 1.Köln, 2.Stuttgart, etc.

DIE VORSCHAU: Montag, 16. 9., 20 Uhr: Nachholspiel...

TENNIS / Martina Navratilova verlor überraschend das Endspiel von Flushing Meadow gegen ihre ehemalige Landsmännin Hana Mandlikova ist nicht mehr das ewige Talent

DW/sid/dpa, Flushing Meadow Ihre Geste sagte mehr als ihre Sätze bei der folgenden Pressekonferenz...

Übermut, Stolz und Glück. So, als müsse sie ihrem Herzen Luft machen, wirbelte sie ihren Schläger in die Luft...

vier Jahren 15 von 16 Grand-Slam-Turnieren gewonnen hatten. 'Fünf Jahre bin ich hinter diesem Titel hergelaufen, jetzt habe ich ihn endlich'...

Das ist ihr während der Erholungs-pause bewusst geworden: 'Irgendwie bin ich in jener schweren Zeit plötzlich erwacht und erwachsen geworden'...

re sie nicht im Halbfinale des Damen-Doppels mit ihrer amerikanischen Partnerin Wendy Turnbull an Martina Navratilova/Pam Shriver gescheitert...



Spiel, Satz und Sieg für Hana Mandlikova aus der CSSR, die sich nun nicht nur auf die Knie wie einst Björn Borg in Wimbledon...

FOTOS: AP

MILITARY Erhorn rettete den dritten Platz

Lucinda Green, die englische Welt- und Europameisterin der Military-Reiter, gratulierte den deutschen Reitern als erste...

Erhorn, der 1984 als letzter Reiter mit einem konzentrierten Ritt die olympische Bronzemedaille für die deutsche Equipe gerettet hatte...

„Burghley war für mich schwerer als Olympia“, meinte Erhorn später, „die nervliche Belastung war größer als in Kalifornien“...

Die jungen deutschen Vielseitigkeitsreiter, die bis auf Claus Erhorn eine unerfahrene Mannschaft darstellten, haben sich besser gehalten als erwartet...

SPORT-NACHRICHTEN

Auszeit für Karpow

Moskau (AP) - Die für Samstag vorgesehene dritte Partie der Schachweltmeisterschaft in Moskau ist auf Antrag des Titelverteidigers Anatoli Karpow auf morgen verschoben worden...

Köln EC auf Rang zwei

Megève (sid) - Der Eishockey-Bundesligaklub Kölner EC belegte bei der Europapokal-Endrunde im französischen Megève mit 44 Punkten Rang zwei hinter der Mannschaft von ZSKA Moskau (8:0)...

Sieg für Zoetemelk

Hannover (dpa) - Der Holländer Joop Zoetemelk, 39 Jahre alter Weltmeister der Radprofi, gewann das Rennen „Nacht von Hannover“...

Schiedsrichter-Streik

Montevideo (dpa) - Die Schiedsrichter im Profifußball in Uruguay sind auf unbestimmte Zeit in einen Streik getreten...

Verzicht auf die Meister

Frankfurt (dpa) - Die deutsche Tischtennis-Nationalmannschaft wird ihr erstes Europaländerspiel Ende September gegen Polen ohne die beiden deutschen Meister Susanne Wen-

Damen-Answahl verlor

Lüneburg (sid) - In einem Qualifikationspiel zur Fußball-Europameisterschaft 1987 verlor die Damen-Answahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) in Lüneburg mit 2:3

Ohne Regina Weber

Lahr (sid) - Mit der bislang jüngsten Mannschaft wird der Deutsche Turner-Bund (DTB) bei den Weltmeisterschaften in der Rhythmischen Sportgymnastik vom 10. bis 13. Oktober in spanischen Valladolid antreten...

Verzicht auf die Meister

Frankfurt (dpa) - Die deutsche Tischtennis-Nationalmannschaft wird ihr erstes Europaländerspiel Ende September gegen Polen ohne die beiden deutschen Meister Susanne Wen-

Doping in Tennis?

New York (dpa) - Im ProfiTennis der Herren sind Doping-Untersuchungen geplant. Der Exekutiv-Direktor des Internationalen Pro Councils, Marshall Happer, wird dem Gre-

Wellers 32. Profisieg

Aachen (sid) - René Weller, Europameister der Box-Profis aus Pforzheim, er kämpfte sich in Aachen gegen den Luxemburger Raphael Paolletti durch Abbruch in Runde sieben seinen 32. Sieg als Profi.

2. Verkaufsleiter/in Deutschland. Wir sind: Branchenführer für den Bereich modischer Bekleidungsverschlüsse...

Brasilien. Geschäftsunbeherrschung, Marktfor-schung, Organisationsberatung, Betriebsbeschäftigung...

Heimstation-Endstation? Der wunder Punkt! Heime können - trotz aller Mühe - nie die Geborgenheit eines Kindes in der Familie ersetzen...



Wir suchen aktive Vertriebs-Organisationen, die einen erfolgreichen Vertrieb gewährleisten. Wir bieten: Auto-Zubehör...

Ihr eigenes Geschäft. Den Wert eines Mittelklasse-Personenwagens müssen Sie investieren als Anfangskapital, um DM 100.000,- p. a. zu verdienen...

Spanisches Unternehmen. möchte mit Firmengruppe zusammenarbeiten zwecks Entwicklung eines touristischen Komplexes an der Costa Brava...

LV-Partner für den Vertrieb. von Immobilien-Fonds mit Anspargprogramm gesucht. Erwerben Sie sich neue Märkte mit interessanten Konditionen für Sie und Ihre Kunden...

Hotel Landhaus Höpen. Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkaufsgünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen...

Geschäftsleuten. die sich in Spanien niederlassen wollen, bieten wir in Gerona/Costa Brava zentrale gelegene Büros, Anstellungsräume und Lagerhäuser...

Sie wohnen in Japan und wollen in der WELT inserieren? Dann wenden Sie sich bitte an folgende Anschrift: Media Sales Japan Inc. Tamuracho Bldg. 3-3-14, Shimbashi...

Köhnlechner Exklusiv-Kuren. Anfragen für eine Kur: Köhnlechner Zentrum, Griesbach i. Rottal GmbH, 8399 Griesbach im Rottal, Tel. 08532/20 61

Sind Ihre Interessen in der Schweiz gewachrt? Erfahrenes Treuhänder-Team übernimmt Beratung, Geschäftsabwicklung und Kontrolle für Sie...

Nebenberufliche Vertreter. per sofort gesucht für den Verkauf von Jobs-Platzungen in Südamerika. 500 % Rendite in 11 Jahren...

Trimm Trab: Das neue Laufen, ohne zu schnaufen. IMAc, 6319 Gräfenberg 19, Tel. 0 64 00 / 84 52 H. Bock

MOTORSPORT / Beim Großen Preis von Italien in Monza dreht sich wieder das Transferkarussell

Piquet ging von Ecclestone weg - nun soll Elio de Angelis zu ihm kommen

Die Formel 1 ist wie ein Schachspiel: Viele Züge sind denkbar. Der königliche Park von Monza ist alljährlich die Plattform, auf der sich das Transferkarussell am heftigsten zu drehen beginnt.

gedient. Also muß ein Spitzenfahrer vom Schlag eines Elio de Angelis (Italien) her, der trotz seiner erst 27 Jahre in Monza bereits seinen 100. Grand Prix bestritt.

der Abschußliste steht: „Ich brauche bald noch ein gutes Resultat, dann gehe ich zu Ecclestone und will Bescheid wissen. Aber allzu lange kann ich nicht mehr warten.“

Während sich das Transferkarussell dreht, steht noch nicht fest, ob der Große Preis von Südafrika als 15. und vorletzter Weltmeisterschaftslauf dieser Saison stattfinden kann.

LEICHTATHLETIK / Debakel der Zehnkämpfer - Grand-Prix-Finale



Chefrau Jennie und Jürgen Hingsen völlig ratlos

Abend von Rom war eine einzige Farce

Statt Galaabend ein Begräbnis erster Klasse - das war das Finale des neugeschaffenen Leichtathletik-Grand-Prix im Olympiastadion von Rom.

Übe das Bayer-Werk Druck auf Hingsen aus?

CARL MORELL, Uerdingen: Man kann eben nicht antreten, wenn man acht Wochen lang keinen vollen Sprint absolviert hat.

mun in die B-Gruppe des Europacups absteigen müssen und allenfalls erst 1989 wieder Chancen haben.

Und das sollte also der Höhepunkt der großen internationalen Leichtathletik-Saison sein? Das sollte Zürich, Brüssel, Berlin, Köln und Koblenz vergessen lassen?

Wäre da nicht Mary Decker-Slaney gewesen, müßte der Abend von Rom als ein einziges Attentat auf die Leichtathletik gewertet werden.

Bei 8:22,62 Minuten steht der Weltrekord der Sowjetrussin Tatjana Kasankina. Als Mary Decker-Slaney in Rom über die Ziellinie lief, hielten die Stoppuhren bei 8:25,83 Minuten.

Damit war sie Grand-Prix-Gesamtsiegerin geworden, erhielt 98 000 Mark und ein Lächeln des anwesenden IOC-Präsidenten Samaranch.

GYMNASTIK

Hochburg Wattenscheid

Ein sportbegeisterter Millionär aus der Bekleidungsbranche will Wattenscheid endgültig zur deutschen Gymnastik-Hochburg machen.

Trotzdem bot sie dem DTB an, künftig auf Honorarbasis obendrein mit einer neuen Gruppe zu arbeiten.

Zu den Leistungen der Einzelgymnastinnen gab Mariana Christensen keinen Kommentar: Zurückgezogen wurden nach dem Vierkampf die bereits gemeldeten Wattenscheiderinnen Monika Meschede (Rücktritt) und Claudia Scharmann.

Die Olympia-Dritte Regina Weber (Wattenscheid) glänzte durch Abwesenheit. Die 23jährige hatte ein Attentat mit Diagnose Achillessehnenreizung geschickt.

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ...

- FUSSBALL: EM-Länderspiele, Damen in Lüneburg: Deutschland - Norwegen 2:3. Tabelle: 1. Dänemark 5:1, 2. Norwegen 3:1, 3. Deutschland 2:4, 4. Finnland 2:6.
TENNIS: US-Open in Flushing Meadow, Herrens, Halbfinale: McEnroe (USA) - Wilander (Schweden) 3:6, 6:4, 4:6, 6:3, 6:3.
LEICHTATHLETIK: Grand-Prix-Finale in Rom: Herren: 400 m: 1. Franks (USA) 44,67 Sek. - 8000 m: 1. Padilla 13:27,79 Min. - 2. Maree (beide USA) 13:29,01.
RINGEN: Bundesliga, 4. Wettkampftag, Gruppe West: Kollerbach - Aldenhoven 3:2,5.
TISCHTENNIS: Bundesliga, 2. Spieltag: Düsseldorf - Jülich 9:7, Reutlingen - Hertha BSC 6:3.
WASSERBALL: Bundesliga, Meisterschaftsrunde: Duisburg 98 - Düsseldorf 18:9, Spandau - Hamm 10:4.

Advertisement for 'Berufs-Chancen für Sie im Maschinen- und Anlagenbau'. It features a large gear graphic and text promoting job opportunities in various industries, published in the 'DIE WELT' newspaper.

Pankraz, das Gespenst und Bonn als Literatur

Der nachgelassene Bonn-Roman von Heinrich Böll hat viele dem Verstorbenen politisch verbundene Kritiker in größte Verlegenheit gebracht. Bei allem Gesinnungsradikalismus, den man einräumen bereit ist, kommt man doch nicht um die Feststellung herum, daß ein künstlerisches Desaster vorliegt. Entschuldigungen werden gesucht, und dabei gelangt man zu den merkwürdigsten Schlussfolgerungen. Der „Spiegel“ zum Beispiel weiß genau, woran Böll gescheitert ist: nicht an künstlerischem Unvermögen, sondern an der schieren „Ungeheuerlichkeit“ seines Gegenstandes, des politischen Bonn nämlich. „Das Gespenst“, grotesk, also auch literarischer die Bonner Szene ansieht, desto unerträglicher rutscht sie aus jeder literarischen Darstellung.“

Das ist nun wirklich eine drollige Dialektik. Weil ein Gegenstand besonders literarisch ist, rutscht er aus jeder literarischen Darstellung! Wahrscheinlich ist hier dem Rezensenten selber etwas weggerutscht. Ihm wäre anzuraten, sich hin und wieder in eigener Person ein bisschen auf dem Bonner Parkett umzusehen, statt immer nur im Blättern darüber zu lesen. Er würde dann schnell herausfinden, daß dieses Bonn – trotz Spenden- und Spionageskandals – alles andere ist als eine unterhaltsame Gespenstsbahn. Es ist, um im Vokabular des Rummelplatzes zu bleiben, nicht einmal eine Berg- und Talbahn, allenfalls eine biedere Schießbahn, in der man Wachsblumen, Teddybären und Erinnerungspokale gewinnen kann.

Mit anderen Worten: Das politische Bonn ist literarisch so unergiebig wie nur irgend möglich. In jedem Mädelchenpensionat passieren interessantere Sachen, gewinnen menschliche Konflikte tiefere Kontur als in der Bonner Bannelei. Das ist natürlich keine Entschuldigung für einen mißlungenen Bonn-Roman; ein guter Schriftsteller muß auch aus einem Null-Gegenstand noch literarischen Honig saugen können. Es ist aber so etwas wie eine plausible Erklärung dafür, warum so wenige Schriftsteller sich Bonn als literarischem Thema zuwenden. Sie wissen oder spüren zumindest instinktiv, daß da „nichts drin“ ist.

Die parlamentarische Demokratie mag die beste aller möglichen modernen Regierungsformen sein, sie ist aber mit Sicherheit auch die langweiligste. Wo sich menschliche Qualitäten und Leidenschaften immer wieder auf pure Mehrheits- oder bloße Zahlenverhältnisse reduzieren, wo Konflikte von vornherein institutionalisiert werden und die agierenden Figuren im schärfsten Brennpunkt der Öffentlichkeit stehen, dort kann sich kein Dramenstoff zusammenballen. Die paar mit den Routine-Tricks, die die Parlamentarier anwenden, um nach oben zu kommen oder dem Konkurrenten ein Bein zu stellen, reichen bei weitem nicht, um aus ihnen ohne Krampf Schurken von Jago-Format zu machen. Und andererseits finden selbst begabte, willensstarke Politiker sehr selten Gelegenheit, sich in spektakulärer Weise zu bewähren. Es herrscht, um mit Gehlen zu sprechen, ein „Milieu mittlerer Tu-

Pankraz

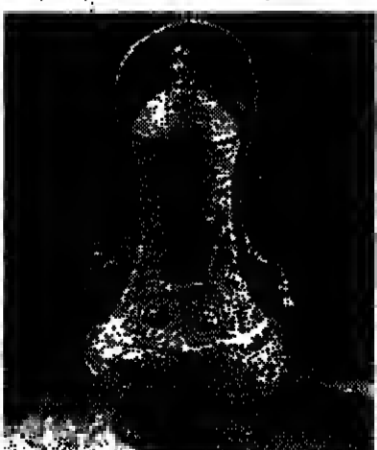
Köln: Sammlung Siegel

Rätselhafte Dämonen aus Chinas Erde

Ein Hüllentwurf mit grünem Gesicht und gelbem Bart empfängt die Besucher. Dieser Dämon aus der Ming-Zeit (1368-1644) bewacht mit grimmigen Blick Schätze, die gut und gerne zweieinhalb Jahrtausende älter sind als er. Es sind archaische Bronzen und frühe Keramiken aus China, die in der einschlägigen Fachliteratur als Rarissima bezeichnet werden.

Diese seltenen Stücke sind im Kölner Ostasiatischen Museum zu sehen. Mit der kleinen Ausstellung „Form und Farbe“ ehrt das Haus einen Mann, dem es viel verdankt: Hans Wilhelm Siegel. Er lebte als Kaufmann ein halbes Jahrhundert in China. Sein Sammellever richtete sich zu einer Zeit, in der das allgemeine Interesse eher den schönen Porzellanen der Ming- und Qing-Zeit galt, auf die frühe und einfache Kunst.

Zu seiner Sammlung gehören u.a. zwei Bronzen aus der Shang-Zeit (11. Jh. v. Chr.), ein Speisegeschloß vom Typ Fangyi und ein hoher Weinbehälter vom Typ Yu – beide mit einem Eulendekor verziert sind. Sonst zeigen die Ritualbronzen aus dieser Zeit in aller Regel die Taotie-Maske, eine Art Gesicht aus miteinander verbundenen Linien mit großen Augen, schrecklich und schrecklich, dessen Herkunft und Bedeutung die Sino-Archäologen bislang nicht zu entschlüsseln vermochten. Diese Taotie-Maske findet sich hier auch auf zwei Speisegeschloß der Shang-Zeit und einem Weinbehälter in Form einer flachgedrückten



Rechts: Ein Yu mit Eulendekor und Speisegeschloß, Shang-Zeit

FOTO: RHEIN-BILDARCHIV

Flasche (östliche Zhou, 770-256) mit einem Gitterdekor und patinierten Feldern.

Bei den Keramiken spannt sich der Bogen von einem hohen Topf mit einem eingetragenen Gitter-Netz-Muster, das den ganzen Körper überzieht (5.-3. Jh.) über die zarten Salzdome der Song-Zeit (960-1279) bis zu einer Schüssel, auf die mit Eisenbraun eine große Blume gemalt wurde (frühes 12. Jh.). Darunter sind wiederum zwei seltene Stücke, ein bäucheriger Vortopf aus der späten Han-Zeit (1.-2. Jh.) und ein flacher Topf (3.-4. Jh.), die – ungewöhnlich bei Keramiken – ebenfalls mit der Taotie-Maske verziert wurden.

In den anderen Räumen des Museums findet man noch weitere Beispiele, die aus der Sammlung Siegel stammen oder mit Mitteln der Orientalistik erworben wurden, die Hans Wilhelm Siegel begründet hat und weitgehend finanziert. Die kleine Ausstellung aber vereint zwei Dutzend seiner Glanzstücke (bis 3. Nov.; kein Kartalog).

Glänzender Auftakt mit Nachspiel: Heribert Sasses Berliner Einstand mit Nestroys „Talisman“

Finessenreiches Wunder für die Piefkes

Der Auftakt – gelungen! Die Inszenierung (Heribert Sasse) ist von einer schönen, schauspielerischen Kompetenz und Fülle. So viele hochambisante oder auch bittere, immer fröhlich zugreifende Darsteller sind zu sehen. Nestroys Geniestück, pendelnd zwischen Volksposse und Bitternis, zwischen Lustigkeit und tiefer Menschennachholie, ist getroffen.

In der Hauptrolle des rothaarigen Barbiergesellen: Heribert Sasse, der Intendant und Regisseur selber. Er spielt sich, obgleich den Antrieben dieser Menschensatire durchaus leistend, nicht unziemlich nach vorn. Er gibt, sozusagen wie achselzuckend, den tieferen Kommentar, während er, spielend, die Moral und Lustigkeit seiner Parabelfigur deutlich abliest. Sein Titus Feuerfuchs ist erfreulich ungefällig. Er ermahnt eher fast zu sehr des wienischen „Rauschens“. Das ist erfreulich zu sehen.

Nestroys zauberhafter Sprachwitz wird genau und mit der herben Lustigkeit ausgebaut, die da am Platze ist. Manche Spielgestalten möchte man an diesem ersten Abend der neuen Spielpläne fast streichen. So deutlich, so warm, so lustig/irrig oder verwegend haben sie ihren gerundeten Auftritt.



Fröhlich zugreifende Darsteller: Heribert Sasse (links) als Titus Feuerfuchs und Hugo Lindinger in der ersten Premiere der neuen Intendanten-Ara an den Berliner Staatstheatern

FOTO: BINDER/WHELE

Dagmar von Thomas als die gefoppte, verliebte Adelsdame. Sie ist fast anzusehen wie eine edel geknickte „Fronne Helene“ aus Wien. Peggy Lukac als ihre ebenfalls in den perlickierten Feuerfuchs verfallene Kammerfrau. Peter Matie: sehr komisch als ein fröhlicher Friseur. Hugo Lindinger bringt seine sehr absurde Körperlichkeit mit aller Fracht, fröhlichen Torheit und absurden Einfall zum Einsatz. Hermann Falts führt seinen vermeintlichen Gärtner entzückend vor. Man freut sich auf jeden seiner neuerlichen, trübseelig komischen Auftritte.

Eva Manhardt spielt, ebenfalls schön greifbar, die späte Liebe einer verwitweten Gärtnerin vor. Man liebt ihre Fülle. Man lacht über ihre späte Erotik. Hans Jochmann hat auf Anhieb eine ganz eigene, kleine, ruppige, deutlich berlinische Mädchenneugier. Nicht zu vergessen, wie Andrea Nürnberger dann die ganz ernsthafte, eher elegische Mädchenrolle der beständigen (weil ebenfalls rothaarigen) treuen Mädchenliebe ge-

steckt voller dummer Vorurteile. Die werden hier szenisch genial aufgedeckt. Ein Rothaariger, also ein Vertreter einer biologischen Minderheit, ist getreten und sein Leben lang verachtet. Er strampelt sich hoch. Er verändert mit fröhlicher List seine haarige Anstößigkeit. Perlickiert macht er, scheint's, sofort sein Glück. Aber wenn dann die Perücke gefallen ist und seine totale Rothaarigkeit aufgeht, fällt er in die Verachtung seiner Umwelt zurück. Sein Glück ist bei Nestroy, daß eine gleichartig Behaarte auf ihn wartet. Das Szenenmärchen endet entzückend paradigmatisch und einsichtig. Man hat lechzend gelernt, ohne je magisterhaft belehrt worden zu sein. Ein Nestroysches Wunderstück.

Eingelassen ist das hier in eine Zauberdekoration, die Xenia Hausner (Sasses Entdeckung schon am Berliner Renaissance-Theater) mit optisch mühsamem Charme entworfen hat. Die Kostüme von Joachim Herzog geben den jeweiligen Spielfiguren die gehörige falsche Pracht oder vergan-

gen soviel Heiterkeit und gezielte Menschensatire durchhält.

Es wird durchaus ein sehenswertes, oft geradezu liebenswertes Theaterabend mit einem so selten in Berlin gespielten Wunderstück. Zugegeben: Die Couplés verpuffen. Den gewünschten Antriebe können ihnen auch die von Volker Ludwig aktuell hinzugeschickten Strophen nicht geben. Da murrt man dann prompt die hinteren Reihen des Schloßparktheaters, leise, aber deutlich.

Eingerechnet auch, daß das kompakte Wien aus der Szene den örtlichen Ohren fast wie ein Fremdidiom vorkommen mußte. Wir Piefkes hörten Finessen nur schwer. Trotzdem: Die wunderbare Verschönerung einer nativen Volksprache mit höchster Intelligenz, mit kritischer Piffigkeit und einer oft bösen Ironie – man konnte dem folgen und es genießen. Der Abend, Sasses Einstand im Gehege der Berliner Staatstheatern, war gelungen.

Dabei geht es ja darum um etwas erschreckend Trauriges. Die Welt

Oberhausen: Versuch mit Lortzings „Casanova“

Der Vater vom Frosch

Er schreibt an seinen Memoiren“, heißt es an einer Stelle. Das tat Casanova ja tatsächlich sehr ausführlich. Verborgt ist auch noch seine kurze Einkerkerung im Fort St. André, aber dann spinnen Carl Lebruns Lustspiel (1839) und Lortzings darauf basierendes Oper „Casanova“ (1841) ihre Fäden sehr freibändig weiter, mit allen Verwicklungen, die sich ein Theaterbesucher damals vom heiteren Singpiel erwartete. Ein Frauenheld in Nöten schlägt der Obrigkeit ein Schnippchen, durchkreuzt alle Intrigen, die Damenherzen fallen ihm zu und die Kerkerherren auch, so etwa der Kunzener der im venezianischen Murano spielenden Handlung. Aber so genau hat es Casanova mit seinen Abenteuerer schließlich auch selbst nicht genommen.

Jedem seine Marknisse: Das Oberhausener Theater kapriziert sich seit einigen Jahren auf vergessene Opern. Tapfer lehnt man sich auf gegen das Urteil der Musikgeschichte, nach der Logik: Wenn einer den „Wildschütz“ komponieren konnte, dann kann auch sein „Casanova“ nicht ganz schlecht sein. Er ist sogar ganz witzig, wie die Wiederbelebung zeigte, die zweite bereits, die die Oberhausener (nach „Regina“) dem Meister der Deutschen Spieloper bescheren.

Die Vita der Oper ist übrigens durchaus unbeschreiblich als ihres Titelhelden. Bei der Leipziger Uraufführung hatte sie Donizettis „Favoritin“ zur Konkurrentin, ausgerechnet

wo sich Lortzing hier selbst im italienischen Kolorit versuchte. Wenige Bühnen spielten nach 1934 versuchte die Braunschweiger noch einmal, 1944 gab es in Berlin unter Mark Lothars Beteiligung eine komplette, offenbar ziemlich mutwillige Umarbeitung. Erst in den sechziger Jahren waren es Bernburg und andere „DDR“-Bühnen, die in „Casanova“ statt biedermeierlichen Biedersinns vormärzlichen Eifer entdecken wollten.

Ein bißchen bemüht. Immerhin, es gibt da eine hübsche Kerkermeister-Genealogie in der Gestalt des weisen Rocco (Gottfried Driesch) zu entdecken, der freilich eher ein Vorläufer des Straußenschen „Frosch“ zu sein scheint. Und wenn es auch nur die venezianische war, er ließ die Republik hochleben im Königlich-Sächsischen Theater. Oder die Obrigkeitsspitze im komischen Politisten-Fugato: Derartiges schrieb später erst Offenbach in Paris.

In Oberhausen hat sich Jürgen Kirchhoffs Inszenierung solcher Dinge nicht ohne Witz angenommen und Roccas Couplets noch mit einem Seitenhieb auf die Weinpanscher aktualisiert. Der Titelpartie diene Michael Roeder lyrische Tenorqualitäten mit etwas bemühter Höhe an, schön auch Elisabeth Hallbergs Spielsopran. Der musikalischen Belange, die im vollen Bereich immerhin bis zum Sextett reichen, nahm sich Konstantin Schenk an, im Orchestergraben wirkungsvoll rechtschaffen die Remscheider Symphoniker. DIETER SCHÜREN

Zürcher Oper: Verdis „Macbeth“ unter Santi

Ein Geist im Spiegel

Verdis „Macbeth“ in München, in Wien, in Verona, in Paris – und nun also auch in Zürich. Das Gesetz der Serie scheint immer dann am besten zu funktionieren, wenn die Opernhäuser akute Besetzungsschwierigkeiten für eine Partie haben. Denn die fulminante Hochdramatische für die Lady gibt es zur Zeit nicht.

Die beiden Damen, die man in Zürich im Wechsel vorgesehen hatte, Elizabeth Connell und Ghena Dimitrova, standen dann plötzlich doch nicht zur Verfügung, so daß die Not groß war. So zog man sich mit einer relativ leichten, aber beweglichen Stimme aus der Affäre: Josephine Barstow, die freilich eine glänzende Darstellerin ist und damit auch die Wirkung ihrer vokalen Vorstellung intensiviert.

Eine Hilfe, die bei Simon Estes, dem Macbeth, nicht nötig ist. Dessens runder, dunkler Bariton, guttural und wagnererprobt, hat den rechten Klang für diesen finsternen Operhelden. Verdis. Bonaldo Galotti als Barstow hatte daneben keine Chance, aber zur eigentlichen Enttäuschung des Abends wurde Maurizio Frusoni, der Macduff, auf Frusoni werden ja neuerdings erstaunliche Karriereverläufe abgeschlossen, doch zumindest in einer solchen Partie ist seine Stimme einfach zu klein, um etwa das Katastrophen-Finale des ersten Aktes gebührend einzuleiten.

Was eine „Macbeth“-Inszenierung taugt, zeigt sich spätestens in der

Bankettszene des zweiten Aktes. Dann nämlich muß der Regisseur die Wahnvorstellungen des Titelhelden plausibel auf die Bühne bringen – und das kann peinlich werden. Griseba Asagaroff, der Verdis Oper jetzt in Zürich inszenierte, zog sich hier durchaus achtbar aus der Affäre: Macbeths Geistesverwirrung wird bei ihm durch ein Bild des ermordeten Banquo symbolisiert, das über einen gigantischen (und leider ziemlich verschmutzten) Spiegel nur für die Zuschauer, nicht aber für die anderen Bankett-Teilnehmer sichtbar ist.

Überhaupt war diese Inszenierung, wenngleich sie auf neue Deutungssätze verzichtete, auf rechtschaffene Art solide. Nur zu den Massenszenen hatte Asagaroff zwar nicht viel beizutragen – da zogen die Heerhaufen, mit Standarten und Brustpanzern bewaffnet, recht einfalllos ihre Wege. Dafür gelangen dem Regisseur eindruckliche Beleuchtungseffekte und packende Charakterprofile. Daß Josephine Barstow anfangs zu mütterlich wirkte, kaum machtiellsterne Teufelin war, lag wohl weniger an ihr selbst als ihrer Kostümierung (Jan Skalicky).

Das Zürcher Opernorchester unter dem verdienstvollen Nello Santi wirkte nur am Anfang etwas eckig und kalt, brachte es später aber trotz kleiner Ungenauigkeiten zu beachtlicher Glut und Leuchtkraft. Der stark geforderte Chor schlug sich vor allem in den Hexenszenen durchaus mit Bravour. STEPHAN HOFFMANN

Die stumme Welt als solche: Das Kölner Pantomimenfest „Gaukler '85“

Traum und Wirklichkeit der Küche

Zehn Jahre existiert mittlerweile Milan Sladek internationales Pantomimenfestival. Doch erst in diesem Jahr gelang es ihm, zwei seiner Landleute für seine „Gaukler '85“ nach Köln zu holen. Zu später Stunde trat Boleslav Polivka als „Schiffbrüchiger“ auf die Bühne des Theaters Kefka und zeigte sein Alpträumspiel vom Überleben. Auf einem breiten Klagenbett, das ringsherum von „Wasser“ umgeben ist, mit Polivka Grenzsituationen der Einsamkeit – wobei es nicht nur um die Einsamkeit des Schiffbrüchigen auf dem weiten Ozean geht, denn dieser Schauspiel weitest sich, dank akustischer Einsprengel, zu einem Gefängnis aus, durch dessen hohle Flure schwere Schritte hallen. Oder ist es eine Kaserne? Eine Irrenanstalt? Oder schlicht unsere Welt „als solche“?

Polivka läßt die Frage, natürlich, offen. Und einige Wünsche auch. Denn der Mime, der ein paar großartige Momente hat (so zum Beispiel jene Szene, in der er „unter Wasser“

einen Koffer findet und nach oben zieht), fällt immer wieder aus seiner Rolle, nimmt Kontakt auf mit dem Publikum. Das zerstört die sorgsam aufgebaute Stimmung, so daß die glänzende Parabel über das Ausgetretensein des Menschen zu oft im Geleucht zerflattert.

Mit drei Träumen kam der zweite tschechische Beitrag, Ladislav Fialka mit seinem Prager „Theater am Geländer“, nach Köln. Im „Traum vom Sommernachtsstraum“ tanzen, laufen, springen die elf Darsteller zur Musik von Václav Trojan durch die Szenen, ringen die Hände, greifen sich ans Herz, gehen sich mit drohenden Gebärden gegenseitig an den Hals und parodieren so nebenbei das Gestein-repertoire ihrer eigenen Zunft – wie sich bei ihrem zweiten Stück, dem „Traum von Bangigkeit und Hoffnung“, herausstellt: wenn nämlich drei Frauen in Rotkreuz-Tracht und zwei Ärzte beim „Operieren“ mit zusammengesetzten und zur Brust erhobenen Händen auch dem Begriffs-

stutzigsten klarmachen, daß der Patient nicht mehr zu retten ist.

Glanzstück des Triptychons war „Ein etwas melancholisches Traum“, den eine Gestalt namens Melancholie (Ludmila Kovářová) träumt. Artisten, Zirkusfiguren und Gestalten aus der Commedia dell'arte gewinnen darin ein turbulentes Eigenleben und verspüren überhaupt keine Lust mehr, den Traum enden zu lassen. Auf dem Höhepunkt verschmelzen dann Realität und Phantasie miteinander, und die Träumende legt mit den von ihr geträumten einen rasenden Charleston zur „Küchenrevue“ von Bohuslav Martinů aufs Parkett.

Puristen mögen einwenden, daß diese Darbietung nichts mehr mit Pantomime zu tun hat. Aber Sladek ist es zu danken, daß er der stummen Kunst stets neue Impulse gegeben hat und gibt. Nicht zuletzt daraus bezieht das Kölner Gauklerfest seine Existenzberechtigung – auch für die kommenden zehn Jahre. RAINER NOLDEN



Melancholisches Traum vom Sommernachtsstraum: Ladislav Fialka bei seinem Gastspiel in Köln

JOURNAL

Berliner Philharmoniker: H. G. Schäfer Intendant?

hrk Berlin
Als neuer Intendant des Berliner Philharmonischen Orchesters ist offenbar der künstlerische Leiter der Jahrhunderthalle in Frankfurt-Hoechst, Hans Georg Schäfer, vorgesehen. Berlins Kultursenator Volker Hassemer nahm gestern an einer Versammlung der Orchestermitglieder teil, in der über die Berufung von Schäfer beraten und abgestimmt werden sollte. Der neue Kandidat hat offenbar auch das Gefallen von Chefdirigenten Herbert von Karajan gefunden; auch der Orchestervorstand soll einverstanden sein. Zur Zeit werden die Aufgaben des Intendanten kommissarisch von Wolfgang Stresemann wahrgenommen, dem Vorgänger des Intendanten Peter Girth, mit dem sich das Orchester überwarf.

Unesco-Preis für Volkshochschulen

dpa, Köln/Düsseldorf
Der deutsche Volkshochschulverband ist von der Unesco für seine Bemühungen zur Beseitigung des Analphabetentums ausgezeichnet worden. Der Vorsitzende der deutschen Kultusminister-Konferenz, der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier (SPD), würdigte die Leistung der Volkshochschulen, die mit ihren Kursen in der Bundesrepublik dazu beigetragen hätten, „mehr Chancengleichheit in unserem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zu eröffnen“. So seien allein in NRW im vergangenen Jahr rund 240 Kurse für etwa 1800 Analphabeten angeboten worden. Darüber hinaus hätten die Volkshochschulen mehrere Projekte in Entwicklungsländern abgewickelt. In der Bundesrepublik werden nach Angaben Schwiers zwischen 500 000 und eine Million Menschen vermutet, die des Lesens und Schreibens nicht oder nicht mehr kundig sind.

Peter Gülke wird GMD in Wuppertal

dpa, Wuppertal
Neuer Generalmusikdirektor in Wuppertal soll von August 1986 an der „DDR“-stammende Musikwissenschaftler und Dirigent Peter Gülke werden, der 1983 nach einem Gastspiel an der Hamburgischen Staatsoper nicht mehr in seine Heimat zurückgekehrt war. Eine Findungskommission der Stadt Wuppertal schlug den Musiker für den Posten vor. Der Stadtrat wird endgültig im Oktober entscheiden. Der 51jährige Gülke soll Professor Hans-Martin Schneidt ablösen.

Peter Steins „Orestie“ in Athen gezeigt

dpa, Athen
Vor knapp zweitausend Zuschauern hat am Wochenende im Athener Theatro Petras eine neunstündige Vorführung von Peter Steins Inszenierung der „Orestie“ des Aeschylus stattgefunden. Das Gastspiel der Berliner Schaubühne vor der Monumentaltalkisse eines Marmorsteinbruchs am Fuß des Berges Paros war einer der deutschen Beiträge zu den Veranstaltungen „Athen-kulturelle Hauptstadt Europas 1985“. Vor Sonnenuntergang hatte die Aufführung begonnen, gegen halb fünf in der Frühe war sie beendet.

Hermann Weigand †

dpa, New York
Einer der führenden amerikanischen Germanisten, der ehemalige Yale-Professor Hermann J. Weigand, ist, wie erst jetzt bekannt wurde, am vergangenen Dienstag in einem Genesungsheim in Branford (US-Bundesstaat Connecticut) 92jährig gestorben. Der Wissenschaftler, Sohn eines deutschen Einwanderers, hatte 32 Jahre lang in Yale Germanistik gelehrt. Die Bundesrepublik hatte Weigand mit der Goethe-Plakette und dem Bundesverdienstkreuz geehrt.

Rodney Porter tot

dpa, London
Professor Rodney Porter, der 1972 den Nobelpreis für Medizin erhalten hatte, ist am Samstag um einem Autounfall in Südengland ums Leben gekommen. Der 67jährige Wissenschaftler von der Universität Oxford stand kurz vor seiner Emeritierung. Er hatte einen Lehrstuhl für Biochemie inne und war insbesondere auf dem Gebiet der Immunologie tätig. Das von Porter konstruierte Modell, nach dem Antikörper in Form eines Ypsilon aufgebaut sind, ist von der Wissenschaft allgemein akzeptiert worden.

George Polya tot

AP, Palo Alto
Der aus Ungarn stammende amerikanische Mathematiker George Polya ist im Alter von 87 an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Polya hat mehr als 250 Schriften über Zahlentheorie, Wahrscheinlichkeitsrechnung und Kombinatorik veröffentlicht. Bis zu seinem 90. Lebensjahr lehrte er an der Stanford-Universität.

Führte Schaden am Triebwerk zum Absturz?

DW, Milwaukee Die Behörden im amerikanischen Bundesstaat Wisconsin bemühten sich am Wochenende, die Ursache des Flugzeugabsturzes zu klären...

Notsituation

Nach Darstellung der US-Luftfahrtbehörde hatte der Pilot gerade die Begrenzung des Flughafens überfliegen, als er dem Kontrollturm mitteilte...

Ein Triebwerkschaden wird von Experten nicht ausgeschlossen. Die verunglückte Maschine war mit Pratt and Whitney-Triebwerken ausgestattet...

Auch die am 22. August in Manchester verunglückte Boeing 737 war mit Triebwerken von Pratt and Whitney ausgestattet...

Neue Brennkammern

Die britische Fluggesellschaft British Airways (BA) hat nach eigenen Angaben 22 Pratt and Whitney-Triebwerke aus dem Verkehr gezogen...

Bei der Serie schwerer Flugzeugunglücke dieses Sommers sind damit seit dem 23. Juni 1211 Menschen ums Leben gekommen...

Wenn mutige Rentner selbst für ihre Sicherheit sorgen

ERNST HAUBROCK, New York Die beiden Halbbrüder erkennen mit einem Blick, daß die gutgekleidete ältere Frau ein leichtes und wahrscheinlich lohnendes Opfer ist...

Eine alltägliche Szene in Washington Heights, dem einst gutbürgerlichen und sicheren Viertel im Norden von Manhattan...

der Selbsthilfe-Gruppe, hatte die Tat beobachtet und in der gleichen Minute mit wichtigen Informationen telefonisch der Polizei gemeldet.

Beachtlicher Rückgang bei Einbruch und Straßenraub

Während zuvor ein total überlasteter Strafvollzug, eine zu liberale 'Drehjurist' bei der gefasste und angeklagte Täter im Schnellverfahren mit einer Verwarnung auf freien Fuß und zu neuen Verbrechen entlassen werden...

tionen von der Polizei gefördert. So in der Hauptstadt Washington, wo Polizeichef Maurice Turner schon vor einem Jahr erklärte: 'Neighborhood Watch ist das erfolgreichste Verbrechenvermeidungsprogramm...'

start und unterstützend hinter die Gruppe stellten und sie mehrfach zur Aufklärung von Straßensicherheitsmaßnahmen befragte...

Willkommen bei den Sicherheitsbehörden sind in mehreren Städten auch die freiwilligen Hilfspolizisten, meist Männer aus gehobenen Berufen...

Mit 38er Revolvern und Knüppeln ausgerüstet

In New York ist die 'Auxiliary Police' nur mit Knüppeln ausgerüstet, in Los Angeles tragen ihre Angehörigen 38er Revolver und großkalibrige Flinten...

Obwohl von Bürgermeister Edward Koch gelobt, werden in New York die 'Guardian Angels' von der Polizei abgelehnt und behindert...

Von den Behörden offiziell bekämpft, aber gelegentlich auch stillschweigend geduldet, sind Vigilantengruppen, die hauptsächlich in Bundesstaaten entstanden sind...

Wo sie operieren, kann eine abschreckende Wirkung auf die Verbrecher nicht geleugnet werden...

Trübe Aussichten: Es bleibt diesig und regnerisch

AP/dpa, Frankfurt Temperaturen 'weit unter Durchschnitt' sorgen am Wochenende für regnerisches Herbstwetter...

Brand in Chemiekonzern

Schwere Schäden entstanden gestern durch einen Brand im siebenstöckigen Forschungsgebäude des Chemie- und Pharmakonzerns Ciba-Geigy in Basel...

Aktion rettete 3000 Fichten

Mit ihrem freiwilligen Verzicht auf neue Telefonbücher haben Wiener Telefonbesitzer einen Bestand von 3000 Fichten gerettet...

Bei Anbruch verletzt

Bei einem Fluchtversuch von fünf Strafgefangenen aus der Justizvollzugsanstalt Weihenheim in Bayern wurden in der Nacht zum Sonntag ein Häftling schwer und ein anderer leicht verletzt...

Spenderberz

Zum ersten Mal haben Ärzte ein Kunstherz durch ein natürliches Organ ersetzt: Dem jüngsten Kunstherzpatienten, dem 25-jährigen Michael Drummond...

Jubiläumsparade

Als einen der Höhepunkte im Jubiläumsjahr '150 Jahre deutsche Eisenbahnen' feierten am Samstag auf dem Bahnhof Nürnberg-Langwasser 13 000 Menschen den Auftakt zur ersten 'Jubiläumsparade'...

Samantha Smith geht

Die Sowjetunion hat jetzt einen Diamanten nach der amerikanischen Schülerin Samantha Smith benannt, die bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam...

Mordanklage aufgehoben

Die Staatsanwaltschaft hat jetzt ihren Mordvorwurf gegen den Augsburgener Regierungsrat Hartmut Görs fallengelassen...

ZU GUTER LETZT

'Am wenigsten dürfen CDU-Frauen sich querlegen', meinte ein Leser in einem Brief an die WELT am 4. September 1985.



Verhöfene Gestik edler Menschen: 'Prinz Eisenherz' von Hal Foster (Mitte) - Absetzer in der Lesergunst: Mickey Maus (links) - Leichte Kost für Intellektuelle: Asterix-Freund Obelix (rechts)



EISENHERZ SCHWATZ LANGE IN DAS RUHIGE, FÜRZITZLE ALICE DES MÄCHTIGEN 'BEI GOTT' SPRICHT ER, 'ICH GLAUBE, DU BIST ERKOREN.'



Carlsen-Lektor Knigge sucht die Ursachen dagegen in der Geschichte: 'Durch den Nationalsozialismus gibt's bei uns keine Comic-Tradition. Und nach dem Krieg war es billiger, fertige Geschichten im Ausland zu kaufen.'

Von ANDREAS THEYSSSEN

Die Prophezeiung sollte sich erfüllen. Als im September 1951 die erste Nummer der 'Micky Mouse' in Deutschland erschien...

Die Comics stolperten aus den Kinderschuhen

Goetzing bewilligt mit 'Die Diva' die französische Vichy-Vergangenheit. Der deutsche Matthias Schultheiss will mit Pinsel und Tusche gar die Hintergründe des Jumbo-Abschlusses über Sachalin aufklären.

Auch die Zeichner passen sich den Ansprüchen der Erwachsenen an. 'Autodidakten wie den Prinz Eisenherz-Vater Hal Foster, so der Münchner Comic-Händler Hans-Jürgen Janetzki, gibt es kaum noch...

Kunstakademien.' Sie setzen auch weniger auf Phantasie denn auf Recherche. Sie reisen in den Originalschauplätzen ihrer Bilderstories oder arbeiten zumindest nach Fotovorlagen. Der Carlsen-Verlag richtete eigens eine Dokumentation ein...



Sex und Drogen: 'Die Dame von Singapur' (links) - Ein chaotischer Typ: 'Gaston kauft kein Pardon' (rechts)



Und als dieser Tage die ersten Strips des gestrichelten Prototyps eines amerikanischen Spielers, der Micky Mouse, als Nachdruck in die Kioske kam, waren im Handumdrehen 600 000 Exemplare verkauft.

Manche Comic-Sammler geben sich allerdings mit Nachdrucken nicht zufrieden und machen sich auf die Suche nach Originalen. Eines davon, das 'Micky Mouse'-Heft vom September 1951 (Sammlerwert: 1000 Mark) lag Jahre im Tresor des Stuttgarter Ehap-Verlags...

Heute beherrschen Belgier, Franzosen und Italiener von Hervé (Tim und Struppi) über Franquin (Gaston) bis Manara (Guseppe Bergmann) den deutschen Markt. Branchenführer Ehap bestreitet sogar 90 Prozent seines Verlagsprogramms mit ausländischen Lizenzern.

Inzwischen haben die Comic-Konsumenten die Kindertage der deutschen Bilderzeitschriften wiederentdeckt. Die Mini-Format-Abenteurer des rohen Ritters 'Sturdr', die Ende der vierziger Jahre erstmals erschienen, werden neu verlegt. Die Anfangsphase des ewigen Kampfes zwischen Dagobert Duck und den Panzerknackern ist als Hardcover mit dem Aufdruck 'Klassiker' erschienen.

WETTER: Etwas wärmer

Wetterlage: Der Tiefausläufer über dem Süden Deutschlands schwächt sich ab. Gleichzeitige verstärkt sich der Einfluß der westeuropäischen Hochdruckzone.



Table with weather forecasts for various cities including Berlin, Bonn, Dresden, Essen, Frankfurt, Hamburg, etc.

Vorhersage für Montag:

Im Süden anfangs noch stark bewölkt und südlich der Donau noch Regen. Im Verlauf hier wie in den übrigen Gebieten heiter bis wollig und weitgehend trocken.

Weitere Aussichten:

Meist stark bewölkt und zeitweise Regen oder Schauer, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Sonntag, 13. Uhr:

Table with temperature forecasts for various cities including Berlin, Bonn, Dresden, Essen, Frankfurt, Hamburg, etc.

Sonnenaufgang am Dienstag:

6:49 Uhr, Untergang: 19:48 Uhr, Mondenaufgang: 0:36 Uhr, Untergang: 18:22 Uhr

LEUTE HEUTE

Erstmals

Ihr Erfolgsweg gleicht einer Traumkarriere: Ursula Wiegand, Chef eines in Europa führenden Druckereigeräte-Herstellers (180 Millionen Mark Umsatz) mußte das Unternehmen nach dem Tod ihres Mannes 1987 unvorbereitet übernehmen.

Endgültig

In Hamburg begann die Laufbahn der Beatles, und dort, im Einkaufszentrum an der Hamburger Straße, wurde jetzt zum Gedenken an den 1980 ermordeten John Lennon eine Statue enthüllt.

IFA: Getrennt von Tisch und Tresen

AXEL M. SALLOWSKY, Berlin Eitel Sonnenschein bei der ARD: Man sieht sich als Sieger des 'Multi-Media-Festivals' der Internationalen Funkausstellung (IFA). Erich Bachmann, IFA-Beauftragter der ARD: 'Wir sind zufrieden und glücklich.'

Chefredakteur Reinhard Appel auf ihre neuen Programmmodelle. 'Sie - Das Magazin für die Frau', 'Kunstler-Treff in 5 nach 12' und 'Die Stadtschreiber - Städtetourner', die nicht nur bereits beim ersten Ausstrahlen hohe Einschaltquoten zu verzeichnen hatten...

Getränken und warmen Süßspeisen, mit Fruchtsäften, Wiener Wurstchen und Salaten um das Wohlwollen der Presse gerungen.

Wie dem auch sei, gewonnen haben schließlich beide Anstalten. Beide glauben, die Chance IFA '85 genutzt zu haben, um neue Inhalte, Modelle, Konzepte und neue Technik live ausprobierten zu können.

Was denn auch geschah - rund um die Uhr, im Fernsehen wie im Hörfunk. Mit letzterem können die Mainzer nicht aufwarten, also müssen sie stets ein wenig mehr TV-Inszenen entwickeln und in die Tat umsetzen als die ARD. Stolz verweisen ZDF-Intendant Prof. Dieter Stolte und sein

Auch dabei hatte schließlich die ARD die Nase vorn, zumindest eine Nase dafür, was man tun muß, um Journalisten, hungrig und durstig nach endlosen Wanderungen durch die Messehallen, glücklich zu machen. So verspeisten die Gäste im ARD-Pressetreff etwa eine Tonne Salate, tranken über 3000 Liter Bier, leerten zu Smalltalk mit den Stars aus 'Politik, Wirtschaft und Kultur' (auch Johannes Rau trank ein Bierchen bei den ARD-Leuten) 800 Flaschen Sekt, ebenso viele Flaschen Rot- und Weißwein.